

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitung-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das festgehaltene
 Wort 30 Pfg. (zulässig 2 festgehaltene
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 je Zeile das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. (Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte). Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich.

L.-S.W.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Stärkung oder Schwächung?

Wollte man den Versicherungen unserer Rüstungs-
 sonatiker Glauben schenken, so müßte die Durchführung der
 neuen Wehrvorlage für den gesamten Volksorganismus eine
 erhebliche Stärkung bedeuten. Daß — rein volkswirtschaft-
 lich betrachtet — das genaue Gegenteil zutrifft, liegt zu
 klar auf der Hand, um eines ausführlichen Vemeines zu be-
 dürfen. Wenn dem Wirtschaftsleben große Kapitalien einer-
 seits; zahlreiche Arbeitskräfte andererseits zu gänzlich un-
 produktiven Berrichtungen entzogen werden, so sind das Mo-
 mente, die wohl den Wirtschaftsorganismus lähmen und
 schwächen, keinesfalls aber kräftigen können. Daran ändert
 auch nichts die vom Wehrverein verkündete Weisheit, wonach
 das Volk sich freuen müßte, daß 63 000 Menschen jährlich dem
 Erwerbsleben entzogen werden, deren Stellen nun für andere
 frei würden. Nach dieser Logik wäre es auch ein „freudiges
 Ereignis“, wenn heute oder morgen ein Erdbeben die näm-
 liche Anzahl von Menschen hinwegraffte.

Dieser abgejammte Unsinn hat selbst Anhänger der
 Wehrvorlage verschluckt und ein Zentrumsredner suchte ihn
 im Reichstag als „Weisheit eines Leutnant a. D.“ abzu-
 schütteln. Aber wenn man darüber auch schließlich das große
 volkswirtschaftliche Minus der Vorlage zugeben muß, so sucht
 man um so mehr herauszustreichen das Plus an Volks-
 und Wehrrkraft, das angeblich durch sie geschaffen wird.
 Ist das nun richtig? Geht die Vorlage wirklich die Kraft
 und Wehrhaftigkeit unseres Volkes in einem für die Gesamtheit
 ersprießlichen Maße? Schafft sie einen Gewinn an Menschen-
 material und Menschenqualität, der über rein pekuniäre Ver-
 luste hinwegtrösten könnte? — Um diese Frage beantworten
 zu können, wollen wir die Wehrvorlage einmal vom Stand-
 punkt der Menscheneconomie aus betrachten.

Die Vorlage verlangt bis zum Jahre 1915 eine einmalige
 Aufwendung von 1291 Millionen Mark, von da ab laufend
 jährlich 186 Millionen Mark. Dafür sollen jährlich 63 000
 Rekruten mehr eingestellt, das gesamte stehende Heer um rund
 136 000 Personen vermehrt werden. Wie die Vorlage aus-
 drücklich betont — und die Regierungsvertreter im Reichstag
 haben es bekräftigt — handelt es sich dabei ausschließlich
 um körperlich volltaugliche Personen, die bisher nur wegen
 ihrer Ueberzähligkeit über die benötigte Etatsstärke nicht ein-
 gestellt wurden.

Die Vorlage beschränkt sich also darauf, vorhandene Kräfte
 des Volksorganismus auszunutzen. Das liegt ja in der Art
 unseres Militarismus, samarogerhaft zu nehmen, wo er
 etwas findet, selber aber nichts zu geben. Denn ob kräftige
 und gesunde Leute durch den zweijährigen Kaderneddrill eine
 Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit, ihres Könnens im all-
 gemeinen erfahren, ist noch sehr zu bezweifeln; nach gewissen
 Erfahrungen möchte man es direkt verneinen.

Damit aber taucht sofort die weitere Frage auf, ob
 unserer Volkskraft und damit letzten Endes auch der Wehr-
 kraft nicht in ganz anderem Maße gedient wäre, wenn diese
 Riesensummen dazu verwendet würden, um wirklich die
 körperliche und gesundheitliche Tauglich-
 keit der großen Volksmasse zu heben.

Ein Blick auf die Ergebnisse des Heeresergänzungs-
 geschäftes, wie sie in der Reichsstatistik enthalten sind, zeigt
 uns die große Berechtigung und Notwendigkeit dieses Ein-
 wurfs. Denn die Statistik lehrt uns, daß die Zahl der wegen
 körperlicher Fehler und Gebrechen untauglichen Bestellungs-
 pflichtigen bei uns von Jahr zu Jahr zunimmt, nicht nur
 absolut, sondern auch relativ, während die Zahl der Taug-
 lichen in relativer Abnahme begriffen ist.

	Von je 100 endgültig Abgefertigten waren				
	tauglich	künftig tauglich	minder tauglich	untauglich	untätig
1907 . . .	54,9	15,1	23,1	6,7	0,2
1908 . . .	54,5	15,2	23,8	6,3	0,2
1909 . . .	53,6	14,9	25,0	6,3	0,2
1910 . . .	53,0	14,8	25,9	6,1	0,2

Der Anteil der Tauglichen und künftig Tauglichen, die
 allein für das stehende Heer in Betracht kommen, ist danach
 in vier Jahren von insgesamt 70 Proz. auf 67,8 Proz., also
 pro Jahr um mehr als 1/2 Proz. gesunken, gleichzeitig haben
 sich die nur zum Landsturm gehörigen Mindertauglichen um
 2,8 Proz. vermehrt, was auch durch die kleine Abnahme der
 gänzlich Untauglichen von 0,6 Proz. nicht kompensiert wird.
 Ein Vergleich für einen längeren Zeitraum veranschaulicht
 die Entwicklung noch deutlicher. Wegen körperlicher
 Mängel waren mindertauglich bzw. untauglich:

im Jahre 1901 von 507 997 endgültig Abgefertigten	141 403 = 27,8%
1910 „ 538 597	179 298 = 32,1%

Der Schwund an Volkskraft und Volksgeundheit, der
 aus diesen Zahlen spricht, sollte dem ernsten Politiker weit
 mehr zu denken geben als die Frage, ob noch irgendwelche
 Wehrtätigen nicht voll zu dem heutigen Drillsystem heran-
 gezogen werden. Es ist schließlich keine Kleinigkeit, wenn
 heute schon fast der dritte Teil der in Betracht Kom-
 menden sich als körperlich minderwertig erweist.
 Freilich, verwunderlich ist es nicht. Wir sehen hier eben

die Rehrseite unseres Wirtschaftssystems, das auf rücksichts-
 loser Ausbeutung des Proletariats — bis zur körperlichen
 und geistigen Verkümmern der ganzen Schicht — beruht.
 Die Erfahrung ist übrigens nicht von heute und gestern.
 Schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts
 mußte der General v. Horn, der am Rhein kommandierte,
 dem König die betrübliche Mitteilung machen, daß die dortigen
 Provinzen ihr Rekrutenkontingent nicht aufbringen könnten,
 weil die eben emporblühende Industrie mit ungehemmter
 Ausnutzung der Arbeitskraft, mit gesundheitschädlichen Ar-
 beitsmethoden um die Körperkraft einer ganzen Generation
 vernichtet hatte. Dieser Vorfal gab damals den Anstoß zu
 den ersten Arbeitererschutzgesetzen.

Trefflicher als durch diese Episode kann das hier in
 Frage stehende Problem kaum beleuchtet werden. Schon vor
 drei Menschenaltern hat ein preussischer General, hat ein
 aboluter Monarch, hat ein erzreaktionäres Ministerium
 unter der Bucht der Tatsachen einsehen müssen, daß die Wehr-
 kraft eines Volkes nicht dadurch gehoben werden kann, daß
 man nach Gutdünken die Aushebung neuer Rekruten an-
 ordnet, sondern daß erste und unerläßliche Vorbedingung die
 physische und soziale Hebung der breiten Massen ist.

Diese Erkenntnis haben unsere heutigen „Patrioten“ und
 mit ihnen die Regierung schon längst wieder eingebüßt. Sie
 schreien unausgesetzt nach der Einstellung neuer Soldaten;
 an die Hebung der wirtschaftlich niedergedrückten Volks-
 schichten denkt kein Mensch. Nicht ein Pfennig der
 neuen Rüstungsmilliarden dient einer
 wirklichen Erhöhung der Volkskraft, da durch
 die verausgabten Ansummen auch nicht ein einziger
 Schwacher kräftig, kein einziger Kranker
 gesund, kein einziger Gejunger vor Krank-
 heit bewahrt wird.

Im Gegenteil! Indem der Militarismus alle diese
 Gelder in sein Danaidenfaß schöpft, entzieht er sie gleich-
 zeitig allen jenen Veranstaltungen, durch die eine wirkliche
 Kräftigung unseres Volksorganismus möglich wäre.

Nur denke nur daran, wie bei der Beratung der
 Reichsversicherungsordnung die bescheidensten
 Forderungen der Arbeiterschaft in sozialer und hygienischer
 Hinsicht brüst von der Regierung und den Mehrheitsparteien
 abgelehnt wurden mit der Begründung, dafür sei kein Geld
 vorhanden. Wie hat man hier mit relativ kleinen Summen,
 die im Interesse der Volksgeundheit verlangt wurden, ängst-
 lich gekauert, während jetzt dieselbe Regierung, dieselben
 bürgerlichen Parteien besinnungslos dem Militarismus das
 Vielfache in den Rücken werfen.

Erinnert sei hier nur an die Tragödie des Mutter-
 schusses. Weil die obligatorische Geburtshilfe den Kranken-
 fassen jährlich 23 1/2 Millionen, die Gewährung von Stillgeld
 an Wöchnerinnen auf 12 Wochen 48 1/2 Millionen Mark gekostet
 hätte, lehnten Regierung und Mehrheit die hierauf gerichteten
 sozialdemokratischen Anträge ab. Und doch, welche enorme
 Vermehrung unserer Volkskraft hätte die Annahme dieser
 bescheidenen Forderungen gebracht! Jährlich sterben in
 Deutschland 360 000 bis 370 000 Säuglinge, Zehntausende
 von Müttern opfern Leben und Gesundheit im Wochenbett,
 Zehntausende von Menschen laufen infolge mangelnder Ge-
 burts- und Säuglingspflege zeitweilig als Krüppel und
 Gebrechliche durchs Leben. Mit einer Säuglingssterblichkeit
 von 17,8 Proz. im ersten Lebensjahr steht Deutschland hinter
 fast allen Kulturstaaten zurück; all diese Zahlen zeigen zur
 Genüge, welcher Gewinn an wirklichen Lebenskräften durch
 die Bewilligung einer Summe erreicht worden wäre, die noch
 nicht zwei Fünftel von dem beträgt, was jetzt für militärischen
 Drill pro Jahr mehr gefordert wird.

Ein weiteres Gebiet, auf dem sich eine gewaltige Kräfte-
 steigerung des Volkes erzielen ließe — fast ohne jede staat-
 liche Geldausgabe — ist das der Unfallverhütung.
 Bei uns verunglücken durchschnittlich im Jahre 130 000 bis
 140 000 Arbeiter, so hoch ist die Zahl derer, denen Unfall-
 entschädigung erstmalig zugebilligt wird. Von diesen Un-
 fällen sind etwa 9000 tödlich, etwa 50 000 führen zu dauernder
 — ganzer oder teilweiser — Erwerbsunfähigkeit, der Rest
 der Verunglückten ist vorübergehend erwerbsunfähig. Von
 1888 bis 1910 berechnet, sind im ganzen nicht weniger als
 2 273 130 Arbeiter verunglückt. Hier täte nun nichts
 weiter not, als schärfere Unfallverhütungsvorschriften und
 Verstärkung der Gewerbeinspektion, um unsere Volksgesam-
 heit vor Tausenden von Krüppeln zu bewahren. Aber hier
 zeigt sich auch sofort die kapitalistische Grundstimmung unserer
 Rüstungspatrioten: obwohl eine Verminderung der gewerb-
 lichen Unfälle zweifellos auch den Prozentatz der Militär-
 untauglichen herabdrücken würde, sind sie für eine solche
 Stärkung der Wehrrkraft auf Kosten der kapitalistischen
 Ausbeutung nicht zu haben.

Haben es doch unsere so hochpatriotischen Herren Agrarier
 sogar fertig gebracht, sich durch den § 975 der Reichsversiche-
 rungsordnung ein direktes Privileg auf Schonungs-
 losen Raubbau an ihren Arbeitskräften zu schaffen!
 Dort heißt es:

„Das Reichsversicherungsamt ist nicht berechtigt, an Stelle der
 Genossenschaftlichen Unfallverhütungsvoorschriften zu erlassen und
 technische Aufsichtsbeamte anzustellen.“

So haben diese Ausbeuter ihre „Unfallverhütung“ jeder
 staatlichen Kontrolle entzogen; dabei zählt die Landwirtschaft
 von 1888 bis 1909 nicht weniger als 54 935 durch Unfall Ge-
 tötete, 953 743 Verletzte!

Von den durch das Milliardenopfer aufgebrachtten Riesen-
 summen für einmalige Ausgaben wird ein großer Teil für
 Kasernen, Truppenübungsplätze usw. draufgehen. Auch hier
 dürfte wohl die Frage am Platze sein, ob unserer Volkskraft
 nicht besser gedient wäre, wenn mit dem gleichen Geld
 Krankenhäuser, Kinderspielplätze, Volksparks, hygienische
 Wohnungen in Stadt und Land geschaffen würden. Noch
 wohnt der größte Teil unserer Bevölkerung in überfüllten, un-
 hygienischen Wohnungen, noch rafft die Lungenschwindsucht
 jährlich ungeheure Menschenmassen hin. Nach den Veröffent-
 lichungen des Reichsgesundheitsamts steht fest, daß in den
 Städten über 15 000 Einwohnern jeder achte bis
 neunte Mensch an Tuberkulose stirbt, im Jahre
 1910 waren es 41 770 von 354 553 insgesamt Gestorbenen.

So ließe sich die Liste dessen, was zur Hebung unserer
 Volkskraft geziehen könnte, noch endlos fortsetzen, erinnert sei
 nur an die Verbesserung der höchst mangelhaften Schutz-
 bestimmungen für Frauen und Jugendliche, die allgemeine
 Einführung eines Maximalarbeitstages, ein wirkliches Schutz-
 gesetz für Heimarbeiter, dem nicht, wie es bei dem jetzigen der
 Fall ist, das Kernstück — obligatorische Lohnämter — fehlt.
 Ja, was ließe sich nicht alles schaffen, wenn all die Summen,
 die heute der Militarismus verzehrt, für eine großzügige
 Sozialpolitik zur Verfügung ständen. Wir könnten in einer
 Generation das kräftigste und gesundeste Volk der Welt sein!
 Aber nichts davon geschieht. Von allen Reichseinnahmen
 verschlingt der Militarismus neunzehn Zwanzigstel; was für
 Sozialpolitik bleibt, ist weniger, als was ein modernes
 Panzerschiff zu bauen kostet. Statt unsere Volkskraft zu
 stärken, verzehrt der Militarismus die Mittel, von denen sie
 sich ernähren und kräftigen könnte.

Der Mediziner bezeichnet gewisse anormale Erscheinungen
 des Organismus als Hypertrophie (überreichliche Ernährung).
 Sie liegt vor, wenn ein bestimmtes Glied des Körpers sich
 stark vergrößert, ohne daß die Gesamtentwicklung Schritt
 hält; sie ist krankhaft, wenn der überernährte Körperteil zu
 seiner Entwicklung dem übrigen Körper notwendige Säfte
 entzieht.

Unser Volksorganismus leidet heute an militäri-
 scher Hypertrophie. Wir gleichen einem Boyer, der
 an nichts als an dem Training seiner Faust arbeitet, ohne zu
 bedenken, daß die Entscheidung eines Kampfes letzten Endes
 bedingt ist durch die richtige Funktion des Gesamtorganismus,
 durch die Arbeit von Herz und Lunge. Was nützt die Riesen-
 Faust, wenn sie an einem schwachen Körper hängt!

Eine alte Weisheit besagt, daß die Zukunft eines Volkes
 nicht in den Schwertern der Männer ruht, sondern in den
 Schöhen der Mütter. Auf unsere heutigen Verhältnisse an-
 wendet heißt der Satz: Nicht der Staat hat die besten Zu-
 kunftshoffnungen, der im Betrüsten an der Spitze bleibt,
 sondern nur der, dessen Bevölkerung sich als die beste, ge-
 sundeste, sozial und physisch gehobenste erweisen wird. Wollen
 wir aber in dieser Beziehung fortzuschreiten, so gibt es nur eine
 Parole: Schluß mit dem Betrüsten; dafür aber
 Schutz und Hebung der inneren Volkskraft
 durch weitsehende sozialpolitische Geset-
 zgebung!

Die Balkankrise.

Reservistenentlassungen in Oesterreich.

Wien, 7. Mai. Die die „Neue Freie Presse“ meldet,
 soll die Entlassung der Reservisten in den sub-
 stituten Korps innerhalb einer Woche erfolgen.

Keine Komplikationen mehr.

Wien, 7. Mai. Das offiziöse „Fremdenblatt“ schreibt:
 Mit der Uebergabe Sutaris wird die Skutarikrise durch einen
 Akt beendet, welcher die über manderlei Färslichkeit gereizte
 Einigkeit der Mächte deutlich erkennen lassen wird. Daß der
 Wille Europas sich endlich durchsetze, darf man als ein Anzeichen
 dafür betrachten, daß auch die übrigen europäischen Ver-
 schlüsse über die albanische Frage ohne Komplikationen
 werden realisiert werden. Ebenso erwarten wir, daß das
 Tempo bei der Fassung der Beschlüsse über die Südgrenze Albanien
 und über das albanische Statut einerseits dem Ordnungsbedürfnis
 Zustande der Dinge in Albanien und andererseits dem von den
 beiden nächstbeteiligten Mächten gezeigten unerwarteten Willen
 entsprechen wird, an ihre großen Interessen in diesem Lande keins-
 falls rühren zu lassen.

Einvernehmen zwischen Serbien und Bulgarien.

Belgrad, 7. Mai. Es verlautet, daß zwischen der
 serbischen und der bulgarischen Regierung in
 der serbisch-bulgarischen Grenzfrage ein grundsätzliches
 Einvernehmen erzielt worden sei und daß gegenwärtig
 Verhandlungen über die Festsetzung der genauen
 Grenzlinie geführt werden.

Das armenische Problem.

Je näher die Liquidation des Balkankrieges heranrückt, desto
 dringender und besorgnisserregender werden die Nachrichten aus
 türkisch-Armenien, das nun mehr als je als das asiatische Ma-
 gdonier der Türkei bezeichnet werden kann. Das seit Jahrzehnten
 zurückgekehrte Bevölkerungsproblem in dieser türkischen Provinz,
 das Problem des geflochtenen, von den Türken wie von den Kurden
 unterdrückten armenischen Volkes, sagt sich jetzt mit erneuter Deut-
 lichkeit.

Zeit an, hinter ihm jedoch redt sich, alle inner türkischen Verwicklungen übertragend, eine andere Gefahr empor: der Anspruch Rußlands auf eine Einmischung in die armenische Frage.

Rußlands armenische Politik ist eng verknüpft mit dem russischen Vordringen in Persien nach dem Abschluß des englisch-russischen Vertrages vom Jahre 1907. Seitdem Rußland in der nordpersischen Provinz Azerbeidschan auch militärisch seinen Fuß gefestigt hat, richtete sich seine Expansion weniger nach Teheran, als nach der türkischen Grenze, die nach der Besitzergreifung des fruchtigen Grenzgebietes am Urmiassee durch Rußland in militärisch-strategischer Beziehung außerordentlich bedroht wird. In dem Maße wie die Türkei zuerst durch Italien und dann durch die verbündeten Balkanstaaten geschwächt wurde, sah Rußland nicht nur festen Fuß in diesem wichtigen Grenzgebiete, sondern zwang auch die Türkei, ihre Truppen von der Grenze zurückzuziehen und ihm den Weg nach Ostanatolien zu öffnen. Zu gleicher Zeit fand das armenische Problem in der russischen Presse eine immer größere Beachtung. Gestützt auf ihren Einfluß in den privilegierten und besitzenden Schichten der kaukasischen Armenier, begann die russische Regierung mit den Armeniern zu verhandeln; der kaukasische Statthalter Fürst Boroznow-Dachnow inaugurierte eine mehr armenierfreundliche Politik, und der russische Botschafter in Paris, Iswolsky, konferierte mit den armenischen Notabeln, die sich zu einer besonderen Beratung in Paris zusammengefunden hatten. Inzwischen bereitete die russische Presse — natürlich ausgenommen die Arbeiterpresse — den Boden vor für die Befürwortung der russischen Einmischung, und die liberale „Rjetsch“ forderte ebenso wie die schawinistische „Kowoje Wremja“, daß Rußland die „Befreierrolle“ in türkisch-Armenien übernehmen müsse.

Die Zustände, die zurzeit in Armenien herrschen, begünstigen dieses Vorhaben außerordentlich. Zwar hat die türkische Revolution, an der auch die armenischen Revolutionäre hervorragenden Anteil nahmen, der hamidischen Vernichtungspolitik gegen die Armenier ein Ende gemacht. Aber die sozialpolitische Rückständigkeit des jungtürkischen Regimes, seine Unfähigkeit, an eine Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Probleme zu schreiten, kam auch in Armenien zum Ausdruck und schuf den Boden für die Götung, die zurzeit im armenischen Volke herrscht. Schon allein die Tatsache, daß die jungtürkische Regierung es nicht wagte, den kurdischen Häuptlingen und Feudalherren das Land fortzunehmen, das sie nach der Revolution der 90er Jahre den Armeniern geraubt, mußte auf die armenische Bevölkerung, die zu 85 Proz. aus Ackerbauern besteht, einen niedererschmetternden Eindruck ausüben. Hierzu kommt noch, daß der Krieg die Lage der Armenier ungeheuer verschlechtert hat. Für Spanndienste und Kruppenernährung ist seit alles Bieh der armenischen Bauern fortgetrieben, und was der reguläre Soldat übrigließ, hat der kurdische Räuber gestohlen. Der durch den Krieg gesteigerte moslemistische Fanatismus hat naturgemäß auch die Beziehungen zu den Armeniern verschärft, und so ist es denn kein Wunder, daß die Kamik unter der armenischen Bevölkerung wächst und diese, trotz ihrer Abneigung zu Rußland, der russischen Eroberungspolitik in die Arme treibt.

Diese Politik verdient jetzt um so mehr Beachtung, als ihre bisherige Entwicklung sie als ein Unglück für das armenische Volk kennzeichnet. Während des russisch-türkischen Krieges von 1877/78 war es der Einfall der russischen Armee unter dem Kommando der armenischen Generale Ter-Gukasoff, Pasareff und Loris-Melikoff, der nachher den Vernichtungskampf Abdul Hamids gegen die Armenier heraufbeschwor. Allerdings setzte § 61 des Berliner Vertrages für Armenien dieselben Reformbedingungen fest, wie für Rußland. Aber weder Rußland, das eine solche Vorliebe für die „Befreiung“ Armeniens gezeigt hatte, noch die anderen Vertragsmächte drangen darauf, daß diese Reformen durchgeführt wurden. Als in den 90er Jahren die Armeniermehelien einsetzten und etwa 800 000 Armenier in Troadepund, Wilis, Diarbekr, Konstantinopel unter den Dolchen und Degen der offiziellen Mörder fielen, war es in erster Linie Rußland, das eine Intervention der Mächte für die Armenier verhinderte. In den Jahren vor der russischen Revolution übernahm die Jazemregierung selbst die Rolle Abdul Hamids, indem sie die Nationalgüter der kaukasischen Armenier einog, die Kerker mit Tausenden von Armeniern füllte und endlich den latakischen Vöbel gegen die armenische Bevölkerung ließ, die bei den Progromen in Baku, Elisabethpol, Alexandropol u. a. ungeheure Opfer darbrachte. Auch nachher hielt die Verfolgung der Armenier, wie der türkisch stattgefundenen Konkrete gegen Hunderte von armenischen Intellektuellen zeigte, an, und nur die Veränderung der politischen Konjunktur im Kaukasus führte neuerdings eine Abschwächung dieser Verfolgungspolitik herbei.

Die russische Regierung zieht jetzt ihre Truppen im Kaukasus zusammen, baut neue Straßen am Urmiassee und verstärkt mit jedem Tage die in Persien stationierten Truppen. Am gefährlichsten ist aber ihre Väterarbeit unter den Armeniern und Kurden. Während sie jene durch ihre Agents provocateurs zu Aufständen aufzumiegeln sucht, die ihr Anlaß zum Einschreiten bieten könnten, teigt sie die zum Teil in Kurdistan, zum Teil im benachbarten Persien lebenden rüberischen Kurdenstämme zu Armeniermehelien auf. Daß durch ein solches Doppelspiel die Spannung in Armenien ungeheuer verschärft wird, versteht sich von selbst. In der Türkei werden deshalb Stimmen immer lauter, die neben politischen Reformen in Armenien auch eine durchgreifende Lösung der armenischen Agrarfrage verlangen. Nur in dieser Richtung kann eine Lösung des gesamten armenischen Problems gefunden werden. Findet die türkische Regierung nicht die Kraft, diese Reformen durchzuführen, hofft sie noch jetzt, an ihrer allgewohnten Verschleppungspolitik festzuhalten, so gibt sie Rußland nur die Möglichkeit einer Einmischung in die armenische Frage. In diesem Augenblicke aber würde die Frage der Aufteilung der asiatischen Türkei auf der Tagesordnung erscheinen, die nicht nur für Rußland, sondern auch für Deutschland, Frankreich und England als laodende Deute erscheint.

Neue Unruhen.

Konstantinopel, 7. Mai. Nachrichten des armenischen Patriarchats zufolge sollen drei Armenier im Sandshah Musch von Kurden ermordet und ein armenisches Dorf geplündert worden sein. Von armenischer Seite werden fortgesetzt Rabellen über die Missetaten der Kurden veröffentlicht. Ein im Laufe der vorgefertigen Sitzung der armenischen Nationalversammlung verlesener Bericht stellt die Lage in Adana als derart bedrohlich hin, daß sogar Massakers zu befürchten seien.

Krupps Schuld.

In den etwa freikonservativen „Grenzboten“ schreibt der Herausgeber Herr George Kleinow in interessanter Weise über den Fall Krupp: Man erfährt zunächst, daß schon seit Monaten in den politischen Salons gerumelt wurde, im Kriegsministerium seien Bestechungen vorgekommen. Im Januar verdächtigten sich die Gerichte dahin, mehrere Direktoren der Firma Krupp sünden unter Anklage wegen Landesverrat. Aber erst durch Viebnecht wurde die Deffenlichkeit über die Sache unterrichtet. Herr Kleinow wendet sich dann scharf

gegen den Versuch, die ganze Anlegenheit als „sozialdemokratische Gehe“ oder als ein „Konkurrenzmandat“ einer dem Zentrum begünstigten Firma (Krupps) hinzustellen. Dann rückt Herr Kleinow die Verantwortung der Firma Krupp ins rechte Licht, indem er die innere Organisation der Firma und insbesondere die des Berliner Bureaus darstellt: Er sagt darüber:

Die Berliner Vertretung für Kriegsmaterial wird erst in den letzten zehn oder zwölf Jahren eingerichtet worden. Früher gehörte ein Ingenieur, der die Abnehmer von Friedensmaterial besuchte und ihnen schnell gewünschte Auskunft gab. Die Beziehungen zu den Staatsbehörden wurden von der Essener Zentrale direkt gepflegt. Der Verkehr mit dem Kriegsministerium und dem auswärtigen Amt besorgte der inzwischen verlorbene Direktor Menshausen, entweder persönlich oder durch Vermittelung eines seiner Assistenten, die sowohl als frühere Staatsbeamte wie auch durch persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen ohne weiteres direkten Zutritt zu den höchsten Regierungsstellen hatten. Im vornehmen geselligen Verkehr wurden die geschäftlichen Beziehungen taktvoll gepflegt und ausgebaut, lernten die Vertreter der Firma die Ansprüche des Staates kennen. . . .

Natürlich war eine solche Geschäftsführung schwierig. Sie erforderte ausgezeichnete Leiter, Männer von größter persönlicher Erfahrung, die selbst auf dem höchsten Kultur- und Bildungsniveau stehend, stark genug waren, sich mit starken Persönlichkeiten umgeben zu können und mit ihnen zusammen zu arbeiten, die es insolge dessen auch verstanden durften, für besondere Zwecke Kreaturen zu gebrauchen, die vielleicht einmal den Namen der Firma gefährden konnten. Nach Menshausens Tod hat man versucht, die hervorragende Persönlichkeit durch eine zweedmähigere Organisation zu ersetzen. Jetzt gibt es in Berlin ein großes Bureau, über dem ein Direktor schwebt, dem mehrere Artillerieoffiziere, Kaufleute, Agenten usw. angehören, mit einem Wort, ein ganzer Stab von Beamten; schließlich ist auch noch eine besondere Filiale des Pressebureaus zum Verkehr mit der Berliner Journalistik eingerichtet.

Unter diesen Voraussetzungen kann die Firma die Verantwortung für die Tätigkeit Brandts nicht ablehnen, selbst dann, wenn das Gesamtdirektorium überhaupt keine Kenntnis von ihr erhalten hat, weil es sich um einen Posten handelte, für den die Anstellungsbedingungen sehr wohl nur dem Ressortdirektor bekannt zu werden brauchten. Aber selbst in diesem Falle bleibt die Verantwortung bei der Firma bestehen, denn sie hat die Berliner Organisation genehmigt. An dieser Verantwortlichkeit könnte auch dann nicht gerüttelt werden, wenn es wahr sein sollte, daß die Organisation auf die Anregung eines früheren Kriegsministers hin geschaffen wurde. . . .

Jede Branche hat ihre Sitten und Gebräuche, Manern, ihren ungeschriebenen Ehrenkodex, den niemand ungestraft verletzen darf. . . . Ich meine: die Firma Krupp hat die durch ihre Branche gezogenen Grenzen nicht respektiert, wenn sie das, sagen wir ruhig, aristokratische Geschäft in die Hände von Subalternen legte und wenn sie der Auslandschaftung des deutschen inneren Marktes eine auf nachgeordnete Stellen des Kriegsministeriums eingerichtete Organisation gab. Brandt, ein früherer Unteroffizier, erhielt ein Gehalt von sechshundert Mark und außerdem noch fünftausend Mark Repräsentationsgelder! Wohl gemerkt: ein Unteroffizier, der weder ein Vorkämpfer noch ein großzügiger Verkäufer ist. . . .

Die gegenwärtige Organisation des Kruppischen Nachrichtenendienstes beruht auf falschen Grundsätzen. Sie entbehrt der Ethik, an die die Firma Krupp nun mal gebunden ist: Der Chef einer Privatfirma, der der Ehre teilhaftig wird, das Reichsoberhaupt in seinem Hause freundschaftlich zu bewirten, darf durch seine verantwortliche Direktoren nicht in die Lage gebracht werden, Beamte besolden zu müssen, die Staatsdiener zum Bruch des Treueides gegen den Monarchen verleiten.

Dann wendet sich Herr Kleinow dem Verhalten des Kriegsministers zu.

Was hätte dem Herrn Kriegsminister unter den obigen Verhältnissen, wenn er schon auf die Mitwirkung der bürgerlichen Parlamentsfraktionen verzichten wollte, besser angefallen: die Verteidigung der Firma Krupp oder die Verteidigung der Arme? Der Herr Kriegsminister sprach von Feldwebeln und unteren Beamten, die mit Brandt in Verbindung getreten waren, so kühl, daß man zu dem Glauben kommen konnte, es handle sich hier um ganz alltägliche Vorgänge, die auch im Kriegsministerium seitens der Vorgesetzten als unabänderliche Schidung hingenommen werden. Ich meine, der Herr Kriegsminister hätte seine persönliche Stellung und, was wichtiger ist, das Ansehen des Kriegsministeriums und damit der Arme — und zu deren Anwalt ist er doch bestellt — besser gewahrt, wenn er ein Wort der Anerkennung für Krupp in diesem Augenblicke vernommen und statt dessen mit unmaßstäblicher Verfolgung derjenigen gedroht hätte, die es schon gewagt oder jemals wagen würden, Ehre und Disziplin der Arme anzutasten. Wollte der Herr Kriegsminister den persönlichen Freund des Kaisers schonen? Wast es allgemeinsaatliche Interessen zu schützen?

Der Herr Kriegsminister hat schließlich an die Dankbarkeit der Nation appelliert, die sie der Firma Krupp schulde. Ganz abgesehen von allem anderen halten diese Angaben des Herrn Kriegsministers vor einer ersten Kritik nicht stand. Die Verdienste der Firma Krupp werden durch entsprechende Leistungen von Staat und Steuerzahler aufgewogen; sie hat keine besonderen Verdienste, die es rechtfertigen, daß der Herr Kriegsminister und die staatsbehaltenden Parteien über ihnen vergessen durften, das Kriegsministerium gegen beleidigende und zerkende Eingriffe in Schutz zu nehmen und der Regierung den Rücken gegen den „Imperialismus“ des Großkapitals zu stärken. Die Firma Krupp hat ihre Pflicht getan wie tausend andere Firmen, und ihre Pflichterfüllung zusammen mit den glücklichen Verhältnissen, die der Reichsgründung folgten, trägt ihren Ansehern eine gute Rente in Gold und Ansehen. Diese Feststellung durch den Herrn Kriegsminister wäre für die Ausbreitung staatsbehaltender Gesinnung, staatsbürgerlicher Erziehung sicher merkwürdiger gewesen, als manches dicke Buch, das darüber geschrieben wurde.

Es wird mir entgegengehalten werden können, Alfred Krupp habe seinerzeit darauf verzichtet, in Frankreich eine Geschützgießerei einzurichten, mit der ausdrücklichen Begründung, daß sich Frankreich Kanonen einmal auf Preußen richten könnten. Das war vor 1880. Seitdem haben sich die Zeiten gang erheblich geändert und Kruppische Ingenieure haben sowohl in Rußland wie in Frankreich das Schießverfahren für Panzerplatten und Granaten, sowie die dazugehörigen Anlagen eingeführt und eingerichtet. Auch die Firma Krupp wird gegenwärtig von rein kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet. Und es ist lediglich das wohlverstandene Interesse beider, des Staates sowohl wie der Privatfirma, das ein „treues“ Zusammenwirken bedingt. Darum scheint es mir nicht nur unangebracht, sondern auch im höchsten Maße gefährlich, in die geschäftlichen Beziehungen zweier Faktoren romantische Begriffe hineintragen zu wollen, die mit dem Geschäft selbst nichts zu tun haben.

Das Geschäftsgebarren der Kanonenfirma steht mit der allgemeinen Entwicklungstendenz im Einklang. Für sie ist die Welt in erster Linie Markt, und seit sie in aller Welt Konkurrenz gefunden, auch die moderne Arme, auf der sich alle Kräfte, körperliche, geistige und moralische, frei tummeln können. Die Tendenz führt über die staatlichen und nationalen Grenzen hinaus; ihr einziger sichbarer Maßstab ist ein internationaler Wert: das Gold. Die Menge des im Kampfe gewonnenen Geldes aber ist auch der einzige Wertmesser für den Grad der Leistungsfähigkeit, und es will mir, rein vom Standpunkt der kapitalistischen Entwicklung aufgefaßt, nichts natürlicher scheinen, als wenn in dem allgemeinen Wettstreit eine so gewaltige Organisation wie die von Krupp nun auch danach trachtet, sich den Staat, in dessen Schutz sie existiert, vollständig, vollständig unterzuordnen: bewußt durch Einflußnahme auf die Politik des Staates, unbewußt durch Besetzung der staatlichen Organe beim Kampf um den inneren Markt. Man sieht sich stärker und damit berechtigter als der Staat und überschätzt die eigene Bedeutung für die Nation, die folgerichtig in erster Linie auch als Markt (Konsument) gewertet wird. Man geht aber in solcher Heberhebung um so weiter, je mehr man die Abhängigkeit der Staaten vom Gelde kennt und je mehr man gewohnt wird, welche Anstrengungen von Seiten aller Staaten gemacht werden, um das Privatkapital an sich zu ziehen und es bei sich festzuhalten. . . .

In diesen letzten Ausführungen wird die Einzelermittlung Krupp mit Recht aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus erklärt und in der Tat ist die Anklage gegen Krupp zugleich ein vernichtendes Verdikt gegen das System, das solche Fälle erzeugt.

Politische Uebersicht.

Die Auflösung des preussischen Landtags.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verordnung, durch welche der preussische Landtag aufgelöst wird. Das Herrenhaus wird gleichzeitig vertagt.

Die Auflösung des Landtags hat lediglich eine formale Bedeutung. Es soll vermieden werden, daß der alte Landtag noch zu Recht besteht, während der neue bereits gewählt wird.

Agitatoren und Presse des Zentrums.

Der aus der Zentrumsparlei ausgeschlossene Graf Oppersdorff nimmt das Auftreten verschiedener Zentrumsagitatoren, besonders des Windthorstbund-Rebners Dr. Schärmigel zum Anlaß, um in seiner Wochenchrift „Macht und Wahrheit“ die verlogene Rhetorik der kirchlichen Versammlungsredner zu geißeln. Er widmet ihnen folgende schöne Charakteristik:

„Die noble Sitte, Anwesende in einer Versammlung vor nicht orientierten Menschen anzugreifen, die jeder Möglichkeit der Nachprüfung des ihnen vorgeschwungenen Anspruchs entbehren und vom Angegriffenen nicht aufzuklären sind, weil er sie nicht kennt, scheint mir gerade zur lästigen Gewohnheit zu werden, die um so widerlicher wirkt, als dieselbe Sorte von Rundreiserednern mit demselben Anstrich den nächsten öffentlich möglichen Anig vor dem „verehrten Geheimrat Porck“ zu absolvieren sich nicht enthalten kann. Das Weisrausch in der einen, irgend ein überlebensgroßes Quodlibet in der anderen Hand, so stellen sich diese Redner auf des Podium der „gemeinsamen christlichen Basis“ vor ihre nichtsahnenden Hörer hin. Erbauung; ein Minimum von Takt und Bildung müßte die Herren vor solcher Schaulust warnen. . . . Die Herren überbieten ihre eigenen Reden, und im umgekehrten Verhältnis zu der Qualität der Talente wächst die Qualität der Leistung. Schon sinkt die Diskussion, die Diskussion um für den Katholiken wichtigste Lebensgrundsätze in dieses Sumpfland; von leiser Verdächtigung bis zum pharisäergeräusch, von der dunklen Hintertreppe bis ins grelle Licht der öffentlichen Versammlung, von dem von Mund zu Mund, unhörbar fast, unkontrollierbar verfallenen Gerücht bis zu den spektakulären Beschüssen vorausschickend zusammengesetzter Majoritäten, von persönlichen Bewußt bis zur offenkundigen Fälschung offenkundiger Tatsachen; erdient blickt man auf die Krnung der Gegner, die wenn es das Noterlebensbedürfnis will, selbst die Sonne leugnen, die ihnen aus Scheideldsch brennt.“

Dann heißt es über die Leiter der Zentrumsblätter, von denen Herr Schärmigel behauptet hat, daß sie Wahrheit und Klarheit verbreiten:

„Nings sitzen die Agitatoren im Kreise, setzen sich an und leinert lacht. Von Welt nicht eine Spur, alles ist Dressur. Jeder weilt, in und außer der Partei, jeder, daß nirgends die Wahrheit so rüstloslos gelendet, die Freiheit so ungeüert beschnitten, das Recht mit so kühl wogender Gewalt gebrochen wird, wie in der Presse „für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Und daß es diese Entschaltung, diese Fesselung, dieser Zwang zu Unwahrheit oder Schweigen sind, die der Duertreiberpresse ins Leben helfen. Wenn irgend ein Provinzialblätchen vom Wege bahemittischen Denkens weicht, teigt sich Herr Dr. Porck in eigener Person in Tätigkeit, spart mit Mahnung und Mitleid nicht und zischt und pöfcht in tausend Akzentuierungen. Wenn du gegen den wüthendsten Schimbi der patentierten Gazetten in Köln und Breslau, Augsburg oder Reife von ihm ein Eingreifen forderst: vergebens, er kann leider so gar nichts machen. Weiß der Apologet des regierenden Tugend das alles nicht? Auch nicht, wie rüstloslos Verleger und Redakteure niedergebittelt werden, bis der Kerne, den es gerade trifft, seelisch oder finanziell zusammenbricht und den von der Not erprezten Eid unbedingter Willensentigung leistet?“

Graf Oppersdorff kennt, wie man sieht, die edlen Kämpfer für die Zentrumsmoral.

Der neue Bischof von Münster.

An Stelle des zum Erzbischof von Köln erpähten Dr. Feltz v. Hartmann ist heute der bisherige münsterische Kapitularvikar Johannes Poggenburg zum Bischof von Münster gewählt worden. Der neue Bischof ist eine Sohn Westfalens. Er ist am 12. Mai 1862 in Lübeck, einer kleinen Ortschaft des Kreises Barendorf, geboren. Nachdem er an der damaligen Akademie, jetzigen Wilhelms-Universität Münsters Theologie studiert hatte, wurde er 1880 zum Priester geweiht, 1888 zum Rektor der Pädagogische zu Untermeibrich bei Duisburg ernannt und 1902 zum Präses der Jugendvereine des Bistums berufen. Als dann der Dombischof Dr. Feltz v. Hartmann den Bischofsstuhl in Münster bestieg, wurde Johannes Poggenburg Domkapitular von Münster. Jetzt folgt er dem bisherigen Bischof im Amte aber, wie es im kirchlichen Jargon heißt, auf den hohen Stuhl des hl. Ludgerus. Soweit bekannt, gehört der Neuzugewählte zur sogenannten Berlin-Breslauer Richtung, ebenso wie sein Vorgänger.

Geborene Gesegeber.

Nach dem letzten Bericht der Matrikelkommission des Herrenhauses sind in der „Ersten Kammer“ gegenwärtig Berechtigungen auf Eig und Stimme, die königlichen Prinzen ungerchnet, vorhanden:

A) Erbliche Berechtigungen:

Table with 2 columns: Item description and number of votes. Includes 'das Haupt des fürstlichen Hauses Hohenzollern-Sigmaringen' (1), 'die Häupter der vormaligen deutschen reichsständischen Häuser' (22), etc.

B) Berechtigungen auf Lebenszeit:

Table with 2 columns: Item description and number of votes. Includes 'die zeitigen Inhaber der großen Landesämter in Preußen' (4), 'aus besonderem königlichen Vertrauen' (89), etc.

Zusammen erbliche Berechtigungen . . . 118

Zusammen Berechtigungen auf Lebenszeit . . . 278

Zusammen . . . 396

Kann wissen aber bei weitem nicht alle die Ehre eines preussischen Gesetzgebers zu schätzen. Von den erblichen Berechtigungen ruhen zurzeit nicht weniger als 87, darunter die Stimme für das Haupt des fürstlichen Hauses Hohenzollern, 8 von den 23 Stimmen der Häupter der vormaligen deutschen reichsständischen Häuser, 20 von den 51 Stimmen der Fürsten, Grafen und Herren der Herrenkurie des Vereinigten Landtages, ja sogar 8 Herren, die auf Grund besonderer königlicher Verleihung erblich berechtigt sind, üben dieses Recht nicht aus.

Im ganzen sind 339 „Herren“ eingetreten, die wenn man von der Handvoll Vertreter der Landesuniversitäten und der Städte abzieht, fast ausschließlich dem hohen und höchsten Adel angehören. Unter ihnen befindet sich auch Fürst Eulenburg, dessen Teilnahme an der Gesetzgebung, wenn sein Gesundheitszustand es ihm erlaubt, nichts im Wege steht.

So zusammengesetzt ist die „Erste Kammer“, diese — um mit dem konservativen Historiker Heinrich von Treitschke zu reden — verdünnte und entwürdigte Versammlung, die der Staat als totes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen.

Wenn endlich wird das preussische Volk sich aufrufen, um neben dem eisenen Dreiklassenwahlrecht auch das Herrenhaus zu beseitigen und damit die Erinnerung an das Jahr 1854 auszulöschen?

Aus dem sächsisch-lothringischen Landtage.

Die Erste Kammer des sächsisch-lothringischen Parlaments nahm am Mittwochvormittag die Besatzungsbeschlüsse vor in einer Form an, die darauf schließen läßt, daß die Vorlage Gesetz wird. Bekanntlich streift die Zweite Kammer die Gehälter der höchsten Landesbeamten, worauf die Erste Kammer als Bundesgenosse der Regierung im Gegensatz zur Zweiten Kammer die letzte Regierungsvorlage wieder herstellte. Lange Zeit schien es, als ob diese Vorlage an der das Parlament ein Jahr gearbeitet hat, nicht zustande kommt und schließlich der Landtag sogar aufgelöst würde. Nun hat die Erste Kammer soweit nachgegeben, daß die Besatzungsreform auf keine allzu großen Schwierigkeiten mehr stoßen wird.

Ungebuldige Rüstungsfanatiker.

Die Budgetkommission des Reichstags nimmt ihre Arbeiten am 20. Mai wieder auf. Den Rüstungsinteressen scheint dieser Termin reichlich spät zu sein, weshalb sie in der „Post“ verkünden lassen, daß verschiedene Mitglieder der Budgetkommission an den Vorsitzenden, Abg. Spahn, das Ersuchen gerichtet haben, mit den Arbeiten bereits zu einem früheren Termin wieder zu beginnen. Mit diesem Wunsch werden die auf baldigen Proßt bedachten Patrioten kein Glück haben, denn es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Vorlage auf diese Art durchzupeitschen.

Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstags

fordert die Presse der Rüstungsinteressen, denen vor neuen Enthüllungen über ihre gemeingefährlichen Praktiken grauen mag. In den „Stettiner Neuesten Nachrichten“, einem sogenannten unparteiischen Blatt, das in der gleichen Nummer die Friedensförderung durch Österreich mit Jubel begrüßt, wird die „Verführung“ ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie durch Änderungsanträge und lange Reden die Abfertigung über die Heeresvorlage „verschleppen“ möge. Deshalb wird der Vorschlag gemacht:

Hier wird man, wenn alle Stränge reißten, schließlich doch genötigt sein, die Energie zu zeigen, die man einst bei der Beratung der Handelsverträge aufgebracht hat, als der Antrag Abschlüsse den Unsinns des Formalismus wieder in Vernunft und der Antrag Kardorff die Plage einer Widerweilsherrschaft durch die Statuierung des Reichsrechts wieder in eine Wohlthat verwandelte.

Der Militarismus ist der Inbegriff der rohen Gewalt. Es ist deshalb ganz natürlich, daß seine Anhänger durch eine brutale Gewaltspolitik ihre Ziele durchsetzen wollen. Doch so leicht wie im Jahre 1902 geht die Geschichte nicht mehr, zumal die Spuren der Anträge Abschlüsse und Kardorff schreien.

Seminare als Staatsretter.

Eine ebenso lächerliche wie herausfordernde Demonstration gegen den „inneren Feind“ leistete sich das Lehrerseminar in Drossen (Kreis Westfalen). Dort fand am Sonntagmorgen ein Anlaß der Reichstagswahl eine von der Sozialdemokratie einberufene Volksversammlung statt, die unter freiem Himmel tagte, da der Arbeiterklub in Drossen ein Saal nicht zur Verfügung steht. Trotz des miserablen Wetters hatten sich ca. 800 Personen eingefunden. Doch noch eine weitere „Subdrosche“ stellte sich ein. Das Versammlungsgrundstück grenzte nämlich an eine Straße, auf deren gegenüberliegender Seite der Garten des Lehrerseminars liegt. In diesem hatten die Zöglinge des Seminars unter Aufsicht ihrer Lehrer und des in weißen Herrn Direktors Aufsicht genommen. Zur Verstärkung war außerdem noch eine Klasse der Präparandenanstalt — fünfzehn bis sechzehnjährige Jungen — „mobilisiert“ worden. Raum hatte der Referent der Versammlung, Genosse Kuntner, zu sprechen begonnen, als die angehenden Volkserzieher auf Kommando „patriotische“ Gesänge anstimmten mit der leicht erkennbaren Absicht, durch lautes Singen den Referenten zu überhören. Das gelang ihnen jedoch nicht. Der Referent kennzeichnete diese oberne Kundgebung vielmehr in einer Weise, welche die anfängliche Entrüstung der Versammlung in fürnische Heiterkeit umwandelte. Nur dieser Wendung verdanken es die patriotischen Madanhelden, wenn man ihr provozierendes Benehmen im weiteren unbeachtet ließ, weniger dem Umstand, daß sich die „gebildeten“ jungen Herren mit ihren Anknüpfeln bemöhnten, die sich in den Händen dieser „Einfachsinns“ Anklagen allerdings mehr humoristisch als furchterregend ausnahmen.

Nach Schluß der Versammlung verzichteten schließlich die grünen Jünglinge noch einen Demonstrationsszug durch die Straßen Drossens. Besonders markierten sie vor dem Lokal auf und ab, in dem der Referent sprach genommen. Dieser benutzte eine noch am gleichen Abend stattfindende bürgerliche Versammlung, um das ganze Verhalten des Seminars während an den Pranger zu stellen.

Wiemahl das bürgerliche Publikum stark bedrohten Wort, erwuchs dem Referent mit seinen Zöglingen kein Verteidiger.

Schweiz.

Volksabstimmungen und Wahlen.

Zürich, 5. Mai. (Eig. Ber.)

Der 4. Mai war für die Schweiz ein ganz außergewöhnlich reicher Wahl- und Abstimmungsstag von eidgenössischer, kantonaler, regionaler und lokaler Bedeutung. An der Spitze stand die Volksabstimmung über die Revision bezw. Ergänzung der Bundesverfassung durch Aufnahme folgender neuen Bestimmungen: „Art. 60. Der Bund ist befugt, zur Bekämpfung übertragbarer oder stark verbreiteter oder bösartiger Krankheiten von Menschen und Tieren geeignete Bestimmungen zu treffen“. Die Vorlage ist in der Volksabstimmung mit 164 765 gegen 107 197 Stimmen angenommen worden. Die Initiative zu dieser Verfassungsrevision ist von unserem Genossen Dr. med. Hilli, Mitglied des Nationalrates, und damit von unserer gesamten Fraktion desselben ausgegangen.

Im Kanton Schaffhausen wurde ein neues Baugesetz mit 3315 gegen 2983 Stimmen verworfen; im Kanton Aargau das neue Wahlgesetz mit 25 077 gegen 11 399 Stimmen ebenfalls verworfen.

In der Stadt Zürich fand die Vorlage betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt Zürich mit 18 860 gegen 4576 Stimmen Annahme, während die andere städtische Vorlage betreffend eine neue Reservekraftanlage für das städtische Elektrizitätswerk, wobei es sich um keinerlei politische Gesichtspunkte, sondern rein technische Fragen handelte und für die unsere Partei die Stimmen freigegeben hatte, mit 10 177 gegen 8587 Stimmen verworfen wurde.

Im Winterthurer Wahlkreis fand eine Ersatzwahl in den Nationalrat statt für den verstorbenen Maschinenfabrikanten und schweizerischen Oberbauingenieur Sulzer-Ziegler. Sein Schüler und Handlanger, Redakteur Wehrli, erhielt 4575, der Bauernkandidat Zwingli 1871 und der Sozialdemokrat Prof. Dr. Schenkel in Winterthur 7292 bei einem absoluten Mehr von 8833 Stimmen. Unsere Partei hat also die meisten Stimmen aufgebracht und hat alle Aussicht, im zweiten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Im Bezirk Zürich wurde unser Genosse Halter ohne Gegenkandidat mit 12 037 Stimmen als Bezirksanwalt (Untersuchungsrichter) gewählt. Auch bei der Wahl der Schulbehörden, der Friedensrichter und Verleibungsbeamten (Gerichtsdienst) erzielte unsere Partei Erfolge. Zum erstenmal wurde eine Frau in die Schulbehörde gewählt in der Person unserer Genossin Fräulein Dr. Brücklein, die nun Mitglied der Zentralschulpflege der Stadt Zürich ist.

In der Stadt Bern erhielt unser Genosse Abbotat Zraggen bei der Wahl des Polizeidirektors, der zugleich Mitglied des Gemeinderates (Magistrats) ist, 4083, sein freisinniger Gegenkandidat Dr. Sang 4745 und der konservative Dr. Jeerleber 908 Stimmen. Es ist also ein zweiter Wahlgang notwendig. Unser Genosse Zraggen ist schon seit Jahren stellvertretender Polizeidirektor.

Und schließlich noch ein schöner Sieg in Biel, wo unser Genosse Wysshaar mit 1000 gegen 1200 Stimmen als Bezirksstatthalter (höchster administrativer Bezirksbeamter) gewählt wurde.

Frankreich.

Der sozialistische Protest gegen die Zurückbehaltung der Jahresschiffe 1910.

Paris, 7. Mai. Die „Humanité“ veröffentlicht den von der Kammergruppe der geeinigten Sozialisten beschlossenen Aufruf gegen die Zurückbehaltung der Jahresschiffe 1910. In dem Aufrufe heißt es: Der Ministerpräsident hat die Kühnheit gehabt, im „Temps“ anzukündigen, daß er die im September d. J. freizusetzenden Jahresschiffe durch Dekret zurückbehaltend und zu einem dritten Dienstjahre verurteilen werde. Das ist eine unerträgliche Ungeselligkeit und eine Art Staatsstreich. Das Gesetz von 1905 erlaubt dem Ministerium lediglich, die Altersklasse probitorisch und wegen der im Augenblick ihrer Entlassung festgestellten außergewöhnlichen Umstände zurückzubehalten. Das Gesetz gestattet ihm nicht, sechs Monate vorher ein drittes Dienstjahr anzunehmen unter Verurteilung auf die durch die neuen deutschen Rüstungen verursachten dauernden Notwendigkeiten. Diese Frage kann nur durch ein Gesetz geregelt werden. Die willkürlich und ungesetzlich zurückgehaltenen Soldaten müssen das Recht haben, gegen diesen Mißbrauch der Gewalt beim Staatsrat Beschwerde zu erheben. Diese Uebereilung, diese Brutalität dieses Staatsstreichs, durch das 300 000 Soldaten ungesetzlich in den Kasernen zurückgehalten werden sollen, kann nur die Wirkung haben, die Bewilligung der deutschen Militärvorlagen zu beschleunigen und dem französischen Militarismus neue Vorwände zu liefern.

Der Empfang des Königs von Spanien.

Paris, 7. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Anlässlich des Besuchs des Königs von Spanien veröffentlicht die „Humanité“ ein gemeinsames Manifest des spanischen und französischen Parteivorstandes. In demselben wird besonders betont, daß die Arbeiter beider Länder ein friedliches Einvernehmen beider Völker im Auge haben. Sie erklären ausdrücklich, daß sie zur Erringung politischer Freiheit und sozialer Rechte den internationalen Frieden haben wollen. Das Manifest erklärt, daß die bürgerlichen Regierungen keine Bürgschaften dafür bieten, daher sei es die dringendste Aufgabe der Sozialisten beider Länder, einander bei Verteidigung der Freiheitsrechte zu unterstützen und jede Entente, die die Freiheit irgendeines Landes beeinträchtigen würde, zu bekämpfen; vor allem sich jeder Vermehrung der Rüstungen zu widersetzen.

Die „Bataille Syndicaliste“ veröffentlicht ebenfalls einen Protest, indem sie die Konföderation und ihre Gewerkschaften auffordert, König Alfons den verdienten Empfang zu bereiten. Ebenso veröffentlicht die genannte Zeitung weiter auf der ersten Seite eine Aufforderung des anarchistischen Bundes, worin unter anderem aufgeföhrt wird, heute abend vor der spanischen Botschaft zu demonstrieren. Die Polizei trifft große Maßnahmen, um Ausschreitungen zu verhindern.

Der Empfang des Königs trug durchaus militärischen Charakter. Von politischer Bedeutung ist der Besuch insofern, als man vermutet, Spanien in die Triple-Entente mit hineinzuziehen. Im übrigen aber gab man sich Mühe, das Publikum möglichst in Jacqum-Strahlen. Die gesamte große Presse bewohlräuchert eines italienischen gegen die radikale Presse teils höflich föhlichen Städten ist sie lat. Nur das neue Blatt „Clemenceau“ in London im Betrieb gezeigloblied.

Rußland.

Schluß des finnischen Landtages.

Unser finnischer Korrespondent schreibt uns unter dem 2. Mai: Heute ist der finnische Landtag nach Abschluß seiner letzten Session nach Hause geschickt worden. Der ständigen Aufstellungen und Reuwahlen müde, ließ die russische Regierung diese Legislaturperiode des Landtages zu Ende gehen. Ihren Zweck, die Arbeiten der Volksvertretung illusorisch zu machen, suchte sie durch ein anderes Mittel zu erreichen: durch eine ganz infame Verschleppungspolitik gegenüber allen Beschlüssen des finnischen Landtages. Die wichtigsten Gesetze, die nach Petersburg zur Bestätigung geschickt wurden, sind gleichsam verschollen, dem Landtage ist sogar das Recht der Nachfrage nach ihrem Verbleib genommen. Zu gleicher Zeit wirtschafte die Administration, unter Mißachtung der Volksvertretung und der Verfassung, nach den Anweisungen des russischen Generalgouverneurs. Unter dem Druck dieser Verhältnisse hat der Landtag jede Macht, jeden Einfluß verloren. Ueber die Köpfe der Volksvertretung hinweg schaltet und waltet die russische Regierung in Finnland wie in einer eroberten Provinz.

Die Neuwahlen für die neue Volksvertretung sind auf den 1. August anberaumt, und ihre erste Session beginnt am 1. Februar 1914. Welche Veränderungen aber bis dahin eintreten, entzieht sich jeder Voraussicht.

Vor dem Schluß der Landtagssession richtete die sozialdemokratische Fraktion folgendes Telegramm an die sozialdemokratische Dumafraktion in Petersburg: „Genor wir nach Abschluß unserer Arbeiten auseinandergehen, richten wir einen brüderlichen Gruß an das in Kämpfen gestählte Proletariat Russlands und seine würdige Vorkämpferin. Die sozialdemokratische Dumafraktion.“

Aus der Partei.

Zur Landtagswahl in Hohenzollern.

Aus Hechingen wird uns geschrieben: Die bevorstehende Landtagswahl in Hohenzollern wird von unserer Partei zu einer umfassenden Agitation in dieser Zentrumsdomäne benutzt. Wirtschafliche Abhängigkeit und Drangsalierung durch die „christlichen“ Segner haben uns veranlaßt, von der Aufstellung von Wahlmännern Abstand zu nehmen. Das hindert uns keineswegs, die Sünden des Zentrums, namentlich in der Wahlrechtsfrage, den Wählern vor Augen zu führen. Die Abhaltung von Versammlungen wird durch systematische Lokalabteilung zu verhindern versucht. Wir müssen deshalb unser Hauptaugenmerk auf eine umfassende Flugblattverbreitung richten. Diese mühevolle Arbeit ist dem Zentrum äußerst unangenehm. Der „Joller“, das Hechingener Zentrumsblatt, zieht alle seine Schimpfregister. Das Zentrum molle das preussische Wahlrecht „verbessern“, schreibt das Zentrumsorgan. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, weiß jedes Kind. Durch unsere Agitation wird auch in Hohenzollern die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund des politischen Lebens geschoben.

Von einer Agitation der „Fortgeschrittenen“ merkt man bis jetzt nichts.

Aus den Organisationen.

In der Generalversammlung für den vierien sächsischen Wahlkreis (Dresden-Kenstadt) wurde berichtet, daß die Mitgliederzahl von 13 031 auf 13 486, also um 455 gestiegen ist. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 71 466 M. mit einem Kassenbestand von 17 908 M. Für Bildungsgewende wurden 5636 M. ausgegeben, 47 Kassa- und 122 Mitglieder-verseammlungen wurden neben 78 sonstigen Veranstaltungen abgehalten. Abonnenten für die „Dresdener Volkszeitung“ wurden 177 gewonnen. Ihre Zahl stieg von 16 092 auf 16 289. Die Zahl der Gemeindeglieder stieg von 150 auf 162. Die Frauenbewegung stagnierte. Durch eine eingesehte Kommission soll das Delegiertenystem für Generalversammlungen und die Wahl zu Parteidelegationen vorbereitet werden.

Die Mafseier in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Obgleich die russische Mafseier erst auf den 14. Mai fällt, wurde sie in diesem Jahre in den westlichen Gebieten zu gleicher Zeit mit den westeuropäischen Staaten abgehalten. Nicht nur in Finnland und Rußisch-Polen, die traditionell den 1. Mai n. St. feiern, auch in Litauen und in den Ostseeprovinzen fanden in diesem Jahre eindrucksvolle Manifestationen und umfangreiche Arbeitseinstellungen statt. In Finnland fanden in allen Städten gewaltige Umzüge statt. Besonders eindrucksvoll waren die Kundgebungen in Helsinki. 10 000 bis 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, mit der sozialdemokratischen Landtagssraktion an der Spitze, zogen unter den Klängen der Arbeitermarschlieder in geschlossenen Reihen durch die Stadt. Während die ersten Reihen des Zuges bereits am Fichtenberg (Mantimaki) angelangt waren, hielten die letzten noch am Kollsbau im Zentrum der Stadt. Der ganze Fichtenberg war mit Manifestanten bedeckt, an die von diez Tribünen Anreden gehalten wurden. Als Vertreter des russischen Proletariats waren die Dumaabgeordneten, Genosse Stobelew und Chaustow anwesend, die von den finnischen Genossen enthusiastisch begrüßt wurden. Trug die Feiern in Helsinki noch einen europäischen Charakter, so fand sie in andern Städten der westlichen Gebiete unter dem Zeichen des Militäraufgebots und der Kasernenruhe. In Warschau, wo die Feiern infolge des katholischen Feiertages geschloffen waren, freisten sämtliche jüdische Werkstätten. Auf einigen Straßen wurden Demonstrationen versucht, die Manifestanten wurden aber von der Polizei zerstreut. Die ganze Stadt warnte von Waffen. In Wilna freisten fast sämtliche Werkstätten und Fabriken. In Riga schlossen sich die größeren Fabriken und Werke fast ausnahmslos dem Streik an. Nach bescheidenen Verrechnungen streikten hier an diesem Tage 60 000 Personen. Am Abend fanden in der Nähe der Gertrudstraße Arbeitermanifestationen statt, an denen viele Tausende von Personen teilnahmen. In der ganzen Stadt waren Flugblätter der sozialdemokratischen Partei verbreitet, die zur Arbeitseinstellung aufforderten. Trotz der gewaltigen Vorbereitungen und der umfangreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den vorhergehenden Tagen, erwies sich die Administration dem Ansturm der Massen gegenüber völlig machtlos. Sie wußte von der geplanten Demonstration in der Nähe der Gertrudstraße und brachten in den antiegender Höfen zahlreiche Trupps von Schulheuten unter. Aber als die Massen heranströmten, vermochte die Polizei die Manifestation nicht zu verhindern. In ihrer Wut stürzte sie sich auf die Demonstranten, die die Mißhandlungen der Schulheute mit Steinwürfen beantworteten. Ein Teil der Demonstranten fand sich naher in den städtischen Parkanlagen ein, wo revolutionäre Lieder gesungen wurden. Im allgemeinen erinnerte die diesjährige Mafseier in Riga an die Jahre der Revolution.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Breßproß.

Durch einen Abwehrartikel der „Bremer Bürgerzeitung“ fühlte sich ein Redakteur des Amtsblattes „Bremer Nachrichten“ beleidigt und das Schöffengericht verurteilte den Verantwortlichen, Genossen Schwarz, wegen formaler Beleidigung zu drei Wochen Gefängnis. Dieses harte Urteil hat jetzt die Strafkammer kassiert und die Strafe wurde auf 75 M. festgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Und wieder ein arbeitswilliger Revolverheld.

In Fordon, Kreis Bromberg, kam es nach den Verichten bürgerlicher Blätter am Sonnabend zu erheblichen Ausschreitungen gegen Polizeibeamte, deren Urheber arbeitswillige waren. Der arbeitswillige Dachdecker Granowsky geriet mit einigen streikenden Arbeitern in einen Wortwechsel, der schließlich durch das äußerst provokierende Verhalten des Granowsky in Tätlichkeiten auszuarten drohte. Ein dazu kommender Polizist Biere beendete den Streit und führte Granowsky, der augab, von den Streikenden „belästigt“ worden zu sein, nach seiner Wohnung. Kaum hatte der Polizist dem Hause des Gr. den Rücken gekehrt, als dieser wieder auf der Straße erschien und ohne jeden Grund auf einige auf der Straße stehende Personen mit einem Revolver schoss, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Um weitere Geldentzügen des arbeitswilligen zu verhindern, sollte er durch den wieder zurückgekommenen Polizisten Biere verhaftet werden. Da sich der Revolverheld hiergegen zur Wehr setzte, wurde er gefesselt. Auf dem Wege zur Wache gelang es dem über Riesenkräfte verfügenden Granowsky, die Fesseln zu zerreißen. In Gemeinschaft mit seinem Bruder und anderen arbeitswilligen, die inzwischen mit Hämmern, Seilen und Ösenzimmern herbeigeekelt waren, überfielen die „Staatsfeinde“ den Polizisten und richteten ihn übel zu. Dem Ueberfallenen gelang es noch, Gr. den Revolver in dem Moment aus der Hand zu schlagen, als er damit wieder schießen wollte. Mehrere herbeigeekelte Polizisten konnten schließlich mit großer Mühe die arbeitswilligen Kaufbolde verhaften. Von den Polizisten wird noch behauptet, daß während des Zusammenstoßes mehrfach geschossen wurde und daß mehrere Kugeln dicht über ihren Köpfen vorbeisagten. Der sehr schwer verletzte Polizist mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

So sehen die Leute in Wirklichkeit aus, die sich des weitgehenden Schutzes der Behörden bei Streiks erfreuen. Was für ein Geschrei würde die Unternehmerpresse erheben, wenn Streikende die Ursache zu diesem Arawall gegeben hätten.

Berlin und Umgegend.

Neue Produktionsformen in der Berliner Herrenkonfektion.

Seit Jahren hat der Deutsche Schneiderverband einen zähen Kampf um die Errichtung von Betriebswerkstätten geführt. In den letzten Jahren machen sich nun die Früchte dieser Bemühungen bemerkbar. Die großen Detailkonfektionsgeschäfte haben mehr oder weniger große Werkstätten eingerichtet, und die Behauptungen der Unternehmer, daß die Arbeiter selbst nicht auf Betriebswerkstätten arbeiten wollen, hört man nicht mehr. Der Abschluß der Lohnbewegung der Herrenkonfektionsschneider brachte dann auch wieder die Anerkennung des Tarifs für Heim- und Werkstattarbeiter bei allen guten Detailkonfektionsfirmen, mit Ausnahme der Firmen A. Leineweber, Köhnischer Fischmarkt, und Wellmann, Kaiser-Wilhelmstraße. Dagegen wurde der Tarif anerkannt von den Firmen Baer Sohn, Edders u. Dyhoff, Fabisch u. Co., H. Fabisch, „Hoffnung“, Brunnenstr. 188, Peef u. Clöppenburg. Größere Werkstätten werden von Baer Sohn, Fabisch u. Co., „Hoffnung“, Brunnenstr. 188, und Peef u. Clöppenburg unterhalten. Einige andere größere Firmen haben dem Schneiderverband mitgeteilt, daß sie noch im Laufe dieses Sommers Werkstätten für etwa 100 Arbeiter einrichten wollen. Die Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt in der Weise, daß etwa 20 bis 25 Personen an einem Stück in Teilarbeit beschäftigt werden.

Die Unternehmer erklären, daß diese Produktionsform große Vorteile biete in bezug auf die sorgfältige Verarbeitung der Stücke. Für die Arbeiterschaft kommen allerdings auch Vorteile in Betracht, insbesondere in Betrieben, die ihre Maschinen durch Elektrizität oder Motoren antreiben lassen, sowie in der geordneten Arbeitszeit, die überall auf 9 Stunden festgesetzt ist. Durch den neuen Vertrag haben die auf Werkstätten beschäftigten Arbeiter auch einen Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes erhalten, der sich nach der Dauer der Beschäftigung richtet.

Arbeitsman nach den Erfahrungen, die bisher mit der Teilarbeit in den Werkstätten gemacht wurden, so darf eine wesentliche Verbesserung und Vermehrung der vorhandenen Werkstätten erwartet werden. Der Schneiderverband begrüßt es, wenn nun seine lange erhobenen Forderungen erfüllt werden.

Dagegen machen sich auch schon jetzt Erscheinungen bemerkbar, die von der Arbeiterschaft nicht unbeachtet gelassen werden können. So sind die Inhaber der Firma Leineweber der Ansicht, daß die Einführung der Teilarbeit es ermöglichen würde, ungelernete Arbeiter in der Schneiderei zu beschäftigen. Andere Arbeitgeber sowohl als auch die Arbeiter sind der Ansicht, daß darunter in der Hauptsache die Kunstschaffende leiden, weil sie von ungelerneten Arbeitern doch nicht in gleicher Weise bedient werden kann wie von gelerneten. Dabei ist außerdem zu beachten, daß die Firma A. Leineweber sich nicht bereit erklärt, die Löhne der Arbeiter tariflich in gleicher Weise zu ordnen und zu bezahlen, wie dies bei anderen Firmen der Fall ist.

Die Arbeiterschaft hat die Einführung von Werkstätten verlangt, um eine geordnete Arbeitszeit und angemessenen Lohn zu erzielen. Wenn demgegenüber ungelernete Arbeiter bei wesentlich niedrigeren Löhnen beschäftigt werden, so wird hiermit ein Lohnbruch ausgeübt, der dem Unternehmer einen unberechtigten Vorteil gewährt, dagegen alle anderen Interessenten schädigt. Wenn die Firma gelernete Arbeiter durch ungelernete ersetzt, so ist ihr Zweck, die in den übrigen gleichartigen Geschäften vereinbarten Löhne nicht zu zahlen.

Wahrung, Tabakarbeiter! Die Zigarrenfirma Radtke, R. Vetterstr. 27, hat den mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband geschlossenen Tarifvertrag durchbrochen. Die grünen Plakate werden ihr entzogen. Der Betrieb ist gesperrt.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Bedarf an Zigarren, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Hebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Schuhmachermacher in Bremen, Braunschweig und Hannover befinden sich seit längerer Zeit im Streit. Bei diesen Streiks kommen die ersten Maßgeschäfte mit in Frage. Es ist unmöglich, daß diese Geschäfte jetzt in der Hochsaison die Arbeit lange aufschieben können. Die Arbeit drängt, und man wird versuchen, die Arbeit an anderen Orten angefertigt zu bekommen. Es wird daher das dringende Ersuchen an die Ortsverwaltungen des Schuhmacherverbandes gerichtet, darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für die genannten Orte angefertigt wird.

Der Streik der Brauereiarbeiter in Sonneberg in Thüringen ist nach zehntägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Es kam ein neuer Tarifvertrag mit dreijähriger Geltungsdauer zustande, der verschiedene Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis brachte. Sämtliche Streikenden nahmen die Arbeit in den vier bestreikten Betrieben wieder auf.

Der beleidigte christliche Arbeitswilligenvermittler.

Vom Düsselbacher Schöffengericht wurde der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Franz Marg wegen Beleidigung des christlichen Gewerkschaftsbeamten Leupke zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse Marg hatte in einer Düsselbacher Metallarbeiterversammlung, die sich mit der Beschäftigung von Mendener Ausgesperrten an die bestreikte Firma Ponzelot in Hilden bei Düsseldorf befaßte, von einem Streibrednervermittlungsbureau Leupke u. Co. gesprochen. Dadurch fühlte sich der Christliche Leupke beleidigt und reichte Privatklage gegen den Genossen Marg ein. In der Verhandlung gaben die beiden christlichen Beamten Leupke und Groß zu, daß die ausgesperrten Mendener Arbeiter auf ihre Veranlassung nach Hilden gekommen sind. Da der Streik nach ihrer Ansicht „unberechtigt“ war, so hätten sie die Vermittlung von Arbeitswilligen für richtig gehalten. Bei der Zeugenernehmung wurde übrigens auch ein sehr inniges Verhältnis zwischen dem Prokuristen der Firma Ponzelot und dem christlichen Gewerkschaftsbureau festgestellt. Erklärte doch Herr Leupke selbst, daß er von verschiedenen „Drangsalierungen“ seiner Mitglieder nicht etwa durch diese, sondern durch den Prokuristen Kenntnis erhalten hatte! Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich um einen „unberechtigten“ Streik gehandelt habe und aus diesem Grunde der Vorwurf des Genossen Marg beleidigend sei. Es wurde unter Verlagung des Schutzes aus § 193 auf die eingangs mitgeteilte Strafe erkannt.

Die Tatsache, daß von der christlichen Verbandsleitung Mendener Ausgesperrte zu Hausarbeiten abkommandiert worden sind, ist dadurch aber nicht aus der Welt geschafft.

Der grobe Unfugparagraf gegen ausgesperrte Arbeiter.

In Königsberg hatten sich vier Handwerker und ein Lehrling von der Unionshererei wegen Aufbaus und verbotenen Rötigung (Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung) zu verantworten. Sie hatten sich in einer Menschenmenge befunden, die zwei Streibredner aus der Union begleitet hatte. Obwohl die Schulpunkte nur wiederholt die Menge ermahnten „zurück zu bleiben“, wurde das doch als „mehrmalige Aufforderung zum Auseinandergehen“ angesehen, und drei der Angeklagten erhielten wegen „Aufbaus“ Geldstrafen. Von der Anklage der verbotenen Rötigung mußten alle fünf freigesprochen werden, weil ihnen trotz krampfhafter Bemühungen nichts Strafbares nachgewiesen werden konnte. Die zwei Handwerker, die auch nicht wegen Aufbaus verurteilt werden konnten, erhielten je 20 M. Geldstrafe wegen „groben Unfugs“. Der eine arbeitswillige hatte nämlich, als ein junger Mensch auf ihn zugekommen war, den Revolver gezogen und geschrien: „Zurück, oder es knallt“. Die beiden ausgesperrten gingen, als sie das sahen, zu einem Schutzmännchen und erluchteten ihm, dem Wanne den Revolver fortzunehmen, da er sonst schweres Unheil anrichten könnte. Der Schutzmännchen weigerte sich aber, dem Streibredner den Revolver abzunehmen. Er herrschte die Ausgesperrten an: „Das geht Sie gar nichts an!“ Die beiden Handwerker gingen aber noch eine kurze Strecke mit dem Schutzmännchen, der den arbeitswilligen unter seine Obhut genommen hatte, mit und verlangten, daß der Streibredner entweder zur Wache geführt oder ihm der Revolver abgenommen werde. In diesem Verlangen erklärte das Gericht großen Unfug! Es erklärte, die beiden Ausgesperrten hätten die Absicht gehabt, den arbeitswilligen (der die Menschen mit dem Revolver bedrohte) zu belästigen, ihn wehrlos zu machen und ihn der Menge preiszugeben! Dabei hätten sie sich lediglich des Publikums angenommen und dafür sorgen wollen, daß der Streibredner keine Menschen todschießen konnte. Aber für einen preussischen Gerichtshof ist das — großer Unfug! Man wird sich also in Zukunft von den Streibrednern niederlassen lassen müssen, wenn man nicht in die Gefahr kommen will, wegen groben Unfugs bestraft zu werden. Das ist preussische Rechtsprechung.

Zum Streit der Wauschloffer in Hamburg.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und der Schlosserinnung wurde von einer Junglingsversammlung abgelehnt. Die Streikenden vertraten darauf ihre ersten Forderungen. Eine Verlammlung des Verbandes der Schlosserinnen nahm kurz darauf das Ergebnis der Verhandlungen an. Danach soll der Lohn für Jungausgelernte im ersten Jahre 53 Pf., im zweiten 57 Pf., im dritten 60 Pf., im vierten 65 Pf. pro Stunde betragen. Alle übrigen Löhne sollen vom 1. April dieses Jahres ab um 3 Pf., vom 1. Oktober 1913 ab um 2 Pf. erhöht werden. Die Arbeitszeit beträgt wie bisher 9 Stunden und ist nur am Sonnabend auf 8 1/2 Stunden verkürzt. Die Streikenden nahmen dieses Angebot an, beschlossen jedoch, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen werden soll, bis auch die Junglingsbetriebe, von denen verschiedens dem Verband der Schlosserinnen nicht angeschlossen sind, die Zugeständnisse anerkannt haben.

Der gelbe Werkverein als Lohnbrücker.

Die Zulfabrik Altha (A.-G.) in Blau bei Altha i. Sa. ist eine Goldgrube für ihre Aktionäre. Innerhalb sieben Jahre hat sie nicht weniger als 4 1/2 Millionen Mark Dividende abgeworfen. Der Geschäftsgang des verflorenen Jahres, der nicht allzu glänzend war, gestattete ihr jedoch die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. Im auch in Zukunft den Aktionären diesen goldenen Segen garantieren zu können und die Gewinne wenn möglich noch zu steigern, beabsichtigt die Direktion die Arbeitslöhne herabzusetzen und junge Leute einzustellen, die billiger arbeiten. Da sich derartige Maßnahmen nicht ohne weiteres durchsetzen lassen — sie würden an dem Widerstand der Arbeiter scheitern — versucht es die Firma auf dem Umwege der gelben Werkvereine. Richtig ist eine Schutztruppe der Aktionäre, eine Streibrednerorganisation. In den letzten Tagen ist den Meistern der Firma denn auch ein Statutenentwurf unterbreitet worden. — Die Firma benutzt die gegenwärtige Zeit — der Geschäftsgang ist nicht allzu flott —, um die Arbeiter in den gelben Verein zu pressen. Geling es ihr, einen Teil in die freie Organisation der Arbeiter zu treiben, dann hat sie leichtes Spiel. Schon arbeitet der besagte Unternehmensrortorismus. Arbeitern, die in Fabrikwohnhäusern wohnen, wurde die Wohnung gekündigt, weil sie sich weigerten, dem gelben Werkverein beizutreten. Den Freiarbeiterinnen wurde die Entlassung angekündigt, falls sich der Geschäftsgang verschlechtert, den Gelben wurden die besten Maschinen in Aussicht gestellt usw. Selbstverständlich findet sich kein Staatsanwalt, um gegen ein derartiges Vorgehen, das an Erpressung grenzt, einzuschreiten.

In der Holtermittelfabrik von C. u. E. Mahls in Lauf streifen seit einigen Tagen die Arbeiter. Da eine Anzahl Monteur auswärts auf Arbeit sind, werden alle auf Bauten beschäftigten Arbeiter ersucht, die Monteur dieser Firma darauf aufmerksam zu machen.

Aussperrung in der Glasindustrie.

Die Glasindustriellen des Borsighen Fichtelgebirges hatten mit den Berlenarbeitern einen zweijährigen Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser Tarif lief mit dem 1. Mai ab und die Arbeiter verlangten eine sehrprozentige Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn eines Berlenarbeiters beträgt 750 M. pro Jahr, und nur dadurch, daß die Frauen und Kinder die Berlen auf haben ziehen und dabei einen geringen Verdienst erzielen, ist es möglich, daß die Arbeiter ihre Existenz fristen können. Trotz dieses geringen Verdienstes lehnten die Fabrikanten jede Lohnerhöhung mit der Begründung ab, daß der Geschäftsgang ein schlechter sei und sie deshalb nicht in der Lage seien, die Arbeiter bei ihrer irgendetwelchen Zugeständnisse zu unterstützen. Die Arbeiter forderten vergeblich, darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für die genannten Orte angefertigt wird.

Die schlecht die Lebenshaltung der Berlenarbeiter beschaffen ist, geht daraus hervor, daß die Arbeiter fast selten bares Geld erhalten. Die Fabrikanten haben Krämerläden, in denen die Arbeiter während der ganzen Woche Waren gegen Kredit entnehmen. Am Lohnstage zieht der Unternehmer dann den Betrag für die entnommenen Waren ab. Alle Beschwerden gegen dieses Trudsystem sind bisher vergeblich gewesen. Daß die Fabrikanten die geringen Forderungen der Arbeiter bewilligen können, geht daraus hervor, daß die Arbeitergenossenschaftsglashütte in Warmensteinach von dem Abnehmer ihrer Fabrikate sofort einen Aufschlag von 5 Proz. für alle Berlen erhalten hat und die Firma sich verpflichtet, im nächsten Jahre einen weiteren Aufschlag von 5 Proz. zu zahlen. Dabei erklärt die Genossenschaftsglashütte, daß der Geschäftsgang ein normaler ist und Aufträge genügend vorliegen. Trotzdem werfen die Unternehmer die Arbeiter brutal aufs Pflaster und erklären, daß sie die Aussperrung dazu benutzen wollen, um selbst höhere Preise zu erzielen. — Der Kampf dürfte längere Wochen dauern und wird von den Arbeitern so lange geführt werden, bis ihnen Zugeständnisse gemacht werden. — Die Kaufleute der Fabrikanten und auch eine Brauerei, die einem der Unternehmer gehört, sind boykottiert worden.

Letzte Nachrichten.

Der Empfang des Königs von Spanien in Paris.

Paris, 7. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei dem Einzug des Königs am heutigen Vormittag erkündeten viele Götter, da namentlich die Royalisten die Gelegenheit benutzten, um „Vive le roi!“ zu rufen. Auf einem Neubau arbeitende Maurer erwiderten darauf mit Pfeifen und dem Ruf: „Gott Ferra!“ Es kam deswegen zu Zusammenstößen mit dem Publikum. Nachmittags fuhr der König und Präsident Poincaré in geschlossenen Wagen und in schnellstem Tempo zur Militärakademie. Die „Bataille Syndicaliste“ wurde wegen der Aufforderung, vor der spanischen Botschaft zu demonstrieren, konfisziiert.

Zur Berner Konferenz.

Paris, 7. Mai. (B. L. B.) Die Gruppe der radikalen Linken, deren Führer Caillaux ist, hat beschlossen, keinen Delegierten zu der Berner Konferenz zu schicken, die Teilnahme aber ihren Mitgliedern freizustellen, die dann gegebenenfalls die in den Vereinigungen der Schiedsgerichtsgruppe erteilten Ratschläge befolgen sollten.

Die Gestaltung des künftigen Albanien.

Wien, 7. Mai. (B. L. B.) Die „Neue Freie Presse“ erhält von kompetenter Stelle eine Darstellung des in der morgigen Sitzung der Londoner Botschafterreunion vorzuliegenden Status für das künftige Albanien. Die wichtigste Frage ist zunächst die Schaffung einer nationalen Gendarmerie, zu deren Organisation und Ausbildung fremdländische Offiziere werden herangezogen werden müssen. Hand in Hand mit der Lösung dieser Frage geht die finanzielle Frage. Da Albanien aller Geldmittel entblößt ist, soll dem neuen Staat eine Anleihe gewährt werden, entweder von Oesterreich-Ungarn und Italien in der Form eines Vorusses auf die voraussichtlichen Einnahmen Albanien, oder es wird eine internationale Anleihe unter der Garantie Oesterreich-Ungarns und Italiens gemacht werden. Um dem neuen Staat Einnahmequellen zu verschaffen, wird zunächst das Steuerwesen zu regeln sein, was eine der schwierigsten Fragen des ganzen Komplexes ist. Einen weiteren Punkt betrifft die Justizpflege. Hier hat sich der Entwurf ungefähr an das Beispiel der Justizpflege in Aegypten gehalten. Weiter sind in dem Entwurfe die Errichtung von Schulen, die Anlage von Straßen, der Ausbau der Häfen und die Erbauung von Eisenbahnen vorgesehen. Als wichtigste Eisenbahnlinien kommen die von Valona nach Monastir oder von Durazzo nach Ueskueb in Betracht, von welsch letzterer eventuell über Kumanovo nach Kuestendil eine Fortsetzung gebaut werden soll. Erst nach der Regelung dieser Fragen wird die Frage des künftigen Oberhauptes Albanien zur Lösung gelangen.

Wirtschaftspolitische Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Wien, 7. Mai. (B. L. B.) Wie die „Neue Freie Presse“ aus politischen Kreisen erfährt, sollen die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien über die Regelung der wirtschaftlichen Fragen auf Wunsch Serbiens in Kürze wieder aufgenommen werden. Die wirtschaftlichen Fragen beziehen sich auf die Revision des Handelsvertrages, wobei Serbien eine Erhöhung des Fleischkontingents, Oesterreich-Ungarn Erleichterungen für den industriellen Export anstrebt und auf eisenbahnpolitische Fragen.

Ein mißhandelter Abgeordneter.

Kolmar, 7. Mai. (B. L. B.) Als heute mittag der Zentrumsgewählte Auebler sich mit der Eisenbahn nach Straßburg begeben wollte, trat ihm der Lehret Hilzwein, über dessen Frau Auebler jüngst in einer Sitzung der Zweiten Kammer belästigende Ausführungen gemacht hatte, in Begleitung eines zweiten Herrn entgegen und brachte ihm unter Beihilfe des letzteren mit einem Stock und einer Reitpeitsche mehrere Schläge bei. Auebler trug leichte Verletzungen am Kopfe davon.

Das Glück verberstet.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (B. L. B.) Die Stroflammer des hiesigen Landgerichts verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Lotterienunternehmer Ferdinand Schäfer aus Düsseldorf wegen Veruges in drei Fällen zu drei Jahren Gefängnis, 9000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust. Schäfer hatte bei verschiedenen von ihm geleiteten Ziehungen die Hauptgewinne, auf Loose gelenkt, die er selbst im Besitz hatte, und hatte so in den beiden letzten Jahren 185 000 M. gewonnen.

Tödlicher Unfall eines französischen Offiziers.

Rancy, 7. Mai. (B. L. B.) Hauptmann Dupres de la Motte, der, als sein Pferd durchging, abspringen wollte, verwickelte sich dabei in die Steigbügel und wurde mehrere Meter weit geschleift. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und verstarb im Hospital.

Fliegerunfall.

Reims, 7. Mai. (B. L. B.) Ein heute abend mit einem Fliegerleutnant und einem Sappeur aufgestiegener Fiederer stürzte infolge eines falschen Manövers ab. Der Leutnant brach beide Arme, dem Sappeur wurden mehrere Rippen eingedrückt. Beider Zustand ist sehr ernst.

Zum Landtagswahlkampf.

Freisinn und Polenpolitik.

Dah die Polenpolitik zu den reaktionärsten Streichen der preussischen Reaktion gehört, wird kein Denker bezweifeln. Es ist deshalb für die Beurteilung der fortschrittlichen Volkspartei höchst wichtig, daß sie in der Polenpolitik eine sehr zweideutige Stellung einnimmt. Ihr Führer Dr. Wiemer hat vor wenig Monaten — als die Wogen wegen der Enteignung sehr hoch gingen — in einer Versammlung zu Posen den Ausspruch getan, seine Partei billige die Ziele der preussischen Polenpolitik. Im Abgeordnetenhaus hat er das wiederholt: „Insofern das Endziel der Polenpolitik auf die Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken gerichtet ist, werde es allerdings von seiner Partei gebilligt. Man weiß doch alle Welt, was es mit der Phrase von der „Stärkung des Deutschtums“ auf sich hat. Es ist die Phrase, mit der alle, selbst die reaktionärsten Maßnahmen der Polenpolitik gerechtfertigt werden. Und wenn die Reaktion auf solche Äußerungen des Freisinnigen erwidert, wer die Ziele will, muß auch die Mittel wollen, so hat sie damit von vornherein gewonnen. In der Tat hat ja auch Herr Dr. Wiemer in seiner Etatsrede, die er im Januar dieses Jahres im Abgeordnetenhaus hielt, die Bewilligung der neuen 230 Millionen zur Bekämpfung der Polen angeklungen. Allerdings steht diese Ankündigung im Widerspruch mit den Worten des freisinnigen Fraktionsredners Rindler am 22. April. Dieser gab an, daß seine Partei die ganze Vorlage wegen ihres Ausnahmeharakters ablehne. Aber selbst er hat wiederholt von dem „großen Kulturwert“ der Ansiedlung gesprochen, obwohl doch die Regierung selbst zugibt, daß die bestehenden Ansiedlungen nur durch beständig neuen Goldzufluß erhalten werden können.

So viel sollte doch klar sein: wenn es ernst um die Ablehnung eines Gesetzes zu tun ist, der darf nicht durch reichlich eingestreute Lobeserhebungen Stimmung dafür machen. Besonders aber muß das Benehmen des Freisinnigen bei der Enteignungsinterpellation im Reichstage auffallen. Die preussischen Junker, die sich fest vorgenommen haben, immer mehr rechtswidrig vom preussischen Landtage aus in die Angelegenheiten des Reiches einzugreifen, brauchen dazu eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Sie suchen es so darzustellen, als habe umgekehrt der Reichstag unbefugt in preussische Dinge eingegriffen, so daß sie dann als die unschuldsvollen Engel dastehen. Und bei dieser Kränkung des Sachverhalts haben sie die Unterstützung des Freisinnigen gefunden! Da die ganze Polenpolitik ein fortwährender Verstoß gegen Reichsgesetze ist, so wäre der Reichstag fortwährend verpflichtet, sich damit zu befassen und dagegen zu protestieren. Als er es aber ein einziges Mal tat — eben bei der Enteignungsinterpellation —, da enthielten sich die Freisinnigen der Abstimmung mit der Begründung: dies gehört nicht zur Kompetenz des Reichstages! So erleichterten sie es der Reaktion, in den Augen derer, die die Zusammenhänge nicht genau kennen, den Reichstag ins Unrecht zu setzen.

Mein Lieber, was willst du noch mehr? Indes die Freisinnigen aus Leibeshedden gegen die Reaktion schreien, haben sie der Reaktion eben den Dienst geleistet, dessen sie am dringendsten bedarf!

Vorbereitung echt preussischer Wahlen.

Der amtliche Apparat ist im Wahlkreis Raumburg und auch in anderen Kreisen stark in Tätigkeit — natürlich zugunsten der Ergreaktionäre. Im Kreise Raumburg fiel der nationalliberalen Wahlkreisleitung ein Schriftstück in die Hände. Das Schriftstück ist unterzeichnet „Der Amtsvorsteher“ und gerichtet „an den Ortsvorsteher“. Ersterer teilt dem letzteren mit, der konservativste Wahlkreisobmann wünsche, daß eine von dem national-

liberalen Kandidaten Dr. Planenburg in Weinewich abgehaltene Wählerversammlung auch von konservativer Seite besucht werde. Der Ortsvorsteher werde ersucht, das nötige zu veranlassen. Nach Mitteilungen aus verschiedenen Dörfern des Kreises erfolgt die Einladung zu den konservativen Wählerversammlungen derart, daß der Gemeindevorsteher den Gemeindevorsteher mit der Einladung von Haus zu Haus scheidet. Andererseits hat der Gemeindevorsteher in Hassenhausen den Gemeindevorsteher von Haus zu Haus geschickt mit der Bestellung, eine am Nachmittag von der nationalliberalen Partei in Hassenhausen angeordnete Wählerversammlung solle nicht besucht werden.

Jeden Morgen 10 Mark auf dem Kaffeetisch.

Bei den Debatten über die preussische Volksschule glaubten die Abgeordneten des Zentrums, insbesondere der Schulinspektor Heß, etwas ungeheuer Kluges zu tun, wenn sie die Schulforderungen der Sozialdemokratie verpöten: solche idealen Zustände, wo nur 10—12 Schüler auf einen Lehrer kämen, würden ein ungeheures Geld kosten, Tausende von Millionen jedes Jahr, die gänzlich unerschwinglich seien. Ebenso gut könne man z. B. verlangen, daß jedem preussischen Staatsbürger pro Kopf seiner Familie jeden Morgen 10 Mark auf den Kaffeetisch gelegt werden.

Sehen wir einmal ab von der verlegenden Form, in der hier versucht wird, die ernstesten Dinge lächerlich zu machen, so hat der Herr Abgeordnete Heß durch seine Äußerung nur bewiesen, daß er von den tatsächlichen Zuständen keine blasse Ahnung hat. Es gibt nämlich heutzutage Leute, die nicht nur 10 M., sondern sehr viel größere Summen alltäglich auf ihrem Frühstückstisch finden, ohne daß sie dafür zu arbeiten brauchen. Und gerade das Zentrum weiß das auch recht gut. Freilich macht es von dieser Kenntnis nur dann Gebrauch, wenn es ihm so in den Aram paßt. Im Januar 1907, als das Zentrum belamlich mit der Regierung in bitterer Fehde lag, erschien in der „Königlichen Volkszeitung“ eine Studie über das französische Haus Rothschild, woraus man erfuhr, daß diese eine Familie damals bereits den zwanzigsten Teil alles Vermögens besaß, das in Frankreich existiert, nämlich 10 Milliarden Franken. „Jährlich fließt $\frac{1}{50}$ der Gewinne aus Handel und Industrie in ihre Taschen.“ Weiter wurde mitgeteilt, daß der amerikanische Petroleumkönig Rockefeller im Jahre 1906 ein tägliches Einkommen von 600 000 M. hatte (wovon übrigens 40—45 Millionen jährlich aus Deutschland fließen). Wo bleiben da die lumpigen 10 M. täglich, die Herrn Heß schon als der Gipfel aller Utopie erschienen! Und glaubt man, daß es in Deutschland anders sei, so erkundige man sich nach den Einkommen solcher Leute wie Rathenau, Gwinner, Krupp, und man wird sein blaues Wunder erleben!

Wer das überdenkt, dem wird vielleicht auch klar werden, weshalb ein Volk, das so enorme Summen alltäglich an einige reiche Kapitalisten abgeben muß, nicht Geld genug für die Bedürfnisse der Volksschule übrig behält!

Die Apotheose der Gelben.

In den Kreisen, denen die Regierung und Verwaltung in Preußen ausgeliefert ist und die in sich die höhere Einheit der nach der Ver-

fassung scheinbar getrennter Legislation und Exekution, der Justiz und der Administration darstellen, hat man gelegentlich ein kolossales strenges Gefühl für Standesrecht und Massenbewußtsein, das mit einem französischen, also standesgemäßen Wort „esprit du corps“ genannt wird. Unterliegen doch z. B. die Handlungen der Offiziere nicht nur der Beurteilung der Gerichte — und wenn es auch militärische Sondergerichte sind — sondern auch der der Ehrentreue, die sogar Reserveoffiziere vor ihr Forum ziehen, obgleich sie sonst dem Gerichtsstand des Zivils angehören. Die Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Architekten, Techniker — alle möglichen Stände haben ihre Standeseinrichtungen zur strengsten Hebertwahrung ihrer Standesrechte. Und es handelt sich da keineswegs nur etwa um sittliche Werte mehr oder minder eingebildeter Natur, sondern — wie besonders die Bewegung der Ärzte gezeigt hat — nur zu häufig um rein materielle, um Geldfragen, um Lohn und Arbeit und Angebot und Dienstbedingungen. Mit der ganzen Schwere des Bonnets strafen diese Klassen darüber sich ihren Begriffen, Forderungen und Interessen widerlegt hat.

Wie anders beurteilt die herrschende Gesellschaft die Standesbestrebungen der Arbeiterklasse, die doch noch das vor denen aller anderen Klassen voraus haben, daß sie der Emanzipation der untersten Klasse, deren Aufstieg, der zahlreichsten Schicht, der Gesamtbewölkerung dienen!

Wir haben schon einmal gezeigt, wie die preussische „Volkvertretung“ Arbeiterfragen behandelt. Wie sieht von dieser Würdigkeit die Schätzung ab, deren sich dort die Leute erfreuen, die sonst am allerwenigsten mit den Sympathien der Arbeiter beglückt sind — die Augenlider der Arbeiterbewegung, die Herren Christen, über deren wahren Charakter der große Streik der Ruhrbergleute und der Streikbruch der Christlichen ein endgültiges Urteil gefällt hat. Man schätzt sie freilich nur, wenn sie den Arbeitervertretern von der äußersten Linken in den Rücken fallen — in dem Augenblick, wo sie das mal nicht tun und verpfaffen, was ein Arbeitervertreter nach dem Herzen der Arbeiter, Krebs, der Porch und Herold, der Krause und Hoarmann zu tun hat und die berechtigten Erwartungen dieser Leute dadurch enttäuschen, daß sie etwa gar für Arbeiterinteressen eintreten — in dem Augenblick interessieren sie nicht mehr, sind sie „suspekt“ — zu Proleten degradiert.

Dann ist der Ruhm der Streikbruchapostel sofort verschwunden; er sitzt eben doch nicht fest genug. Zwar sind die Herren Christen den Schornmachern genehm, aber noch genehmer wären ihnen „wirtschaftsfriedlich-national-reichstreu-königstreu-verkehrsvereintlich“ gelbe Arbeiter.

Das Dreiklassenhaus ist unvollständig, so lange diese hier ihm noch fehlt. Auf dem, echtpreussische Männer, erfüllt in diesem Jubeljahr die patriotische und Staatsnotwendigkeit, gestellt den Dallwitz und Kardorff flink den Rebus und den Hingel!

Landtagswählerveriammlungen.

Erster Landtagswahlbezirk.

Eine aufbeachtete Versammlung nahm am Dienstag Stellung zur Landtagswahl im 1. Berliner Landtagswahlbezirk. Die Versammlung lauschten andächtig den Ausführungen des Kandidaten, Genossen Kochsch, der die Sünden der Landtagsmehrheit ins rechte Licht zu rücken verstand. Nach einer Aufforderung zum Abonnement auf die Parteipresse und Beitritt zur Organisation wurden die vom Wahlkomitee vorgeschlagenen Wahlmänner einstimmig gewählt.

Dritter Landtagswahlbezirk.

In der Wählerversammlung bei Graumann, Raumnstr. 27, referierte Genosse Dr. Kurt Rosenfeld. Seine Rede klang aus in die Forderung nach dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht für Preußen. Bei Eröffnung der Versammlung hielt der Kandidat des Kreises eine Ansprache.

Kleines Feuilleton.

Der Tod des Erzbischofs Affre. Im reaktionären Legendenkreis haben die beiden Pariser Erzbischofe Affre und Darbois, die 1848 und 1871 der Nordwest revolutionärer Arbeiter zum Opfer gefallen sein sollten, einen hervorragenden Platz eingenommen. Aber die eine wie die andere Tendenzabel hat der unbesangenen, auf entscheidende Zeugnisausgaben gestützten Prüfung nicht standhalten können. Zuerst wurden die Umstände, unter denen der Erzbischof Darbois im Mai 1871 starb, aufgeklärt, und es ergab sich namentlich dank dem Zeugnis des erzbischöflichen Generalvikars, auf Klarheit, daß Darbois, der von einer durch die entgeglichen Zuständen der Versailler Ordnungsmarine zur Maferei gedachten Vollmenge zu einer Zeit erschossen wurde, als die Kommune tatsächlich keine Macht mehr ausübte, gerettet worden wäre, hätte nicht Thiers, den Ultramontanen zuliebe und wohl auch in nachwirkenden Haß gegen einen alten literarischen Gegner, den wiederholt angebotenen Austausch des liberalen Darbois gegen Blanqui heimlich abgelehnt.

Jetzt ist auch die Schuldlosigkeit der Junilämpfer von 1848 am Tod des Erzbischofs Affre klar nachgewiesen. In den Herikalen und bürgerlich-liberalen Geschichtsbüchern ist zu lesen, wie der Kirchenfürst, der, um Frieden zu bringen, auf eine Barrilade stieg, von den Insurgenten menschlings erschossen wurde. Die „Nouvelle Revue“ veröffentlicht nun Erinnerungen des alten Republikaner Charles Beslay an das Jahr 1848. Beslay kämpfte damals auf Seite der Ordnungspartei. Seine Aussage ist also der Parteinahme für die Revolutionäre vollkommen unbedächtig. Sie stimmt überdies mit der des Generalvikars Jacquemet und der Bröchemins, eines anderen bürgerlichen Zeugen überein.

Beslay berichtet folgendes: Der Prälat, der sich im Arsenal aufhielt, hatte sich Vollmacht geben lassen, zu den Insurgenten zu gehen und sie zur Unterwerfung zu mahnen. Er schickte einen Boten an den auf dem Vossfeldplatz kommandierenden Beslay mit der Bitte, diesem Zweck zuliebe das Feuer einstellen zu lassen. „Im Augenblick, da ich der Bote des Erzbischofs zurückkam, meldete man mir zwei Parlamentäre der Insurgenten. Ich ließ das Feuer einstellen, und der Prälat verließ, offenbar in dem Glauben, daß dieser Befehl das Ergebnis des Anschlusses sei, noch bevor er den Besuch, den ich ihm versprochen, erhalten hatte.“

Die Parlamentarier der Insurgenten knüpften ihre Unterwerfung an eine einzige Bedingung — die Hebergabe der letzten Proklamation des Generals Cavaignac, die ich ihnen einhändigte. Da nun der Haß von Menschen gefüllt war und der Värm und Hinder, uns zu verstehen, befaß ich dem Offizier, der neben mir stand, die Zuschauer zu entfernen. Mein Befehl rief eine Bewegung auf dem Platz hervor. Diese wurde wahrscheinlich von den Insurgenten falsch gedeutet, denn sie nahmen die Fällade sofort wieder auf und einer ihrer beiden Parlamentäre fiel schwer verwundet. — In einem Augenblick war der Platz leer. Ich suchte ein Mittel, das Feuer dennoch zur Einstellung zu bringen und schickte nach dem einzigen Haus, das von unserer Seite die Augen des Faubourg erwiderte. Es war das Haus „Zu den 4 Sergeanten

von La Rochelle“. Im Augenblick, wo ich an die Tür des Cafés pochte, streift mir eine Kugel die Stirn und die Finger. Ich stiege zur vierten Etage hinauf, wo unsere Soldaten von einem Balkon das Feuer der Insurgenten erwidern und lasse sie das Schießen einstellen. Aber es war schon zu spät. Sie hatten schon geschossen, und der Erzbischof war auf der Barrilade gefallen! Die Kugel, die den Prälaten traf, war vom Balkon abgeschossen worden.

Meine Aussage stimmt mit der des Herrn Großvikars Jacquemet überein, der den Erzbischof begleitet hatte und versichert hat, daß die Wunde keine andere Ursache als den unheilvollsten Zufall hatte.

Riesche und das Tangel-Tangel. Lassalle meinte (wir zitieren aus dem Gedächtnis), daß die großen Geister der Deutschen wie ein Kronichschwarz über die Köpfe des Bürgertums hinweggezogen seien. Sein sonst so scharfer Verstand hat aber offenbar den gegenwärtigen geistigen Aufschwung nicht vorausgesehen. Er hat keine Ahnung davon gehabt, daß einmal glorreiche Tage kommen würden, in denen die großen Geister so fest mit dem Volksleben zusammenwachsen, daß man sie überall treffen könne. Auch da, wo man sie am wenigsten vermuten sollte.

Eine bekannte Hamburger Varietébühne ruft in einem Inzerat voll fetter Lettern diese gedantentiefen Ausführungen in die Welt! „Lachen befreit, Lachen überwindet, Lachen stärkt! Wie sagt doch Riesche? „Erhebt eure Herzen hoch, höher! Und vergesst mir auch das gute Lachen nicht. Das Lachen sprach ich heilig, ihr höheren Menschen lernt mir lachen!“

Damit der Ausspruch Riesches auch richtig verstanden werde, sind zwei Illustrationen beigegeben. Links von dem Ausspruch steht man eine Varietébühne, rechts einen Varietékommiker mit dem schafedämlichen Gesichtsausdruck, der im Tangel-Tangel so oft für die feinsten Blüte der Komik gehalten wird.

Der Verfasser dieser Zeilen weiß seine Begeisterung für Riesche durchaus zu bändigen. Daß er aber mit seinem „guten Lachen“, seinem heilig gesprochenen Lachen, seinem Lachen der höheren Menschen das Begrinle im Varietö sollte gemeint haben, will und doch zweifelhaft erscheinen, und daß dieser von Nacht und Traut umstrickte Dichter nun Varietékommikern den Steigbügel halten muß, verletzt uns. Es läge der bürgerlichen Presse im Grunde näher als uns, gegen diesen häßlichen Unfug zu protestieren. Wenn sie dafür aber zu materialistisch stumpf geworden ist, wollen wir gerne ihre Funktionen übernehmen.

Wer wird im „Zukunftstaat“ die schmutzige Arbeit tun? Diese Frage hat bekanntlich einem unserer vorbörtesten Gegner, Eugen Richter, viel Kopfzerbrechen gelostet, und er kam schließlich zu der Ansicht, die sozialistische Gemeinschaft der Zukunft müßte schon darum scheitern, weil niemand Stiefel putzen und schmutzige Wäsche waschen möge. Als ob unsere Technik nicht längst so weit entwickelt wäre, daß sie jedem praktischen Bedürfnis nach Erlos der Menschenkraft Befriedigung verschaffen könnte! Ein beweiskräftiges Beispiel hierfür liefert ein Beispiel der englischen Parteizeitung „Justice“ über eine neue Vacuum-Strahreinigungsmaschine mit Motorantrieb, die Erfindung eines italienischen Ingenieurs. In einigen italienischen und französischen Städten ist sie bereits in Gebrauch. Neuerdings wurde sie in London im Betrieb gezeigt. Sie bedarf zu ihrer Bedienung

nur eines Chauffeurs. Ohne irgend welchen Staub zu verursachen, reinigt sie jede Art von Straßenpflaster; sie räumt jeden Unrat fort, sogar Steine, ohne daß es einer Nachhilfe mit der Hand bedarf. Dabei ist dieses Reinigungsstystem um 66 Proz. billiger als das bisherige mit seinem umständlichen Apparat von Pferden, Maschinen, Menschen, Karren usw. Der beim Regen entstehende Staub wird in besondere Behälter hineingefaugt. Die Londoner Versuche ergaben hochbefriedigende Resultate. Allein im kapitalistischen Gegenwartsstaate hat jeder technische Fortschritt eine verhängnisvolle Begleitseite: mit einem Schläge werden so und so viele Hände beschäftigungslos. Wenn der unaufgeklärte Arbeiter dann erbittert fragt: Was soll aus uns, unseren Frauen und Kindern werden, wenn unsere Arbeit durch die Maschine ersetzt wird? — so sagt ihnen der Sozialismus: Macht Euch zum Herrn der Maschine, anstatt zu duden, daß sie Eure eiserne Herrin ist!

Notizen.

— Bühnenchronik. Albert Wafferman will seinen nächsten Jahr ablaufenden Vertrag mit dem Deutschen Theater nicht erneuern, sondern nur noch Gastspiele geben.

— Eine hehthitische Bronze, die etwa 3000 Jahre alt sein soll, wurde von der vorderasiatischen Abteilung der Igl. Kunstsammlungen erworben. Sie ist von großer Kraft des Ausdrucks bei aller Stillförmigkeit, die dieser ältesten Kunst eigen ist.

— Eine Dichterspende. Aus der Pastenrath-Stiftung, die alljährlich bei den Kölner Blumenfesten Preise an Dichter vergibt, wurden diesmal u. a. Arno Holz, Franz Wedekind, Gustav Meyrink, Gustav Renner bedacht. Es müssen also, wie Figuren zeigt, nicht immer Goldschmittsdichter und Rummelgreise ausgezeichnet werden.

— Ein Kinostreik wird in Leipzig geplant. Er soll — als Gegenmaßregel gegen die städtische Luftbarkeitssteuer — vom 1. Juni ab einsetzen.

— Das Tagebuch des Kapitän Scott. Der Herausgeber von „Everbodys Magazine“ war dieser Tage in London, um Auszüge aus dem Tagebuch Scotts zu machen, die zuerst in der amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht werden sollen. Es besteht aus zehn großen Bänden, die mit Weisheit geschrieben sind, und zeigt keine Spuren davon, daß es neun Monate lang nach dem Tode des Forschers in dem von den Unbildern der Bitterung hart mitgenommenen Felle in der arktischen Eiswüste gelegen hat. Die drei letzten Bände enthalten die Schilderung des Vorstoßes zum Südpol.

— Die explodierende Frucht. Im Botanischen Garten von Algier gab es längst einen gewaltigen Knall, und als die Angestellten an die „Unglücksstätte“ elten, fanden sie eine gewiß ungewöhnliche Ursache der Explosion; eine große Palmenfrucht war explodiert und hatte ihren Inhalt in Form eines goldenen Staubes über die benachbarten Pflanzen ausgeschüttet! Die Erklärung für das eigenartige Vorkommnis liegt in den Wetterverhältnissen; innerhalb der Frucht hatten Gärungserscheinungen begonnen, die Frucht war durch angesammelte Gase stark aufgebläht worden, und dann hatte ein Windstoß sie so heftig geschüttelt, daß sie platzte.

In den „Arminhallen“ hielt Reichstagsabgeordneter Otto Buchner das einleitende Referat. Reicher Beifall lohnte den Redner. Dann folgte die Ansprache des Kandidaten, Genossen Theodor Glocke, der mit dem preussischen Junkertum scharf ins Gericht ging. Die Viermillionen-Partei des Proletariats ist diesem schon längst unheimlich. Aber eines Tages werde auch die Macht dieses Junkertums gebrochen werden. Es gelte daher, am 16. Mai Abrechnung zu halten.

Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Partei schloß die gutbesuchte Versammlung. Die Ausführungen Glockes wurden stürmisch applaudiert. Für den

vierten Landtagswahlbezirk

lagte im Hofjäger-Palast, Halenheide, eine gutbesuchte Versammlung, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Bernstein, das Referat übernommen hatte. Genosse Bernstein wurde bei seinen Ausführungen oft von Beifall unterbrochen.

Im

fünften Landtagswahlbezirk

fand am Dienstag ebenfalls eine überfüllte Wählerversammlung statt. Der Referent, Genosse Adolf Hoffmann, schilderte das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Landtage. Selbst den Freisinnigen sei es nicht ernst mit der Erklärung des allgemeinen Wahlrechts, sonst würden sie nicht mit den Wahlrechtsfeinden, den Nationalliberalen, im jetzigen Wahlkampf zusammengelassen. Der Referent schloß seinen Vortrag mit einer begeisterten Aufforderung, alles daran zu setzen, daß wir am Wahltag nicht nur Kandidate gewinnen, sondern auch an Stimmenszahl gewaltig zunehmen. Der Vortrag wurde oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Auch der Kandidat Genosse Julian Borchardt machte einige mit Beifall aufgenommene Ausführungen. Nachdem der Vorsitzende Genosse Wenzel noch mitgeteilt hatte, daß im fünften Landtagswahlbezirk jetzt 40 Wahlmänner weniger zu wählen sind, als 1909, wozu allein auf die 2. Abteilung 32 kommen, schloß derselbe die Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht.

Sechster Landtagswahlbezirk

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die nach Kellers Festhallen in der Koppenstraße einberufene Wählerversammlung. Mindestens 3000 Personen füllten dichtgedrängt den großen Saal und die Galerien. Das vortreffliche Referat des Genossen Scheidemann wurde häufig von lebhaften Zustimmungsrufen unterbrochen. Nach ihm ergießt, von der Versammlung lebhaft begrüßt, der Kandidat des Bezirks Genosse Adolf Hoffmann das Wort. In kurzen gut pointierten Worten zeigte er, worauf es bei der diesmaligen Landtagswahl ankommt. Der reiche Beifall den beide Redner in der Versammlung fanden, gibt Bürgschaft dafür, daß die Genossen des 6. Landtagswahlbezirks dafür sorgen werden, daß am 16. Mai der Sieg unser ist.

Siebenter Landtagswahlbezirk

In den Prachtzimmern des Ostens referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Silbermann. Würdig eingeleitet wurde die Versammlung durch den stimmungsvollen Vortrag des Liedes „Empor zum Licht“, welches der Gesangverein Liederkreis in meisterhafter Weise zum Vortrag brachte. Sodann ergriff der Kandidat des Kreises, Genosse Hirsch, das Wort zu einer anfeuernden Ansprache. Der Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies dem Genossen Hirsch, daß es den Anwesenden ernst ist, alles daran zu setzen, am 16. Mai dem Feind zu zeigen, daß die Sozialdemokratie nicht gesonnen ist, sich der siebenten Kreis entziehen zu lassen, sondern ihn mit noch größerer Majorität zu behaupten. Der Referent Genosse Silbermann zeigte nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Freisinnigen, der heute bekämpft, was seine Väter einst erstrebt, daß es sich bei diesem Wahlkampf hauptsächlich nicht um Wankreden handeln kann, sondern daß für uns hauptsächlich die Propaganda, der Kampf für ein besseres Wahlrecht ist. Redner forderte unter großem Beifall auf, am 16. Mai zu zeigen, daß die Sozialdemokraten trotz alledem auch bei diesem Wahlrecht mit Erfolg die Festung des Dreiklassenwahlrechts besetzen werden. — In der Diskussion sprach ein Anhänger des Zentrums, der zu beweisen versuchte, daß auch das Zentrum die Sache des Volkes vertrete, bei den kommenden Wahlen aber nur aus dem Grunde im ersten Wahlgang für die Konservativen stimmen werde, weil letztere für die konfessionelle Schule eintreten, die Sozialdemokratie aber nicht. Nachdem noch zwei Genossen gesprochen hatten, zeigte Genosse Silbermann, daß das Zentrum gerade in letzter Zeit alle sozialen Bestrebungen bekämpfte, all fortschrittlich ammutenden Entwürfe ablehnte. Nach einigen anfeuernden Worten des Versammlungsleiters wurde die Versammlung mit Gesang geschlossen.

Im Elbium, Landsberger Allee, leitete der Gesangverein „Olympia“ die Versammlung durch ein proletarisches Kampflied stimmungsvoll ein. Nachdem geistelte der Genosse Reichstagsabgeordneter Otto Wels in recht scharfer Weise die preussisch-deutschen Verhältnisse.

An treffenden Beispielen zeigte er, oft von zustimmendem Beifall unterbrochen, wie kulturfeindlich das preussische Junkertum und die von ihm abhängige preussische Regierung ist.

Genosse Wels mußte sein Referat unterbrechen, um dem Genossen Hirsch Gelegenheit zu geben, sich mit einer Ansprache seinen Wählern vorzustellen. Genosse Hirsch versprach, im Falle seiner Wiederverwahl, in ebenso energischer Weise die Interessen der Arbeiterbevölkerung zu vertreten, wie bisher. Genosse Sassen demonstrierte noch an Hand einiger Beispiele die Widerständigkeit des preussischen Landtagswahlsystems. Gesang schloß die imposante Versammlung.

Die Versammlung im Friedrichshain war stark besucht. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil, geistelte mit scharfen Worten das Wahlrecht zum preussischen Landtag und wies an treffenden Beispielen nach, zu welchen unsinnigen Konsequenzen dieses führe. Gegen dieses Wahlrecht gelte es Sturm zu laufen. Redner schloß mit der Aufforderung, daß am Tage der Wahl ein jeder seine Pflicht erfüllen möge. Der folgende Beifall zeigt, daß der Referent der Versammlung aus dem Herzen gesprochen hatte. — Anschließend an das Referat hielt Genosse Hirsch in einer Ansprache scharfe Abrechnung mit der Reaktion und dem Feind. Der Vorlesende verlas hierauf die Absage des eingeladenen Kandidaten der Freisinnigen, welcher die Einladung zur Versammlung mit fadenäugigen Gründen ablehnte. Es wurde festgestellt, daß Schulmeister im Dienste des Freisinnigen zur Wahlarbeit gestellt worden sind. Es wurden Flugblätter und die Zeitung „Das Volkswort“ von Kindern ausgetragen, was von dem Verleger desselben bestritten wird. Von einer Frau, welche gerade in der Versammlung anwesend war, wurde jedoch die Tatsache bestätigt.

Neunter Landtagswahlbezirk

Die Versammlung in den Rila-Sälen, Schönhauser Allee, war von circa 800 Personen besucht. Der Referent Redakteur Weber geistelte in einem gut aufgenommenen Vortrag das Dreiklassenwahlrecht. Eine Diskussion fand nicht statt. Da sich Gegner trotz Aufforderung des Versammlungsleiters nicht zum Wort meldeten.

In Frankes Festhallen in der Badstraße sprach Genosse Boeske über das Thema: „Der Kampf um den preussischen Landtag.“ Die gut besuchte Versammlung nahm das Referat beifällig auf.

Proklamierung des Kandidaten im 10. Landtagswahlbezirk

Für den obengenannten Landtagswahlbezirk war zum Dienstag eine öffentliche Wählerversammlung nach den Germania-Sälen einberufen worden. Genosse Dr. Weyl hielt das einleitende Referat über Zweck und Bedeutung der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause. Das Referat, das mit einem stürmischen Ausblick ausklang, wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Eine Diskussion erfolgte nicht. Hierauf wurde Genosse Dr. Weyl von der Versammlung einstimmig zum Kandidaten proklamiert.

Elfter Landtagswahlbezirk

In den Ködliner Festhallen sprach Genosse Dr. Liebnicht zu seinen Wählern. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ließ eine kleine Flugblätter vor dem Lokal verbreiten. Genosse Dr. Liebnicht zerprügte unter stürmischem Beifall der Versammlungsbesucher die in denselben aufgestellten Behauptungen.

In den Harsusälen verstand Genosse Theodor Fischer es ausgezeichnet, dem dichtbesetzten Saal die größte Aufmerksamkeit abzugewinnen. Zwei Genossen sprachen im Sinne des Referenten. Am Eingang wurde von circa 10 Personen ein Flugblatt des Reichsverbandes verbreitet. Auf eine direkte Aufforderung hin, in der Diskussion die Behauptungen dieses Flugblattes zu vertreten, meldete sich niemand von den vorsichtigen Sozialisten zum Wort. Von unserer Seite wurde als Gegenmaßregel das Flugblatt vom letzten Sonntag verbreitet. Der Verlauf der Versammlung war ein ausgezeichnete.

Zwölfter Landtagswahlbezirk

wurden eine Reihe von Bezirksversammlungen veranstaltet, zu denen ausschließlich Frauen geladen und erschienen waren. Es fanden 14 solcher Versammlungen statt, die im Durchschnitt von je 80 Frauen besucht waren, so daß im ganzen etwa 420 derselben daran teilgenommen haben. Es wurde den Frauen eindringlich klar gemacht, welche großes Interesse auch sie an den Wahlen haben und wie sie sich betätigen können, um die Entscheidung zugunsten der Allgemeinheit beeinflussen zu können. Hoffentlich wird diese Arbeit den gewünschten Erfolg bringen und die Frauen dazu anfeuern, vor der Wahl und am Wahltag ihre Schuldigkeit zu tun. Bei dieser Gelegenheit wurden neue Mitglieder und Refer für die „Gleichheit“ gewonnen.

Wilmersdorf. In gut besuchter Versammlung sprach am Dienstag Genosse Müller (Vortragsredner) im Johann-Georg-Haus zu Halensee über das Thema „Preußen Volksvertretung“. Seine Darlegungen, die die fast völlige Entrechtung der breiten Massen des arbeitenden Volkes der Versammlung klar vor Augen führten, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Schlußwort mahnte Genosse Nibel die Betreffenden an ihre Pflicht, auch in Wilmersdorf, das mit seinen über 400 Wahlmännern aussehend ist, für eine massenhafte Stimmenabgabe für die Sozialdemokratie zu agitieren. Die letzte große Kundgebung mit dem Thema „Auf zum Kampf gegen den Junker- und Polizeistaat Preußen“ findet am 14. d. M. im „Viktorgarten“ statt.

Berneckchen. Eine im Schlottleschen Lokal gut besuchte öffentliche Versammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Sowohl in den Darlegungen des Landtagskandidaten Genossen Hoyer wie auch denen des Referenten Genossen Dr. Rose zollten die Versammelten reichem Beifall. Als der Referent das byzantinische Verlangen der Berneckener Spießbürger sowie das ihrer Presse kritisierte, verstand unter allgemeiner Heiterkeit der Berichterstatter des „Berneckener Anzeigers“ aus dem Saale.

In Friedrichshagen sprach vor gut besuchter Versammlung Genosse Stüdtgen über die bevorstehende Landtagswahl. Nach dem Referat sprach noch der Kandidat Genosse Hoyer. Beide Redner ernteten stürmischem Beifall. Genosse Wiele ersuchte am Schluß die Versammelten, bei der Wahl — da Termindwahl stattfindet — pünktlich zur Stelle zu sein.

Friedrichsdorf. Hier referierte Genosse Schwaraburger in einer leider nur mäßig besuchten Versammlung. Der Redner ersuchte am Schluß seiner Ausführungen die Versammelten, in eine umfangreiche Agitation für die Wahl einzutreten. Genosse Höffelbarth übte hierauf scharfe Kritik an einem von der konservativen Partei herausgegebenen Flugblatt.

Mariendorf. Eine von sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufene gut besuchte Versammlung hörte am Dienstag in Laars Gesellschaftshaus ein vortreffliches Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine. Wie geht die Dinge in Preußen lägen, so betonte der Redner, sei der gegenwärtige Landtagswahlkampf unter Umständen wichtiger wie ein solcher zur Reichstagswahl. Den Beweis für diese Auffassung erbrachte Genosse Heine in einer erschöpfenden Charakteristik unserer preussischen Zustände. Seine Darlegungen entfielen unter den Versammelten stürmischem Beifall.

Die bürgerlichen Parteien am Ort haben gleichfalls bereits in zwei Versammlungen Stellung zur bevorstehenden Wahl genommen. Als erste erschien die konservative Partei auf dem Plan, die bei Dahlmann in der Schaulstraße, in einem für die Arbeiterklasse gesperrten Lokal, eine Wählerversammlung veranstaltete. Einberufen derselben war der Gemeindevorsteher Karl Treppen, Vorsitzender des örtlichen Kreisvereins. In bewegten Worten schilderte derselbe, daß es bei der letzten Reichstagswahl nicht einmal möglich gewesen sei, konservative Stimmzettel im Ort zu bekommen. Die Gründung eines konservativen Vereins sei deshalb eine Notwendigkeit. Verschiedene Diskussionsredner wählten von dem Wort konservativ nichts hören; der sozialdemokratischen Arbeiterklasse müsse die gesamte bürgerliche, väterländliche und Ungeistereits Einwohnergesellschaft gegenübergestellt werden, nur dann würde es möglich sein, nicht nur bei der Landtagswahl, sondern auch bei zukünftigen Wahlen zur Gemeindevorstellung usw. Erfolge zu erzielen. Die Gründung eines konservativen Vereins erfolgte hierauf.

Der Wahlschlach der vereinigten liberalen Parteien hatte eine öffentliche Wählerversammlung nach dem „Gesellschaftshaus Laar“, Schaulstr. 805, einberufen. Da keine Ansprache zugesichert war, hatten sich auch einige Genossen eingeschoben. Der erste Redner, Lic. Raub, entwickelte das freisinnige Programm, wobei er betonte, daß die Trennung der Schule und Kirche eine unbedingte Notwendigkeit sei. Auch für das Wahlrecht der Frauen in seiner ganzen Ausdehnung sprach er sich aus. Seine Auffassung über die Militärverhältnisse sowie über die Deckungsfrage wurde von unseren Genossen Reichardt und Huhn mit guten Argumenten widerlegt. Dabei beachteten die Redner auch unsere preussischen Zustände, deren Bekämpfung sich einzig und allein die Sozialdemokratie ernsthaft angelegen sein lasse. Einen Kulturkampf im kleinen zeigte ein Wortgefecht, welches sich zwischen einem Vertreter der Zentrumspartei und dem nationalliberalen Redner, Stadtm. Stadthagen, Charlottenburg, abspielte. Viel Vorherren werden die Liberalen nach dieser Versammlung in unseren Ort nicht ernsten.

Nowawes. In einer öffentlichen Versammlung am Montagabend im „Volksgarten“ stellte sich dem Landtagswählern der Kandidat der Sozialdemokratie, Gutsbesitzer Genosse Hoyer aus Ostpreußen vor. Seine Kritik an den durch das Junkerregiment bedingten Zuständen in Preußen sowie an der Wirksamkeit des Dreiklassenparlamentes fand stürmischem Beifall. — Nach dem Kandidaten nahm Stadtverordneter Genosse Grogger, Nowawes, das Wort, um die Schwierigkeiten des Wahlkampfes im Wahlkreis Lettow-Poessow und die Wahlhindernisse der Fortschrittler mit den Nationalliberalen eingehend zu beleuchten. Auch seine Ausführungen fanden reichem Beifall. In der Diskussion wies Genossin Withe darauf hin, daß die Frauen ihre politische Weisheit beweisen haben und daher an dem bevorstehenden Wahlkampf tätigen Anteil nehmen; sie kämpfen dabei nicht nur für die Befreiung der unglücklichen Zustände in Preußen, sondern vor allem für ihre politische Gleichberechtigung. Genosse Wirth forderte die Anwesenden auf, für die Ausbeutung der Parteipresse, die eine der wichtigsten Waffen im Wahlkampf bilde, in Arbeiterkreisen zu sorgen.

Verbandstag der Bauarbeiter

In der Sitzung am Mittwoch, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, erstattete der Verbandsvorsitzende Paeplow Bericht über die Tarifverhandlungen.

Er gab zunächst einen Überblick über den Gang der Verhandlungen, die auf Anregung des Staatsministers Dr. Desbreaux im Dezember begonnen und Mitte März soweit gediehen waren, daß die Vertreter der Parteien den Unparteiischen ihre Vorschläge unterbreiteten. Nach den Vorschlägen der Unternehmer

sollte es ermöglicht werden, die Affordarbeit in allen Orien einzuführen. Die Unternehmer verlangten ferner, daß die Zentralvorstände 50.000 M. Kaution hinterlegen, aus der Schadenersatzansprüche wegen etwaiger Verstöße gegen den Vertrag geleistet werden sollten. Das Vertragsdiktandum sollte auf eine andere Grundlage gestellt und verändertes werden. Die allerhöchsten Anträge der Unternehmer sind ja von den Unparteiischen zurückgewiesen worden. Immerhin ist doch schließlich manches nach den Wünschen der Unternehmer in dem Vertrage anders geworden. Wenn wir also zum Abschluß eines neuen Vertrages kommen, so ist der Aufbau desselben ein anderer als er bisher war. Nach dem Vorschläge der Unparteiischen erhält das Vertragsdiktandum ein anderes Gesicht. Alle wesentlichen Bestimmungen sind jetzt im Hauptvertrage angenommen worden und die örtlichen Verträge erstrecken sich nur noch auf wenige Punkte. Man könnte deshalb sagen, durch den neuen Vertrag würde der Verband starker gebunden und die Rechte der Zweigvereine würden eingeschränkt werden. So ist auch das Tarifdiktandum in manchen Orien beurteilt worden. Doch ich bin nicht der Meinung, daß das zutrifft. Im Hauptvertrage wird bestimmt, daß die Zentralvorstände verpflichtet sind, dafür zu sorgen, daß keine Verträge gegen den Tarif vorkommen. Obgleich der alte Vertrag diese Bestimmung nicht enthielt, war sie doch schon bisher ungeschriebenes Recht, denn die Zentralvorstände haben sich immer bereitwillig und verpflichtet gefühlt, für die Innehaltung des Vertrages zu sorgen. Das ist nun im neuen Vertrage als geltendes Recht festgelegt und etwas schärfer formuliert worden. Es ist auch im Hauptvertrage zum Ausdruck gebracht, daß alle Einzelverträge, die in den nächsten Jahren zustande kommen, nur auf Grund des Hauptvertrages abzuschließen sind. Das stand im alten Vertrage nicht, aber es ist doch danach gehandelt worden. Alle nach 1910 abgeschlossenen Verträge sind auf Grund des Vertragsdiktandums abgeschlossen worden mit dem Ablauftermin 1913. Also kann auch diese Bestimmung nicht als eine Verschlechterung bezeichnet werden, die zu großem Widerstand führen kann. Die Kaution ist ja abgelehnt worden, die Unparteiischen haben sie für undurchführbar gehalten.

Aber der Vertrag enthält auch eine sehr erhebliche Verbesserung in bezug auf die Affordarbeit. Es ist jetzt bestimmt, daß in den Orten, wo die Unternehmer Wert auf die Affordarbeit legen, die Affordpreise zwischen den Organisationen vereinbart und vertraglich festgelegt werden. Wo das nicht gelingt, muß die Angelegenheit durch Schiedspruch erledigt werden. Hiernach ist es also mit der unregelmäßigen Affordarbeit vorüber. Es ist nicht mehr zulässig, daß Unternehmer mit einzelnen Kollegen ungünstige Affordlöhne vereinbaren. Unter diesen Umständen wird mancher Unternehmer lieber auf die Affordarbeit verzichten. Da wir die Affordarbeit nicht durch Verbot beseitigen können, so ist die neue Vertragsbestimmung die glücklichste Lösung dieser Frage.

Es gibt auch einige Punkte, die wir stark beanstanden, aber nicht aus dem Vertrage herausbringen konnten. So die Bestimmung über das Verhalten gegenüber den Unorganisierten, die nicht durch Agitation „belästigt“ werden dürfen. Doch wir haben drei Jahre unter dieser Bestimmung gelebt und werden auch weiter ohne Nachteil mit ihr leben. Wir wollten sie beseitigen, aber es war nicht möglich. Es könnte vielleicht ins Gewicht fallen, daß der Vertrag den Weg der gerichtlichen Klage nicht ausschließt. Doch, eine derartige Bestimmung würde keine praktische Bedeutung haben, denn es sind unter dem alten Vertrage, der eine solche Bestimmung enthielt, gerichtliche Klagen anhängig gemacht worden. Andererseits ist nicht anzunehmen, daß der Bund der Unternehmer das Verlangen haben wird, und wegen Vertragsstreitigkeiten zu verhandeln. — Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand empfehle ich dem Verbandstage, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf Grund des Hauptvertrages örtliche Verträge abgeschlossen werden.

Was uns härter interessiert, als das Tarifdiktandum, das sind die eigentlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Redner trug die für die einzelnen Bezirke festgesetzten Löhne vor und bemerkte dazu, im Durchschnitt für das ganze Reich betrage die Erhöhung des Stundenlohnes 1/10 Pf. Die vorliegende Liste der Lohn erhöhungen werde noch einige Veränderungen erfahren, denn es sei wegen verschiedener Orte nochmals verhandelt worden und die Verhandlungen würden zurzeit noch fortgesetzt, so daß hier und da einige weitere Erhöhungen zu erwarten seien. In dem Durchschnitt von 1/10 Pf. Lohnerhöhung seien diejenigen Erhöhungen nicht eingerechnet, die als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung in den Orten gewährt wird, wo bisher noch über zehn Stunden gearbeitet wurde. Für 50.000 Kollegen sei die Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden verkürzt worden.

Der Redner empfahl dem Verbandstage, sich in der Diskussion nicht mit der Frage zu beschäftigen, ob mit dem Tarifverhältnis aufgeräumt werden solle, sondern unter Berücksichtigung der Interessen des Gesamtverbandes zu prüfen, ob die vorliegenden Lohnbestimmungen ausreichen zum Abschluß von örtlichen Verträgen.

In der Diskussion über den Bericht Paeplows kam zunächst aus jedem Bezirk des Verbandes ein Redner zum Wort. Nach ihnen sprachen noch viele andere Delegierte. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die in den Schiedsprüchen festgesetzten Lohn erhöhungen, die von den meisten Rednern als ungenügend bezeichnet wurden. Das für und Wider, die Ausläufer für den Fall der Annahme oder Ablehnung wurden nach allen Richtungen geprüft. Ein abschließendes Ergebnis der Erörterungen liegt noch nicht vor. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Soziales.

Sturm auf gegen den Hüttenarbeitersinn

Am Sonntag fand in Düsseldorf die Frühjahrsversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute statt. Die Lage der Eisenindustrie ist eine glänzende. Ist doch die Roheisenerzeugung in Deutschland von 12.876.150 Tonnen im Jahre 1907 auf 17.853.571 Tonnen im Jahre 1912 gestiegen, womit Deutschland die englische Produktion weit überholt und aus der zweiten Stelle in der Weltproduktion verdrängt, und sogar Amerika, das im Jahre 1911 auf 14.028.000 Tonnen zurückgegangen ist, immer näher kommt. (Der prozentuale Anteil Deutschlands an der Weltproduktion in Roheisen betrug 1911: 24,5 Proz., der Englands: 15,7 Proz., der Americas: 37,8 Proz.) Zu dieser außerordentlich günstigen äußeren Entwicklung kommt noch, wie aus jener Versammlung nach einem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ausgeführt worden ist, eine gleich gute in technischer Hinsicht. Sonnte doch der mit Studienarbeiten für den Verein beauftragte Professor Rathelius berichten — und eine Reihe Praktiker aus der Versammlung bestätigten seine Darlegungen — daß das Problem des Anreicherung, Bräutierens und der Agglomeration von Eisenerzen in befriedigender Weise gelöst sei. So sei es möglich, die Erzeugung der Hochofen bis auf das mehrfache der sonst üblichen Erzeugungsmenge zu steigern, ohne daß ein wesentlicher Mehrverbrauch an Koks in Erscheinung getreten wäre. So zwar, daß sich eine Koksersparnis von 15 und mehr Prozent und eine Erhöhung der Erzeugung bei bisher langsam betriebenen Oefen bis etwa auf das Doppelte der bisherigen Leistung hat erzielen lassen, und außerdem eine Ernieberung der zum Betriebe erforderlichen Windpressung. Das alles bedeutet natürlich weitere Steigerungsmöglichkeit der Profite.

Und dennoch brachten die Herren es fertig, gegen die geringste Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen von Leben und Gesundheit der Arbeiter in diesem höchst gefährlichen Produktionszweig, der noch höhere Unfallziffern aufweist als der Bergbau, Lärm zu schlagen, als gelte es ihr Leben. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Springorum, hatte schon in seiner Eröffnungsrede der Hüttenarbeitersinn ausgesprochen: „Reinde rindum!“ Zur Begründung dieser laienhaften Worte mußte er allerdings nicht Befremdes anführen, als daß die „Reinde rindum!“ gegen die Industrie ihren bezeichnenden Ausdruck gefunden habe, indem die im Reichstag aufgestellte „unwürdige Behauptung“, als handle es sich bei der

Affäre Krupp um ein Panama der Industrie, von niemand ge-
bührend zurückgewiesen worden sei.

Zur Frage der Arbeitsverhältnisse hatte man sich zwei Be-
sondere gefasst. Das läßt schon erkennen, daß die Herren eine be-
sondere Ansicht vorhalten. Der erste Redner, Direktor Dr. Weis-
mann (Oberhausen) zog gegen die Behauptungen der Gewerkschaften
vom Leber, die auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und
der Sonntagsruhe in den Hochöfenbetrieben hingielen. Schon die
Bundesratsbestimmung vom Jahre 1906 habe für die Werke viele
Unzutraglichkeiten mitgebracht. Die durch diese angeordnete
Statistik über die Heberarbeit in den in Rede stehenden Betrieben
entwickele nicht den Tatsachen. Das hat der Redner, wie es in dem
Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung heißt, an Hand einer
von ihm aufgemachten Statistik überzeugend nachgewiesen. Er hat
weiter dargelegt, daß weder die Dauer der regelmäßigen Arbeits-
zeit noch die hinzutretende Heberarbeit der Forderung des Acht-
stundentages Berechtigung verleihe. Andererseits sei aber auch eine
Vermehrung der Produktion durch verkürzte Arbeitszeit, wie das
in anderen Gewerben der Fall, nicht möglich.

Und noch einen Grund hatte der Herr für seine Behauptung
auf Lager: die Beschaffung der 80 000 bis 90 000 Arbeiter, die
man dann mehr brauchen werde, und die Abwälzung und Ver-
teilung der Lasten würden unüberwindliche Schwierigkeiten machen.
Anschließend der Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück in dieser
Sache ist die Forderung der Eisenindustrie klar: „Unbedingt durch
alle kommenden Angriffe müsse sie die Erzeugung der Heberarbeit
durch mechanische Kräfte weiter durchführen und sich aufs ent-
schiedenste gegen Angriffe wehren, die in den tatsächlichen Verhält-
nissen keinen Grund haben.“

Der zweite Redner, Kommerzienrat Bräunmann (Dortmund)
gedachte mit Wehmut der schönen Zeit, wo die Gewerkschaften den
Frieden zwischen den Arbeitern und den sie stets besorgte ge-
wesenen Arbeitgeber noch nicht gekannt haben. Wie sehr dieser Herr
nichtskolonien auch heute noch auf das Wohl der Arbeiter be-
dacht ist, geht schon allein daraus hervor, daß er die Einführung
der Achtstundentage in den Hochöfenbetrieben nicht nur aus tech-
nischen, sondern auch aus Gründen der Sicherheit für Leben und
Gesundheit der Arbeiter für unumstößlich erklärte. Zudem würden
die Arbeiter, die sonst mehr eingeatmet werden müßten, im Falle
einer Krise den Gemeinden zur Last fallen. Der Herr hatte wohl
schon vergessen, daß sein Vorgesandener der Gefahr der Mehrfach-
stellung durch stärkere Anspannung mechanischer Kräfte zu
begegnen als das beste Mittel empfohlen hatte. Mit einer scharfen
Spitze gegen Delbrück, der mit seinen Maßnahmen die Seele der
Arbeiter doch nicht wiederzuerstehen vermocht habe, bekannte er sich
zu dem Wahrspruch der Hohenzollern: „Saum cuivae!“ Nicht
ohne vorher seinem Vorgesandener über die „gewerkschaftliche Agitation
der Arbeiterführer“ Luft gemacht zu haben, und über die Abgeord-
neten, die Versprechungen machen müßten, um wiedergewählt zu
werden.

So wagen die Industriekönige die elementarsten Forderungen
der Menschlichkeit mit Füßen zu treten.

Übernahme des Heilverfahrens durch Berufsgenossenschaften.

Die Berufsgenossenschaften treten bekanntlich erst mit Ablauf
des vierten Monats nach dem Unfall ein. Binnen aber auch schon
vorher das Heilverfahren übernehmen. Das Reichs-Versicherungsa-
mt bemüht sich nun schon seit Jahren, den Berufsgenossenschaften
eindringlich nahezu legen, soviel als möglich das Heilverfahren vor-
zeitig zu übernehmen. Nur schwer und langsam folgen die Berufs-
genossenschaften den immer wiederholten Mahnungen und An-
regungen und in den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Über-
nahme des Heilverfahrens vor Ablauf der Wartezeit des Jahres
1911 sieht sich das Reichs-Versicherungsamts von neuem genötigt,
die Berufsgenossenschaften zu ermahnen, die vom Amt gegebenen Leitfäden
„verständnisvoll zu handhaben“, weil die Zahl der übernommenen
Fälle, absolut genommen, nur unwesentlich gewachsen ist. Wenn
wir uns die Tabelle der letzten Ergebnisse näher betrachten, finden
wir denn auch bei aller Anerkennung der guten Leistungen einiger
Berufsgenossenschaften, doch überwiegend Zahlen, die besämen-
genug sind und von einem fast ungläublichen Mangel an Verständ-
nis und sozialer Fürsorge zeugen. So haben zum Beispiel über-
haupt keine Fälle übernommen und keinen Pfennig gezahlt vier
große Berufsgenossenschaften, nämlich die Textil-Berufsgenossen-
schaft von Elberfeld, die Tabak-Berufsgenossenschaft, die
Sächsisch-Hessische Bergbau-Berufsgenossenschaft, die
Sächsische Holz- und die Schmiede-Berufsgenossenschaft. Ganze
zwei Fälle übernehmen die Berufsgenossenschaft der Schwärz-
schmiederei und die Württembergische Bergbau-Berufsgenossenschaft; zu drei
Hebernahmen aber haben sich aufgeschlungen: die Sächsische
Edel- und Unedel-Metall-Berufsgenossenschaft, die Berufsgenossen-
schaft der Gas- und Wasserwerke und die Bayerische Holz-Industrie-
Berufsgenossenschaft. Es würde zu weit führen, die einzelnen Berufs-
genossenschaften aufzuführen, die sich die Hebernahme von 4, 5, 6,
7 Fällen usw. leisteten. An der auch im übrigen interessanten
Statistik wäre eine Änderung insofern wünschenswert und ge-
eignet, ein klareres Bild zu schaffen, nämlich, wenn bei den Berufs-
genossenschaften mit Sektionsbildung nicht die Gesamtzahlen,
sondern die Zahlen der einzelnen Sektionen angegeben werden, denn
wir haben Grund, anzunehmen, daß auch innerhalb einer Berufs-
genossenschaft die Zahlen recht unterschiedlich sind und daß es
manche Sektion gibt, deren in Zahlen ausgedrückte „verständnis-
volle“ Handhabung der sozialen Fürsorge niedriger gehängt zu
werden verdient. Vielleicht folgt das Reichs-Versicherungsamts in
der nächstjährigen Veröffentlichung dieser Artzogen und ermöglicht
es dadurch, Sektionen, die ebenfalls nichts aber nur traurig wenig
tun, festzunageln und zu einer Besserung zu belehren. Von den
landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu reden, haben wir
uns schonen können, denn auch von diesen zeigt die Statistik das-
selbe und bekannte Bild, wie von allem, was die Landwirtschaft
für die Arbeiter übrig hat.

Wie's auf dem Lande aussieht.

Auf dem zum Gutbezirk Kleinhof gehörigen Vorwerk Schulz
(Kreis Ludau) ist vom Gutbesitzer sieben polnischen Arbeitern
eine enge Hude als Wohn- und Schlafraum angewiesen, die gerade
Raum für drei Bretterbetten, die als Bettstelle dienen, und einen
Ofen hat. Von diesen sieben polnischen Arbeitern sind drei weib-
lichen Geschlechts. Jede der drei „Bettstellen“ hat einen Strohsack.
Eine Pferdebede dient zum Zubeden der Arbeiter beiderlei Ge-
schlechts. Dafür, daß in dem Loch ein entschlicher Schmutz und
Gestank herrscht, können die Arbeiter nicht.

In dieser der Hygiene und dem Anstand ins Gesicht schlagenden
Weise wagt die Pächterschaft, Arbeiter einzusperrchen und gar
noch die Wohnungsnot auf dem Lande zu leugnen. Der Gut-
besitzer bildet selbst die Polizeibehörde.

Kennt der Landrat, kennt der Regierungspräsident die be-
schriebenen Verhältnisse? Welche Maßnahmen hat er ergriffen, um
die Mißstände zu beseitigen?

So jämmerlich wie mit den Wohnungs-, sieht es auch mit den
Lohnverhältnissen. Schon der Umstand, daß polnische Arbeiter dort
tätig sind, deutet darauf hin. Das Vorwerk Schulz ist in der
Dobrilugker Gegend durch ein besonders liebloses Vorgehen gegen
einen 63 Jahre alten Arbeiter Gustav Lehmann berüchtigt gewor-
den. Dieser hatte 16 Jahre lang für das Gut gegen einen Tagelohn
von 1,20 M. gearbeitet. Dann ist er entlassen, weil die Kinder des
alten Manns nicht mehr auf dem Gut arbeiten wollten. Der alte
Mann hat keine eigene Wohnung — der Gutsherr hat ihn er-
müdet. Verlangt hat die Gemeinde Dobrilugk ihm und seiner

Frau als Hülfslofen ein Obdach angewiesen — eine Gefängniszelle
als Armenwohnung. Welche Schritte eingeleitet sind, um den Gut-
sherrn v. Kirchhof zur Unterstützung heranzuziehen, entzieht sich
unserer Kenntnis.

So sieht es in Wahrheit mit den gewiesenen Verhältnissen auf
dem Lande aus. Und das heulmeiert dann über Immoralität und
Sittenlosigkeit in den — Städten!

Zur Aufnahme in die Gemeindevählerliste.

In Griesheim lag vom 15. bis 30. Januar 1912 die Gemein-
wählerliste offen. Der Schreiner Georg Kröner, der erst im Laufe
der Offenlegungsfrist 24 Jahre alt und damit kommunalwahl-
berechtigt wurde, nämlich am 22. Januar, war nicht in die Liste
aufgenommen worden, weil er das fragliche Alter beim Beginn
der Offenlegung der Liste noch nicht erreicht hatte. Kröger bean-
tragte am letzten Tage der Offenlegungsfrist, also am 30. Januar,
seine Aufnahme in die Liste, indem er geltend machte, daß er seit
dem 22. Januar wahlberechtigt sei, weil er an diesem Tage das
24. Lebensjahr vollendet habe und die sonstigen Voraussetzungen
der Wahlberechtigung alle bei ihm vorlägen.

Die Gemeindevorstellung lehnte seine Aufnahme in die Wähler-
liste ab und stellte sich auf den Standpunkt, daß das wahlfähige
Alter beim Beginn der Offenlegung der Wählerliste erreicht sein
müsse. Das sei hier bei H. am 15. Januar 1912 aber noch nicht der
Fall gewesen. Es wäre gleichgültig, daß H. noch im Laufe der
Offenlegungsfrist 24 Jahre alt geworden sei.

Der Kreisrat erlangte jedoch dahin, daß H. in die Wähler-
liste für 1912 aufgenommen sei. Der Bezirksauschuh bestätigte
das Urteil.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf dieser Tage die noch von
der Gemeindevorstellung eingelegte Revision. Der Kläger hätte in
die Liste aufgenommen werden müssen, wenn er auch erst während
der Offenlegung der Liste 24 Jahre alt geworden sei. Es genüge,
daß er während der Frist, wo Verfügungen der offengelegten
Liste beantragt werden können, die Voraussetzungen der Wahlberech-
tigung erlangte.

Unfall bei verbotswidrigem Verhalten.

Ein landwirtschaftlicher Arbeiter in Einshausen hatte sich auf
einem Gutshofe beim Mistladen sehr unreinigt und wollte sich
reinigen. Da der Brunnen im Gutshofe kein Wasser gab, so wollte
er sich im Maschinenraum der zum Betriebe gehörigen Dampf-
brennerei das nötige Wasser verschaffen. Wie nun antlich fest-
gestellt worden ist, war aber dieser Maschinenraum sehr dunkel und
mangelhaft eingerichtet, so daß der Arbeiter im dunklen Raume aus-
glitt und sich in dem mit heißer Schlempe gefüllten Bassin schwer
verbrühte. Der Verletzte erhob nun gegen die landwirtschaftliche
Berufsgenossenschaft Rentenansprüche, wurde aber abgewiesen, weil
er selbst in seinem Unfallprotokoll angegeben habe, daß er den Raum
der Brennerei betreten wollte, um Wasser zu trinken. Der Raum
sei aber an sich Unbefugten verboten gewesen und Vorrichtungen,
welche die Arbeiter zum Zwecke der Betätigung ihrer beruflichen
Bedürfnisse an Spinde und Kranz darzunehmen, können im all-
gemeinen nicht mehr als dem Betriebe zugehörig angesehen werden.

Das Ober-Versicherungsamts Wiesbaden verurteilte die Be-
rufsgenossenschaft, den Unfall als Betriebsunfall zu entschädigen.
Inzwischen dem Unfälle und dem landwirtschaftlichen Betriebe des
Unternehmers sei ein unzweifelhafter Zusammenhang erkennbar. Der
Kläger sei dadurch, daß ihm der Brunnen auf dem Gutshofe kein
Wasser gelteferte habe, zum Betreten des Maschinenraumes der
Brennerei veranlaßt worden. Da dieser Raum „infolge mangel-
hafter Einrichtungen kein genügendes Tageslicht hatte, einer aus
dem Gesamtbetriebe des Unternehmers hervorgehenden Gefahr aus-
gesetzt worden“. Der Unfall habe sich, da die Brennerei als Neben-
betrieb der Landwirtschaft des p. C. verifiziert sei, nicht außerhalb
der Betriebsstätte ereignet. Somit sei der Verletzte während seiner
Arbeitszeit einer Betriebsgefahr zum Opfer gefallen und könne es
dahingestellt bleiben, zu welchem Zwecke ihm das Wasser, das er in
der Brennerei nehmen wollte, dienen sollte. Das Oberverwaltungs-
amt führte ferner aus, wenn auch Unbefugten das Betreten des
Maschinenraumes der Brennerei verboten gewesen sei, so spricht
dies nicht gegen die Anerkennung eines landwirtschaftlichen Be-
triebsunfalles, da verbotswidriges Handeln den Entschädigungs-
anspruch nicht ausschließt.

Aus Industrie und Handel.

Von der chemischen Industrie.

Die chemische Industrie erfreut sich einer andauernden
Steigerung des Exports und der Rentabilität. Die Ausfuhr
von Anilinfarbstoffen betrug im letzten Jahre 158 976
Doppelpentner gegen 142 828 im Vorjahre. Dem Werte nach
betrug diese Steigerung von 22,71 Millionen Mark auf
34,55 Mill. M. Besonders nach China und Ostindien ent-
wickelte sich der Export anständig. Der Export von künstlichem Indigo
allein stieg von 25 971 Doppelpentner auf 75 872 Doppelpentner. Der
Wert derselben erhöhte sich von 6,06 auf 18,18 Mill. M. Die Ein-
fuhr von Chemikalien aller Art nach Deutschland ist dagegen auch
im letzten Jahre erheblich zurückgegangen. Sie betrug im
ersten Quartal 1912 3,46 Mill. Doppelpentner gegen 5,22 Mill.
Doppelpentner im Vorjahre. Der Wert dieser Einfuhr ist von
112,46 Mill. M. auf 104,29 Mill. M. gesunken. Der Rückgang be-
trägt fast ausschließlich chemische Rohmaterialien, Farben und Farb-
waren. Welchen Einfluß dieser von Jahr zu Jahr gesteigerte Export
und die Abnahme des Imports auf die Höhe und die Rentabi-
lität der in den Betrieben angelegten Kapitalien hatte, zeigt
folgende Zusammenstellung:

Jahr	Gesellschaften	Kapital in Mill. M.	Dividenden in Mill. M.
1882	46	88,950	11,441
1892	89	215,233	25,064
1902	133	382,976	45,455
1910	147	448,52	66,379

Die höchste Rentabilität erreichten die Farbstofffabriken, deren
Durchschnittsdividende 1910 21,41 Proz. betrug. Aber seitdem haben
zahlreiche Betriebe, und zwar die bedeutendsten, eine noch weit höhere
Rentabilität erreicht. Wir nennen nur:

Gesellschaft	Dividende für		
	1910	1911	1912
Altiengesellschaft für Anilinfabrikation	20	20	23
Albert Chemische Werke	32	30	30
Bodische Anilin- und Sodafabrik	25	25	28
Eberfelder Farbstofffabrik	25	25	28
Höfster Farbwerke	27	30	30
Kry Schulz jun., A.G.	23	23	23
Union	20	20	?
Vereinigte Chemische Werke Charlottenburg	20	21	?
Ges. und Farbstofffabrik Kemner	18	18	19
Rheinische Gerbstofffabrik	18	18	18
Rittrichfabrik	16	16	?

Für die Arbeiter ist von diesen Millionengewinnen so gut wie
nichts abgefallen. Nach den Angaben der Berufsgenossenschaft be-
trug die Durchschnittslohn für die Arbeiter der chemischen Fabriken
1907 1123 M. und 1910 1182 M. Seitdem sind nur vereinzelt
kleine Lohnsteigerungen bewilligt worden. Aber andere Steigerungen
sind dafür recht bedeutend gewesen, nämlich die der Unfälle.
Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für den Regierungs-
bezirk Köln wurden in den Betrieben der chemischen Industrie dieses
Bezirks auf 1000 Arbeiter Unfälle gezählt: im Jahre 1910 57,6, im
Jahre 1912 81. Das ist in zwei Jahren eine Steigerung der Unfälle
von 40 Prozent.

Das Niederlausitzer Braunkohlsyndikat ist bis zum Jahre 1923
verlängert worden. Die Bergbaugesellschaft Jise, die vor
einer Zeit aus dem Syndikat austrat, bleibt auch der neuen

Erweit.-Verkaufs-Gesellschaft fern. Die Verlängerung trotz Fern-
bleibens des größten Aufsichters ist wohl deshalb möglich geworden,
weil die Jise-Bergbaugesellschaft bei ihrem Eintritt in das Syndikat
sich vertragsgemäß verpflichtet hatte, im Falle ihres Austrittes und
bei einer Verlängerung der Vereinigung bis zum Jahre 1923 für je
10 Tonnen ihrer Produktion 2 M. Abgabe an das Syndikat zu
leisten. Diese Abgabe ist zu erlegen, ohne daß die Jise-Bergbau-
gesellschaft daraus irgend ein Recht dem Syndikat gegenüber her-
leiten kann.

Der Goldstrom steigt.

Die Grubenbesitzer machen glänzende Geschäfte. Millionen auf
Millionen Mark fließen ihnen in die Geldschränke und immer höher
steigt der Goldstrom, wie folgende Aufstellung der Betriebs-
ergebnisse einer Anzahl Kupferbergwerke zeigt. Es erzielten Heber-
schäfte:

Kupferbergwerke	I. Quart. IV. Quart. I. D. quart.		
	1912	1912	1912
Altiengesellschaften	1918	1912	1912
	M.	M.	M.
Harpen	7 008 700	5 277 600	3 968 000
Hibernia Bergwerke A.G.	4 607 090	3 539 977	2 401 167
Königsborn	1 099 796	?	594 822
König Wilhelm	1 031 041	?	705 778
Prälmer Bergwerk	818 171	989 809	339 461
Vogumer Bergwerk	886 057	307 256	234 010
Vierfelder A. B.	1 068 017	1 040 599	1 045 512
Gewerkschaften			
Erzgebirge	2 043 162	1 879 590	1 210 020
Graf Bismarck	1 771 300	1 172 192	691 488
Lothringen	1 255 085	973 091	604 421
König Ludwig	1 072 452	1 168 096	616 186
Friedrich der Große	1 064 818	826 080	640 679
Königin Elisabeth	993 800	754 333	634 700
Helen und Amalie	747 527	599 240	448 786
Graf Schwerin	468 836	377 703	272 003
Dorsfeld	437 420	405 873	334 723
Johann Deimelsberg	248 059	216 710	181 436
Zrappe	104 807	77 186	67 858
Heinrich	210 828	142 525	132 012
Caroline	108 109	85 877	41 528
Schürbank	63 739	52 490	29 016
Gottesagen	83 087	28 232	20 228

Den Grubenbesitzern Millionen, den Bergleuten werden einige
Tausendhunderttausend hingeworfen. Und den müssen sie sich erst
noch durch Heberkäuferei verdienen und dabei mehr denn je Leben
und Gesundheit in die Schanzen schlagen. Die Zahlen beleuchten
auch noch nachdrücklich den Streikbruch des christlichen Gewerkschafts.
Die Verrätertätigkeit der christlichen Führer hat es fertiggebracht,
daß die Bergarbeiter zu ohnmächtig sind, eine solche glänzende
Geschäftskonjunktur, wie wir sie hinter und vor uns haben, für sich
auszunutzen. Wahrhaftig, die Grubenbesitzer sind undankbar, wenn
sie die Führer der christlichen Streikbrecherorganisation nicht reichlich
mit Tantiemen beschenken!

Belastung des Tabakgewerbes.

Ueber die verschiedenen Gründe des Geschäftsrückganges im
Tabakgewerbe finden wir in dem soeben herausgegebenen Jahres-
bericht der Handelskammer zu Berlin folgende Ausführungen:
„Unter den verschiedenen Zweigen des Tabakgewerbes ist es einzig
und allein die Zigarrenindustrie, die mit einer gewissen Befriedi-
gung auf das Jahr 1912 zurückblicken kann; alle übrigen Branchen
haben fast nur ungunstiges zu melden, ja, sie können feststellen, daß
in den letzten Jahrzehnten kaum ein Zeitraum vorhanden gewesen
ist, der eine so wenig erfreuliche Entwicklung aufgewiesen hätte
wie das Jahr 1912. Den nachteiligen Einflüssen, die sich in der
Berichtsperiode geltend machten, vermaßen manche Geschäfts-
betriebe nicht standzuhalten, und es ist bemerkenswert, daß zu den
Firmen die unter dem Druck der Verhältnisse vom Schauplatz ab-
traten, nicht nur kleinere, sondern auch größere Betriebe zählten.
Inwiefern die Zukunft eine Besserung herbeiführen wird, läßt sich
nicht absehen, doch darf erwähnt werden, daß nach den Erfahrungen,
die für die ersten Monate des Jahres 1913 vorliegen, die Hoffnun-
gen der beteiligten Kreise keineswegs hoch gespannt sind. Für die
unbefriedigende Lage des Tabakgewerbes ist nicht ein einzelner
Ursprung verantwortlich zu machen, es liegt vielmehr das Zusam-
menwirken mehrerer Ursachen vor. In vorderster Reihe steht die
steuerliche Belastung des Tabaks. Man darf ohne Heber-
treibung behaupten, daß die Erhöhung des Tabakzolls und der
Tabaksteuer, die im Jahre 1909 erfolgt ist, das ganze Tabakgewerbe
erschüttert hat und daß die seitdem verfloßenen drei Jahre noch
nicht genügt haben, den Prozeß des Einlebens in die veränderten
Verhältnisse zum Abschluß zu bringen. Die Heberbildung der
durch die Zoll- und Steuererhöhung vermehrten Lasten auf den
Verbrauch ist in zahlreichen Fällen nur zum Teil gelungen; soweit
sie aber durchführbar war, geschah es meistens mit der Beglei-
tscheinung, daß der Konsum sich einschränkte. Empfindlich war
der durch die Steuerreform eingeführte 40prozentige Verzollung
auf sich; er wurde aber um so fühlbarer, je höher die Preise des Roh-
tabaks stiegen, da automatisch mit dem Preise des zum Import
gelangenden Tabaks der Zoll steigt. Es ergibt sich somit unter
Umständen eine zweifache Belastung, und dies war im Bericht-
jahre der Fall; die Notierungen des Rohtabaks bewährten ihren
bisherigen hohen Stand oder gingen in vielen Fällen noch darüber
hinaus, da der Weltverbrauch wuchs und die Nachfrage namentlich
für helle Farben noch wie vor stark war. Daß die Verteuerung
des notwendigen Lebensmittels, die besonders in der zweiten Hälfte
des Berichtsjahres die weniger begüterten Volksklassen, aber auch
den Mittelstand, zu Ersparnissen an den mehr entbehrlichen Ge-
nussmitteln veranlaßte, das Geschäft in Erzeugnissen der Tabak-
industrie beeinträchtigte, unterliegt keinem Zweifel. Naturgemäß
machte sich dies vornehmlich bei der Nachfrage nach geringeren
Zigarrenforten bemerkbar. Sie zu früheren Verkaufspreisen zu
fixieren, war unmöglich. Die Steuerungsverhältnisse befruchteten
auch den Hebergang des Konsums von der Zigarre zur Zigarette.
Die Unsicherheit der politischen Lage, die den Geschäftsvorkehr fast
aller Gewerbe nachteilig beeinflusste, indem sie die Unternehmungslust
lähmte, war auch auf dem Gebiete des Tabakgewerbes zu ver-
spüren.“

Rückgang der Eisenproduktion. Nach den Ermittlungen des
Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller betrug die Roh-
eisenzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats
April insgesamt 1 587 300 Tonnen gegen 1 625 190 Tonnen im
März 1912 und 1 451 404 Tonnen im April 1911. Der Versand
des Stahlwerkverbandes stellte sich im April auf rund 592 000
Tonnen gegen 562 277 Tonnen im März und 498 293 Tonnen im
April 1912.

Witterungsbericht vom 7. Mai 1913.

Stationen	Barometere- stand mm Höhe	Wetter- charakter	Temperat. in C.	Stationen	Barometere- stand mm Höhe	Wetter- charakter	Temperat. in C.
Frankfurt	762,0	4. Heller	6	Wuppertal	767,0	4. Wolkig	6
Darmstadt	758,0	5. Halb b.	6	Berlin	765,0	5. Dunst	3
Berlin	759,0	4. Wolkig	6	Selb.	749,0	4. Bedeckt	9
Köln	754,0	1. Regen	6	Herborn	755,0	6. Wolkig	7
München	753,0	4. Bedeckt	7	Paris	757,0	2. Wolkig	8
Wien	753,0	5. Bedeckt	5				

Wetterprognose für Donnerstag, den 8. Mai 1913.

Still und vorwiegend wolkig mit leichten Regenschauern und feuchten
nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Jugendveranstaltungen.

Adlerhof. Am ersten Pfingstfeiertag Frühpartie nach dem Langen See. Abmarsch 6 Uhr. Die Eltern werden ersucht, ihre erwachsenen Söhne und Töchter hierauf aufmerksam zu machen.
Köpenick. Am ersten Pfingstfeiertag findet eine Tagespartie nach Schausberg statt. Treffpunkt 5 Uhr am Bahnhof Köpenick. Proviant und Lieberhäuser nicht vergessen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — 6. Stock —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.
Z. 12. 1. Falls eine Kündigungsfrist nicht vereinbart ist, 6 Wochen zum Quartal, 2. bis 4. Bestimmte Gesellschaften empfehlen wir grundsätzlich

nicht. — **W. Z. 95.** 1. und 2. Reim. — **Rdg. 27.** Ja, sofern der Verdacht einer betrüblichen Handlung bestand. — **P. R. Adlerhof.** Falls der Verdacht mehr als ein Drittel des sonst üblichen Verdienstes ausmacht und die Landesversicherungsanstalt davon Kenntnis erhält, könnte dies Anlass zu einem Rentenentziehungsverfahren geben. In der Regel ist aber abschlaggebend ärztliches Gutachten über den Grad der Erwerbsunfähigkeit. — **A. Z. 47.** Der Unternehmer ist dazu verpflichtet, er kann Ihnen die Hälfte der Beiträge kürzen. — **W. Z. 85.** In der Regel Nein. — **Z. 99.** 1. und 2. Ja. Reformieren Sie. — **R. D. 2.** Dagegen läßt sich nichts tun. — **R. 89.** Nein. — **S. 90.** Das Standesamt hat damit nichts zu tun. — **F. S. 3000.** Solche Rechte stehen Ihnen nur dann zu, wenn Sie mit dem Vermieteter Konkurrenzverbot vereinbart haben. — **C. S. 1001.** 1. Amtsgericht Breslau, 2. u. 3. Reim. — **Trude.** Das ist unzulässig. — **J. W. 36.** Um von der Unterhaltungsspflicht dem zu erwartenden Kinde gegenüber befreit zu sein, müssen Sie durch einen Rechtsanwalt nach der Geburt des Kindes beim Landgericht die Klage auf Auserhebelichkeitserklärung erheben, vorher aber beim Amtsgericht die Bestellung eines Pflegers beantragen. Für den Fall der Scheidung und der Verurteilung der Frau als schuldiger Teil verbleiben Ihnen die Kinder. Sie können abdam auch der Frau das

Recht zur Fortführung Ihres Namens einziehen. Ob die Stadtgemeinde einen Anschlag zu den Unterhaltskosten leisten wird, erscheint zweifelhaft. — **W. 66.** 1. Für den Fall der Pfändung könnte Ihre Frau intervenieren. 2. Circa 5 Mark wöchentlich. 3. Dagegen läßt sich nichts tun. — **G. S. 11.** 1. und 3. Reim. 2. Halbjährlich um 1,25 Mark pro Woche. 4. Ja. — **C. 39. 21.** 1. In diesem Falle ja. 2. Reim. 3. Angelegenheit. — **F. S. 100.** Reim. — **H. G. 28. 09.** Ja. — **C. S. 20.** Nur dann, wenn Sie ein höheres Einkommen hat, als wie zum eigenen Unterhalt und zur Bedienung sonstiger Verpflichtungen erforderlich ist. — **Fischer-Müllerstr. 26.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Beifügung einer Abschrift des Testaments und geben Sie noch an, wo der erste Wohnsitz Ihrer Schwester gewesen ist. — **Berlin 1908.** Die Handhabungsgegenstände, wozu das Möblement wie auch die Betten gehören, verbleiben in vollem Umfange dem Ehemann, da eine rechtswirksame letztwillige Verfügung nicht vorliegt. Der übrige Nachlass — bares Geld, Kleidungs- und Wäscheartikel der Ehefrau — gebühren zur Hälfte dem Ehemann und zur Hälfte den Eltern bezw. Geschwistern. Nach Ihrer Darstellung scheint der Ehemann seiner Auseinandersetzungspflicht genügt zu haben.



H. Esders & Dyckhoff

Gertraudenstrasse 8-9

Sakko-Anzüge

moderne Formen — neue Muster

19.- 25.- 32.- 39.- 45.-
55.- 65.- 75.- 82.- M.

Rock - Anzüge

(Cutaway)

39.- 45.- 52.- 59.- 68.- 75.-

Grosse
Spezial-Abteilung
in
Knaben- u. Jünglings-Konfektion
Burschen - Anzüge
Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge

Engl. Schneider-Kleider
für Damen



An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Von **1** Mark an liefere **1** elegante fertige **Herren-Garderobe**

Anfertigung nach Mass mit Garantie für tadellosen Sitz

Julius Fabian
Schneidermeister

I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37'

II. Geschäft:
Turmstrasse 18' Kein Laden.

III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14 2. Etage

Nur noch 3 Tage!



11 Sonntag

10 Sonnabend

9 Freitag

8 Donnerstag

Sonntags geschlossen!

in denen Sie Ihre Garderobe für das kommende Pfingstfest besorgen resp. vervollständigen können!

Und Sie sollten diese Zeit um so mehr ausnutzen, da Sie bei uns gerade jetzt Werte für Ihr Geld bekommen, wie wohl nie zuvor.

Kostüme	Popeline - Paletots
Schöne Stoffe Guter Sitz	In schönen hellen und praktischen Farben
8.75 9.75 10.75	8.50 9.75 11.50
12.75 15.75 19.75	13.50 16.75 19.25
usw.	usw.

Reizende weiße Kleider, Röcke und Blusen in unendlicher Auswahl, spottbillig!



Popeline-Paletot
19.25



C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausseestrasse 113
Ecke Invalidenstrasse.

Aus der Frauenbewegung.

In erster Stunde.

Landtagswahlkampf! Vor fünf Jahren wollte keiner daheim hocken bleiben, jeden trieb es hinaus, damit er sein Teil an der notwendigen Allgemeinarbeit leiste. Nicht zuletzt waren es die Genossinnen, die alle Kraft einsetzten, über ihre Pflicht hinaus eifrig tätig waren. Wie steht es in diesem Jahre? Der Uebel, die das preußische Volk bedrücken, sind keineswegs weniger geworden. Der Junferlübermut treibt noch immer auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens sein frivoles Spiel mit den Interessen und dem Willen der breiten Masse und stellt's ihr höhrend zum Gesetz auf: euch ziemt es stets, das Maul zu halten und zu zahlen, was wir verlangen.

Preußens König war es, der — ohne die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen und die wachsende Not des Proletariats verstehen zu können — den Arbeiterfrauen den freundlichen Rat gab, sie sollten ihr Gemüte suchen in „der stillen Arbeit in Haus und Familie“. Die Statistik redet eine andere, härtere Sprache. Sie zeigt uns, daß in den zwei Jahren von 1910 bis 1912 die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen um 60 000 gestiegen ist. Darunter befindet sich ein großer Teil verheirateter Frauen. Was treibt sie in die kapitalistische Fron? Gerade ihre Hausfrauen- und Mutterpflicht. Wenn sie nicht mitverdienen, geht ihre Wirtschaft zugrunde und ihre Kinder müssen noch mehr hungern. Wie brutal und rücksichtslos diese Arbeiterinnen ausgenutzt werden, das zeigen die ständigen Klagen der Fabrikinspektoren. Der Arbeitermensch wird von den Unternehmern zur Jarce gemacht, der Kinderschutz desgleichen. 3671 Übertretungen des Arbeitermenschenschutzes, 5588 Verletzungen der Kinderschutzbestimmungen wurden 1912 von den Inspektoren zur Anzeige gebracht. Das ist nur ein ganz geringer Teil der tatsächlichen Gesetzesübertretungen, die meisten werden ja vor den Inspektoren geheim gehalten. Wir warten noch immer vergeblich darauf, daß die Zahl der Beamten vermehrt wird, daß vor allem weibliche Inspektoren angestellt werden, die sich der arbeitenden Frauen und Kinder in richtiger Weise annehmen können.

Wir warten auch auf manches andere noch immer vergeblich. Der Zustand unserer Volksschule ist tief beschämend und der berühmten preussischen „Kultur“ durchaus würdig. Die überwiegende Zahl der Kinder erhält eine gänzlich ungenügende geistige Ausbildung. Auf dem Lande sind 62 Proz. der Kinder auf 1-3klassige Schulen angewiesen. Die Pflichterziehungsschule für Mädchen steht noch immer in den allerersten Anfängen, die Fürsorgeerziehung wird durch prügelnde Pastoren würdig ausgeübt. So wäre gerade auf den Gebieten, die das lebhafteste Interesse der Mütter erwecken, außerordentlich viel zu tun im Leben preussischer Lande. Das Medizinwesen, die öffentliche Gesundheitspflege werden günstiger anders nur für die herrschenden Klassen nützlicher Einrichtungen vernachlässigt. Unzählige Kinder gehen zugrunde, taufende Frauen müssen jählich ohne ärztliche Hilfe, ohne die Hilfe einer Hebamme entbinden. Der Staat hat kein Geld für sie, um ihnen auch nur das Nötigste zu gewährleisten. Die Gesindeklaberei lastet noch immer auf dem Nacken der Landarbeiter, der dienenden Töchter des Proletariats. Sie ist ein brennendes Schandmal, das die Junferlübermut unserer Zeit ausdrückt.

Wohin wir blicken im preussischen Staat, überall gilt es morsche Ruinen niederzureißen, Schutt wegzuräumen, neue Mauern zu festigen und weiterzuführen. Und doch liegen so viele tausend Hände mühsig im Schop, die sich regen, tüchtig zupacken müßten. Das darf nicht sein. Soll den Gewalthabern nicht der Kamm noch mehr schwellen, dann muß, wie vor Jahren, jeder in treuer Pflichterfüllung an seinem Platze stehen. Gerade in der Alleinarbeit des Wahlkampfes können die Frauen große Dienste leisten. Eine Memme ist, wer im Winkel hockt, wo auf dem Nachfeld des Kampfes so vieles entschieden werden soll.

Kein Frauenstimmrecht in England.

Das englische Unterhaus lehnte am Mittwoch, den 6. d. Mts., 1/12 Uhr nachts, die zweite Lesung der Frauenstimmrechtsvorlage mit 266 Stimmen gegen 219 Stimmen ab. Damit ist das Frauenstimmrecht in England für diese Session gefallen. Ueber die entscheidende Sitzung haben wir bereits in unserer gestrigen Nummer berichtet.

Von unserem Londoner Korrespondenten liegt uns außerdem folgendes Telegramm vor:

London, 6. Mai 1913. Die zweite Lesung der Frauenstimmrechtsvorlage, die am 5. Mai im englischen Unterhause begann, findet unter sehr ungünstigen Umständen statt. Die Vorlage des Herrn Dickinson, ein Mittelglied zwischen der Conciliation Bill und dem von der Arbeiterpartei verlangten allgemeinen Stimmrecht, beabsichtigt, allen Familienhäuptern das Stimmrecht zu geben, was zur politischen Emanzipierung von etwa 8 bis 7 Millionen Frauen führen würde. Unglücklicherweise fällt die Debatte mit der Eröffnung des Prozesses gegen die Leiter der Sozialpolitischen Union zusammen, die am 30. April verhaftet wurden, nachdem das Bureau der Union geschlossen, die Zeitung „The Suffragette“ unterdrückt und eine Menge Dokumente beschlagnahmt worden waren, die einen großzügigen gewalttätigen Selbstzug der Suffragettes aufdeckten. So behauptet die Anklage, daß Pläne bestanden, um Holzlager und Baumwollfabriken in Brand zu setzen; Pulver an Theater zu werfen, die zu einer Riesenspektakel unter dem Publikum führen würden; für 20 000 Pfund Schaden auf einer Verfassungskonferenz; den Feuermelddienst zu sabotieren. Diese Enthüllungen und die Brandstiftungen der letzten drei Monate haben eine Stimmung erzeugt, die der Erfüllung der Wünsche der großen Masse der vernünftigen Frauen nicht förderlich ist. Die lauwarmen Radikaler unter den Parlamentariern haben eine gute Gelegenheit, das Hofenponier zu zeigen, und die Gegner des Frauenstimmrechts genießen die tätige Unterstützung aller jener politisch trägen und denkfaulen Elemente, die in jeder Neuerung eine Gefahr für ihre körperlichen oder geistigen Gewohnheiten wittern und die für den Augenblick durch die Verbrennen der Sozialpolitischen Union aufgerüttelt worden sind. Es sind dieselben Votier, die im Jahre 1907 in Deutschland gegen die Sozialdemokratie aufmarschierten und die von den Reaktionsären gern als das Rückgrat des Volkes betrachtet werden, obwohl man sie weit besser mit einem weniger edlen Körperteil vergleichen könnte.

Um die Jugend

beginnt sich jetzt auch die bürgerliche Frauenbewegung mehr zu kümmern, seit der Staat gegen die proletarische Jugendbewegung mobil macht. Bewußt und unbewußt stellen sich die bürgerlichen Frauen immer mehr in den Dienst der staatlich geförderten Verleugung zur Knebelung der Proletarierjugend. Für die organisierten Frauen kommt dabei noch der Wunsch hinzu, für den eigenen Nachwuchs zu sorgen und speziell die weibliche Jugend für die Frauenvereine heranzuziehen. Kein Wunder daher, daß auch auf den Tagungen der Frauenorganisationen die Jugendpflege zu den ständigen Verhandlungsthemen wird. So war nach der „Köln. Ztg.“ die Jugend der leitende Grundgedanke des Rheinisch-Westfälischen Frauentages zu Dortmund (Ende April dieses Jahres). Oberlehrerin Haeder-Solingen berichtete dort über Aufgabe und Wert der Jugendgruppen für soziale Hilfsarbeit. Die Gruppen (es gibt deren 152) suchen die schulentlassene weibliche Jugend der besehrten Stände zu sammeln. Sie sind verschieden organisiert und stehen im Zusammenhang mit den örtlichen Frauenvereinen. Als Antwort auf die Frage: „Was soll nun die besehrte weibliche Jugend für die Arbeiterjugend tun?“ empfahl Dr. Frida Linsing-Berlin die Mitarbeit im — Kinderhort, Naturbund und Erholungsheim und als Vormünderinnen für arme Kinder! Eine dritte Referentin befahte sich im einzelnen mit den Aufgaben der weiblichen Jugendpflege und stellte dabei die körperliche Ausbildung in den Vordergrund.

Auf dem 8. bayerischen Frauentag zu Regensburg (Ende April) beschäftigte man sich ebenfalls eingehend mit den Jugendgruppen, deren Vertreterinnen ähnlich wie in Dortmund über ihre Tätigkeit berichteten. Wurden in Dortmund die Gruppen als die Kerntuppen der Jugendbewegung bezeichnet, so forderte man hier, daß sie die praktische Arbeit mit den Ideen der Frauenbewegung harmonisch zu vereinen hätten. Eine Abendversammlung war völlig dem Berben um die Jugend gewidmet. Auch die weiteren Vorträge über Fortbildungsschulen, höhere Mädchenbildung, Koedukation, Frauenstudium bewegten sich um das gleiche Thema. Die Gründung eines Verbandes bayerischer Jugendgruppen war das Resultat der Tagung. Außerdem wurde beschlossen, die Pfadfinderinnen- und Wandervogelbewegung zu unterstützen.

Wenige Tage vorher hatte in Berlin die erste Generalversammlung des Deutschen Verbandes der Jugendgruppen und Gruppen für soziale Hilfsarbeit (gegründet Oktober 1912) stattgefunden. Die Veranstaltung nannte sich „soziale Woche“ und umfaßte Besichtigungen von Wohlfahrtsanstalten, interne Ausreden der Leiterinnen von Jugendgruppen und Vorträge über die Ziele der Gruppenbewegung. Dr. Gertrud Bäumer behandelte in einem Vortrage die Bedeutung der Jugendgruppen als Vorkurs für die Frauenbewegung. Charakteristisch für den Geist, in dem die jungen Mädchen zur sozialen Hilfsarbeit und zum Verständnis der sozialen Frage erzoogen werden, war ein Vortrag von Dr. Alice Salomon (veröffentlicht in der „Frau“, Maiheft). Die praktische soziale Arbeit wird von ihr als ein Heilmittel gegen den — Sozialismus empfohlen.

Der soziale Arbeiter . . . sieht ein, daß leidenschaftliche Angriffe gegen Besitz und gegen Vorteile der Geburt im Grunde noch Aecherungen einer falschen, übermäßigen Wertung äußerer Güter sind. Er erfährt, wie viel Glück und Liebe in bescheidensten Verhältnissen, bei 20 R. Wochenlohn, möglich sind. . . . Man kommt schließlich zu dem Glauben, daß nicht in Reichtum und Armut, sondern auf ganz anderen Gebieten die Schranken zu finden sind, die den Menschen vom Menschen trennen: auf dem Gebiet sozialen Empfindens und menschlicher Beziehungen. . . . So gelangt man von einer materialistischen zu einer vergeistigten, religiösen Anschauung der sozialen Frage.

Bei den Mädchen gar, die unter Anleitung die soziale Frage studieren, bildet sich leichter die „richtige“, extreme Ideenabgrenzung in Anschauung. So arbeiten die sozialen Jugendgruppen erzieherisch:

Man will den Mädchen durch ein allmähliches Eindringen in die sozialen Probleme Erschütterungen ersparen und verhüten, daß sie extreme Ideen aufnehmen oder entwickeln. . . . Die Mädchen erwerben meist eine Auffassung von der sozialen Frage, die es ihnen ermöglicht, ihren Ueberzeugungen entsprechend zu leben, ohne mit den bisherigen Gewohnheiten und Interessen ihrer Klasse, ihrer Familie zu brechen. Es geht eben bei ihnen viel leichter ohne Opposition gegen die Gesellschaftsordnung ab. Der Sozialismus ist für sie nicht ein Problem, mit dem man sich in Ringen und Kämpfen auseinandersetzt.

Selten ist von bürgerlicher Seite so offen ausgesprochen worden, daß die praktische soziale Arbeit ein Ventil für die Unruhe der sonst zum Sozialismus hinstrebenden Kräfte, ein Schuttmittel gegen wirklich durchgreifende soziale Bestrebungen bilden soll.

Frauenarbeit.

Eine Frau über Frauenarbeiten. Eine Fabrikarbeiterin in Oldham schreibt dem „Daily Citizen“: „Ungebuldig lege ich die Zeitung beiseite. Ich las die „Frauen-Seite“, und wie gewöhnlich erfüllt sie mich mit Kerger und Widerwillen. Es ist das alte Evangelium, das Woche für Woche von Duzenden Schriftstellern gepredigt wird: Arbeit und häusliche Künste, um Pfennige zu sparen. Ich hasse diese „Frauen-Seiten“ mit tiefem und unauslösllichem Haß. Ich hasse ihre billigen, kläglichen Notbehelfe und Ratsschläge, wie man sich neue Fesseln schmiedet oder die alten poliert. . . . Niemals ein Wort, wie man sie abstreift! Denn es sind Fesseln, diese Götzen des Haushalts, an deren Altar die Frauen ohne Unterlaß beten. Diese Anekdote zu Ausbesserungen, Häfeldecken und Nativschläge, wie man sich zu Tode arbeitet mit Weiden, Kleben und Putzen der Wohnung, fällen die Zeit aus, die der Frau zur Ruhe dienen sollte und nehmen die Mühe für wichtigere Geschäfte. Darum sind diese Frauenblätter ein ernstes Uebel. Sie suchen den Geist der Frau von weit größeren und edleren Idealen abzuziehen. Wenn die Frauen soziale Probleme studierten, dann würden sie fühlen, daß, wenn man eine bestimmte Anzahl Stunden in der Produktion oder der Hausarbeit verbracht hat — ich selbst arbeite 10 Stunden täglich in einer Baumwollfabrik — es eine Verleumdung ist, wenn man uns anweist, uns noch zu rühren, zu tragen und zu schaden, um ein paar Pfund zu sparen. Wir sollten das Geld haben, um den Ertrag des Fleißes anderer zu kaufen, indem jede Gruppe von der anderen erhalte, was für den Leiblichen und geistigen Bedarf nötig ist. Dann hätten wir Zeit zu Studium und Lebensfreude. Wir sehen nie Wälder für Männer, die ihnen erzählen, wie man eine Weste aus dem besten Stück der alten Hofe macht, oder eine hübsche Tabakspfeife aus einem Stück Wasserleitungsrohr und sonstigen Resten. Frauen, wachet auf! Was die Frauen brauchen, ist vor allem jemand, der ihnen deutlich und oft sagt, daß sie zu schwer arbeiten. Keine Arbeiterfrau sollte genötigt sein, selbst zu waschen, zu baden oder zu putzen. Es gibt technisch vollkommene Wäscherinnen und Wäckerinnen, wo diese Dinge, rascher, leichter und besser gemacht werden können. Es gibt unbeschäftigte Arbeiter, die gerne ihr Haus putzen würden. D, aber das ist Unsinns, wird sie sagen. „Ich habe nicht die Mittel, meine Arbeit auswärts tun zu lassen“. Aber warum nicht? Es gibt doch viele Frauen, die andere nicht nur für sich waschen und baden, sondern selbst für ihre Kinder sorgen lassen. Und nicht, weil sie anderes zu tun haben, sondern, um sich zu unterhalten, Denken an Besseres als an jämmerliche Ersparnisse! Statt stolz zu sein, mit so geringem Lohne wirtschaften zu können, empört euch, daß eure Männer in ihrer Manneskraft solch kläglichen Lohn verdienen.

Weibliche Schulpflege. Im Kanton Zürich ist vor kurzem vom Volke eine Gesetzbestimmung angenommen worden, die den Frauen die Wählbarkeit für die Schulbehörde einräumt. Am vergangenen Sonntag war den Bürgern zum erstenmal Gelegenheit gegeben, von ihrem neuen Rechte Gebrauch zu machen. Es fanden die Wahlen für die Zentralschulpflege und für die acht Kreisenschulpflegen Zürichs statt. In die Zentralschulpflege, die zehn Mandate zählt, ist eine Frau gewählt worden, eine Genossin. In die verschiedenen Kreisenschulpflegen, denen 127 Mitglieder angehören, sind 15 Frauen eingezogen. Darunter befinden sich zehn Genossinnen. Wie immer, so ist auch bei diesen Wahlen die Sozialdemokratie allein voll und ganz für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten.

Ein weiblicher Moral-Gerichtshof. Der Gouverneur O'Hara des nordamerikanischen Staates Illinois hat, wie wir in der „Zit. Ztg.“ lesen, ein Gesetz unterzeichnet, das einen „Moral-Gerichtshof“ einführt, in dem fünf Frauen als Richter sitzen sollen. Dieses neue Gericht hat die Aufgabe, junge Frauen und Mädchen, die in Vertrieben angestellt sind, gegen unmoralische Zumutungen ihrer Chefs oder Meister zu schützen. Der Gouverneur erklärt, eine Untersuchung habe ihm die Namen von über 200 Geschäftsleuten und Industriellen in Chicago bekannt gemacht, die für den „moralischen Fall“ zahlreicher junger Mädchen, die bei ihnen angestellt waren, verantwortlich seien. Die jungen Mädchen hätten bei dem alten Zustand der Dinge befürchtet, wenn sie Klagen führten, der Erpressung bezichtigt zu werden. Der neue Gerichtshof, der sich nur aus Frauen zusammensetzt, soll sich nur ihrer Klagen gründlich annehmen, die auf ihre Begründung hin untersuchen und die Arbeitgeber, die ihre Stellung mißbraucht haben, zur Verantwortung ziehen.

Frauenstimmrecht.

Norwegen. Der Verfassungsausschuß des norwegischen Storting hat einstimmig eine Vorlage beschlossen, die das allgemeine staatsbürgerliche Stimmrecht für die Frauen unter denselben Bedingungen wie für die Männer einführen soll. Die Anzahl der Wähler bei den politischen Wahlen wird dadurch um 225 000 erweitert. Die norwegischen Frauen besitzen schon seit dem Jahre 1907 das allgemeine Stimmrecht bei den Kommunalwahlen. Ein sozialistisches Mitglied des Verfassungsausschusses schlägt gleichzeitig vor, das Alter für die Verhängung des Stimmrechts auf das 21. statt des 23. Jahres festzusetzen.

Gegen die Suffragettes hat der Gesamtvorstand des Bundes Deutscher (bürgerlicher) Frauenvereine eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: „Die Frauen, die revolutionäre Kampfmittel anwenden, verleugnen nicht nur ihre eigene weibliche Natur, sie schaden auch im letzten Grunde den Interessen der Frauenbewegung selbst. Wenn die Forderung nach einem verstärkten Einfluß im Staat heute weite Kreise ergriffen hat, so sehen wir darin die Wirkung wirtschaftlicher Veränderungen und sozialer Umgestaltungen, deren unaufhaltsam wirkende Macht durch eine Gewaltpolitik nicht verhärtet werden kann. Der Zweck des Frauenstimmrechts, ob es für Gemeinde, Berufsvertretung oder Staat gefordert wird, besteht darin, daß die Frauen die aus ihrer wachsenden Berufstätigkeit hervorgehenden wirtschaftlichen Interessen vertreten und an den Kulturaufgaben verantwortlich mitarbeiten wollen, denen sie als Frauen und Mütter eine natürliche und lebendige Anteilnahme entgegenbringen. Diese doppelte Bedeutung hat in der Frauenbewegung der Gedanke des Frauenstimmrechts: bis heute gehabt, nicht aber den Sinn eines Kampfes mit dem Mann um die politische Herrschaft. . . . Durch die Nachahmung der von Männern angewandten revolutionären Gewaltmittel zerören sich die Frauen selbst die Möglichkeit, sich im öffentlichen Leben zu behaupten, zu fördern sie die ruhige Ueberzeugungskraft der sachlichen Notwendigkeit, die ihre Forderungen stützt, und geben ihrer Bewegung den Charakter eines ererbitterten und verhängnisvollen Kampfes der Geschlechter um die äußere Macht.“

Die Arbeiterin in der Gewerkschaft.

Die zweite Tertiilarbeiterinnenkonferenz für den Gau Schlesien wurde in Breslau am 20. April abgehalten. Die Vertreterin des Zentralverbandes Martha Hoppe gedachte in ihrer Begrüßungsrede, daß die vom Gau Schlesien ausgegangene Idee, besonders Arbeiterinnenkonferenzen einzuberufen, sich sehr bewährt habe. Auch die österreichische Bruderorganisation und die generischen Organisationen halten jetzt solche Tagungen ab. In einem Referat über Uebersichten und Wirkungen der gewerblichen Frauenarbeit behandelte Martha Hoppe das Uebel der Tertiilarbeiterinnen. Oft wird von Tertiilarbeiterinnen nur das verdient, was an Besengegeld für die Kinder gebraucht wird. Sind doch Wochenlöhne von drei Mark festgesetzt worden. Für den eigenen Unterhalt bleiben da nur noch ein paar Pfennig übrig. In Preußen wird die weibliche Arbeitskraft von den Textilindustriellen am rücksichtslosesten ausgebeutet. Dort sind die meisten Fälle zu verzeichnen, in denen Ueberstunden verlangt werden und in denen gegen die Schutzbestimmungen für Wöchnerinnen verstoßen wird. Die Säuglingssterblichkeit steht daher in Schlesien auch weit über dem Durchschnitt Preußens. — In der Diskussion wurden Erfahrungen über die letzten drei Jahre (seit der ersten Konferenz) ausgetauscht und mancherlei Anregungen gegeben. Wie der Geburtsrückgang von dem Bürgertum gefördert wird, lehrte folgende Mitteilung: Bei einer Lohnbewegung in einem Orte bei Götting wurde einer Mutter, die ihre Kinder ins Kinderheim schickte, höhnisch eröffnet, sie solle ihre Kinder nach Hause nehmen und ins sozialdemokratische Kinderheim schicken. Die Sozialdemokraten setzten nur Kinder in die Welt und die besitzenden Klassen müßten für den Unterhalt sorgen! In Sagan werden vorzugsweise Ausländer beschäftigt, weil man diese sofort über die Grenze abziehen könnte, falls sie höheren Lohn verlangten. In einem zweiten Referat trat Anjorge-Friedland für die Forderung des freien Sonnabendnachmittags ein. Da die Tagung nach dem Urteil aller Anwesenden für die Ausbreitung der Arbeiterinnen wesentliche Dienste geleistet hat, wurde der Beschluß gefaßt, solche Konferenzen künftig alle zwei Jahre abzuhalten.

Literarisches.

Archiv für Frauenarbeit. Im Auftrage des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte e. V. herausgegeben von Dr. J. Silbermann (jährlich 4 Hefte, Preis 8 M., Einzelheft 2,50 M.). Die neue Zeitschrift will, ohne jede Parteifarbenheit ein einwandfreies, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhendes Bild von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der arbeitenden Frauen sowie von den Entwicklungsbedingungen der Frauenarbeit in Deutschland geben. Im ersten bisher erschienenen Heft berichtet Dr. Purpus über Geschichte und gegenwärtigen Stand der handwerklichen Ausbildung der Frau, Charlotte Reichel über die wirtschaftliche Lage der Krankenschwestern. Kürzere Nachrichten über Berufsberatung, Berufsbildung, Lohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und ausführliche Vuchbesprechungen bilden den weiteren Inhalt des Heftes.

Die Schule.

Jungen in Großmutter's Gärten. Süßlich paarweis zwischen dem Beetern Geln sie gedrückt. Wehe dem, der gar den Zaun übersteigt! Einmal erklimm ein Kühner den Apfelbaum, weiter zu schauen — Fast brach der Arme das Gabel, so hat die Alte gefeilt.

Gehorsam.

Eine Jugend vor allem preist ihn so oft, dem Gehorsam? Dieblich ist sie dem Knecht, nämlich dem, der Befehlt.

Aus aller Welt.

Die abgelehnte Belohnung.

Die belgische Regierung hatte dem Chef der Pariser Polizei Seville eine Belohnung von 15000 Fr. für die Festnahme des belgischen Deserteurs Wilmaert zugesandt. Der Polizeichef sandte diesen Betrag der belgischen Regierung mit dem Bemerkens wert, daß die Polizei sowohl in dieser Angelegenheit als auch in jeder anderen nur ihre Pflicht getan und diese auch weiterhin tun werde.

In Deutschland haben wir es zu wiederholten Malen erleben müssen, daß Unternehmern der Polizei für ihre Hilfe bei Streifen Gratifikationen übermittelten. Die wurden natürlich — nicht zurückgeschickt.

Schwerer Unfall bei der Kriegsmarine.

Die deutsche Kriegsflotte ist am Dienstagabend von einem bedauerlichen Unglücksfall betroffen worden. Bei Hörnum kenterte das Weiboot des Torpedobootes G. 89. Die in dem Boot befindlichen drei Personen, der Kapitänleutnant v. Jaszow und die Torpedobormatrosen Dorn und Gehardt, sind ertrunken. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Leichen der Verunglückten zu bergen.

Die Suffragetten.

Die Erregung der Suffragetten hat durch die Ablehnung der Frauenwahlrechtsvorlage im Unterhaus neue Nahrung erhalten. Der Zorn über das reaktionäre Verhalten der Unterhausmitglieder macht sich bei den englischen Frauenrechtlerinnen in Bombenanschlägen und Brandstiftungen Luft. In der Nachbarschaft der St. Pauls-Kathedrale und in dem Bureau der Zeitung „Daily News“ wurden Mittwochmorgen Bomben entdeckt. Ferner ist ein Erisepavillon durch Feuer zerstört worden. Man schreibt die Schuld Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zu. Auch in der St. Pauls-Kathedrale selbst und zwar unter dem Stuhl des Bischofs, wurde Mittwoch früh eine Bombe gefunden. Sie wurde sofort in Wasser getaucht und dann der Polizei übergeben.

Die in der St. Pauls-Kathedrale gefundene Bombe war mit Dynamit gefüllt. Ein Fehler in der Mechanik hat die Explosion in der Kathedrale verhindert. Die Behörden sind der Meinung, daß offenbar beabsichtigt war, daß die Bombe in der Nacht explodieren sollte, während das Gebäude leer war. Die in den Geschäftsräumen der „Daily News“ gefundene Bombe war leer.

Der traumwandelnde Bürgermeister.

Das Dunkel, das über dem spurlosen Verschwinden des Bürgermeisters Trömel aus Lisdöm lagert, beginnt sich zu lichten. Von Verwandten des Verschwindenen ist an den Magistrat zu Lisdöm die Nachricht gelangt, daß Trömel in die französische Fremdenlegation in Algier eingetreten sei und sich auf fünf Jahre verpflichtet habe. Wie er dazu gekommen sei, könne er nicht angeben.

Wie erinnerlich ist, hatte sich Trömel schon früher einmal ohne irgendwelche Gründe auf die Reise begeben und erst nach einiger Zeit tauchte er wieder auf. Da seine amtlichen Geschäfte sich in vollster Ordnung befanden, konnte er sein Amt wieder aufnehmen, um jetzt von neuem planlos in die Welt zu gehen.

Wem gehören die Liebesbriefe der Ehefrau?

Diese interessante Frage bildete jüngst den Gegenstand eines Prozesses, den eine Frau Brandenburg in Atlantic City, New Jersey, gegen ihren Mann angestrengt hatte. Die Liebesbriefe, um die es sich dabei handelte, waren an die Ehefrau gerichtet, aber nicht von ihrem Mann, sondern von anderen Verehrern, vielleicht vor der Verheiratung. 99 Liebesbriefe waren der Streitgegenstand. Herr Brandenburg hatte sie eines Tages unter den Gegenständen seiner Frau entdeckt, sie an sich genommen und seine bessere Hälfte von dieser Tatsache geizig in Kenntnis gesetzt. Der Erfolg war, daß sie sofort zum Kabi lief und die Herausgabe ihrer Liebesbriefe verlangte. Sie behauptete vor Gericht, die Absicht ihres Mannes sei, sie durch das Lesen der Briefe und vielleicht spätere Anspielungen zu ärgern und sie gewissermaßen ganz in seine Hand zu bekommen. Der Richter gab in seinem Urteil der klagenden Ehefrau voll-

ständig recht: Herr Brandenburg muß die Liebesbriefe seiner Frau wiedergeben; außerdem hat er ihr eine Entschädigung von 200 M. zu bezahlen und muß die Kosten des Prozesses tragen. Das in den Liebesbriefen steht, ist durch die Verhandlung nicht bekannt geworden; man erfährt nur, daß einige die Anrede „Dear“ (Liebe), andere die „Dearest“ (Liebste) tragen; unterzeichnet sind die Briefe mit Buchstabenabkürzungen oder Vornamen, jedoch scheint es sich um drei verschiedene Absender zu handeln. Da es Briefe persönlicher Natur seien, so erklärte der Richter, sei Vorlesen vor Gericht unnötig. Man sieht hieraus: es gibt noch Richter — in Amerika.

Kleine Notizen.

Liebesdrama in Frankfurt a. M. Am Dienstagmorgen wurde in einem Hause der Moselstraße in Frankfurt ein junger Mann, der dort seit Freitag voriger Woche logierte, in seinem Zimmer erlöchen aufgefunden. Neben ihm lag ebenfalls tot ein Mädchen mit zwei Schußwunden in der Herzgegend. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Diplomingenieur Ernst Hagen aus Kassel. Der Name des Mädchens ist noch unbekannt.

Schwerer Grubenunfall im Ruhrgebiet. Bei Dablfhausen wurden Mittwochmorgen auf der Zeche Altdorf drei Bergleute beim Verhauen durch herabstürzende Gesteinsmassen erschlagen. Zwei der Verunglückten wurden getötet, der dritte wurde schwer verletzt.

Russische Klosterfritten. In dem Kloster bei Zefatorinoder verfuhrte der Abt Ignatius bei einem Festgelage der Mönche der Trunksucht seiner Klosterbrüder Einhalt zu tun. Dabei kam er natürlich an die falsche Adresse; er wurde von einem der besoffenen Mönche erschossen. Drei Mönche wurden wegen der Vorgänge verhaftet.

Unfall bei schweizerischen Militärübungen. Auf einem Übungsmarsch, den eine Rekrutenabteilung von Luzern aus über Nidwald auf den Rigi unternahm, gerieten infolge des Schneesturmes zwei Rekruten auf einen falschen Weg und stürzten von einer Felswand. Einer war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt. Mehrere Rekruten mit schwerer Bedienung werden vermisst.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **August Dalg** gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße, aus statt. 213/13 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 5. Mai verstarb unser Genosse, der **Hermann Kuckenburg**.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gelsenwäp-Kirchhofes in Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 227/12 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Fritz Falk** am 5. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sülzen-Kirchhofes in Westend, Neuer Fürstendammweg, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Julius Liedtke** am 5. Mai im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Marzell Lipinski** am 5. Mai an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Sgl. Charité, Alexanderufer, aus auf dem alten Sülzen-Kirchhof, Berliner Straße 26, statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 117/17

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Julius Liedtke** am 5. Mai im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudamm, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-3. 5-7, Sonntags 10-12.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin Bezirk 16. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Julius Liedtke** gestorben ist.

Die Beerdigung findet am 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 258/3

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Karl Böhm** sagen wir allen, besonders dem Zentralverband der Arbeiter, dem Hauptvorstand, Sparsverein Kollegia sowie der Hauskapelle **Gabertus** unseren innigsten Dank. 783 5 Lina Böhm u. Sohn.

Segelklub „Fraternitas“ e. V. Nachruf.

Hiermit erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, allen Mitgliedern von dem Ableben unseres lieben Sportgenossen **Franz Brandt** Kenntnis zu geben.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. G. A. Der Vorstand.

Bad Reinerz Dr. Stern.

Wanderkarten und Bücher, Reisebücher hält stets am Lager. Buchhandlung Bonhardt, Lindenstraße 61.

Verband d. Gemeinde-u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unserem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Gottlieb Gänge** welcher im Betriebe der Kanalisation (Bauverwaltung) beschäftigt war, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die überaus aufrichtige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, Sohnes, Schwagers, Onkels und Schwagerbruders **Franz Brandt** sage allen Bekannten und Freunden, dem Segelverein „Gangeslust“, dem Segelklub „Fraternitas“, der „Freien Vereinigung der Tourensegler“, den Sportfreunden aus der Baumgartenstraße und Freunden und Genossen aus der Stralauer Allee meinen tiefgefühltesten Dank. Frau **Wwe. Martha Brandt** geb. Koelle, Grünau i. B., Röhrender Straße 28.

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Mann, dem **Wilh. Hermann** am Sonntag, den 4. Mai, die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank.

Luise Hermann geb. Dreuss. Niederlehme, den 6. Mai 1918.

Albessinier-Pumpen

zum Selbststellen für Gartenbesitzer u. Landbesitzer, Kolonisten von 8 M. an. Fließpumpen, Gartenspritzen, Sitter, Röhren, Schläuche usw. billig. Erdbohrer leihweise. **Karl Köchlin & Co.** Berlin SW., Mpl. 1676, Alte Jakobstr. 20/22

Heines Werke

3 Bände 4 Mark. Buchhandlung Vorwärts

Neu eröffnet. Philipps Steh-Bierhalle und Hackepeter

am Ausgang Bahnhof Frankfurter Allee. Mittagstisch mit Bier 80 Pf. Sonntags von 12-2 Uhr. — Königl. 10872

1 M.
wöchentl. Teilzahlung
liefern elegant

Herren-Moden

Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadelloser Sitz



J. Kurzberg, Mass-Schneiderei

Nur:
Im Zentrum: Rosenhafer Str. 36
Im Osten: Frankfurter Allee 104
Im Norden: Reinickendorfer Str. 4

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
vis-a-vis der Karlstraße.

Touristen-Anzüge

Mit und ohne Falten. Mit langer oder kurzer Hose. Neue Farben. Praktische Loden und andere moderne Stoffe
18.- 21.- 24.- 27.-
30.- 36.- 40.- 45.-



Touristen-Joppen und Hosen
Radfahrer-Anzüge
Kletter-Hosen, Regen-Kleidung, Oeltuch-Kleidung
Bozener Mäntel, Lodenhüte
Reise- und Sport-Hemden
Rucksäcke, Bergstöcke
Gamaschen, Sweater
Stutzen, Strümpfe
Turner-Kleidung und Hüte
Kleidung für Wasser- und für Rasen-Sport

Loden-Pelerinen für Herren und Damen von M. 7.50 an
für Knaben und Mädchen von M. 4.50 an

Gummi-Mäntel für Herren und Damen — erstklassige Fabrikate zu enorm billigen Preisen.

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gogr. 1891. Schöneberg, Hauptstr. 10
Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Similseide in den Farben 5²⁵ bis 21⁰⁰
Seldons. bord. 6⁰⁰ bis 27⁰⁰
Wollatlas blau, oliv
Daumendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
Puppensteppdecken ... 35 Pf.
Schlafdecken ... 2⁵⁰ bis 36⁰⁰
1 Partie graue Schnittdecken ... 1³⁵
Nach auswärtig per Nachnahme.
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. fr.

Spezialarzt
f. Haut, Garm., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Ehrlich Gata - Kuren in
u. Co. fons.
Dr. Homeyer
Blut-
untersuchung, Säden i. Garm.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Garmotikum.
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Gonorrhoe mäßig, auch Teilzahl.
Separated Damenzimmer.

JUNO



Wo? in der herrliche Naturgarten an der Nordbahn?
Nur im Gasthaus Kurfürstinbrunnen,
Bergsdorf v. Bienenweber bei M. Meißner.



Pakete zu 10, 20 und 25 Pfennig.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 8. Mai 1918.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Das Rhein-
gold.
Königl. Schauspielhaus. Der große
König.
Königgrätzer Straße. Brand.

Urania. Die Nordsee-Insel. Spät.
Lefing. Gelehrter.
Schiller O. Geographie und Liebe.
Schiller, Charlottenburg. Klein
Dorrit.

Deutsches. Der lebende Leinwand.
Nimmerwieder. Der Arzt am
Schlehdamm.
Theater des Westens. Blauer
Blut.

Montis Operetten-Theater. Der Zigeuner-
primas.
Deutsches Schauspielhaus. Der
König.
Berliner. Hünzler.
Reines. Professor Bernhardt.

Deutsches Opernhaus. Rortbe.
Komödienhaus. Hochverheiratete
Schwestern.
Metropol. Die Aino-Admiga.
Frianon. Madame X.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luffen. Die jährlichen Verwandten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Rosenkranzplatz.
Etrage nach Nizza.
Friede. Pith. Schauspielhaus.
Das Farmerwunder.

Luffelhaus. Melodie.
Nole. Napoleon Bonaparte und
seine Frauen.
Solles Caprice. Die Bank. Sein
lehter Wille. Der Komde.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisbahn. Gibt in
St. Moritz.

Sternwarte. Invalidentz. 57-42
Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. - Elga.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr:
Brand.

Theater am Kollendorplatz
Bei Sommerp. 1891. abends 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonntag, 11. Mai ab. nachm. 3 1/2 Uhr:
A. Hoff. der Opernschule d. Sternwarte
Konfektatoriums.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ernst sein 1141.
Sommerp. 1891. abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Sbb. 4. 1. R.: Der lachende Ehemann.

Residenz-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwarz in 3 Akten v. R. Hennequin
und G. Beker.

Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater des Westens.
8 Uhr (Vollständliche Dreizehner):
Wiener Blut.

26 Sonntag: Der Vogelhändler.
Sonnt. u. Mont., nachm. 3 1/2 Uhr:
Der liebe Augustin.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Alfred Döblin:
Napoleon Bonaparte und
seine Frauen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panoptikum
Jon Got
der akrobatische
Schlafwandler!
Der Mann mit der
eisernen Hand!
Aga, die schwabende
Jungfrau!
Alles lebend!
Alle ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Paul Freund
und G. Montowé.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Korbelt
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Admiralspalast
Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank. •
• Sein letzter Wille. •
• Der Cowboy. •
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnt. 11-2 Uhr.

Boigt-Theater.
Badstraße 38.
Keine Vorstellung.
Beginn der Sommeraktion:
Sonntag, den 11. Mai, nachm. 4 Uhr:
(1. Pfingstfeiertag)
Auf nach Amerika
u. d. große Spezialitätenprogr.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernsprecher
Königt. 2062.
Pfingst-Extrazug ab: Waisenbrücke
An allen drei **Zeupis (Cornows Idyll)** abf. 1. u. 2. Feiert.
Feiertagen nach 7 1/2 u. 8. Feiert. 8 Uhr.
Hin und zurück 2,00 Mk. - Außerdem:
Am 1. Feiertag:
Promenadenfahrt u. d. Lungen See. Abf. 6 Uhr früh, hin u. zur. 50 Pf.
Nach Krampenburg (Roterboot). Abf. 9 Uhr vorm. hin und zurück
Nach Neue Mühle. Abfahrt 10 Uhr vormittags 1,00 Mk.
Am 2. Feiertag:
Nach Krampenburg - Neue Mühle. Abf. 7 1/2 u. 9 Uhr
Nach Krampenburg - Siegenhals. Abf. 8 u. 9 Uhr
Nach Wolterdörfer Schleuse. Abf. 8 u. 9 Uhr
Nach Krampenburg (Roterboot). Abfahrt 10 Uhr
Nach Jernsdorf. Abfahrt 9 Uhr, hin und zurück 1,10 Mk.
Am 3. Feiertag:
Nach Krampenburg - Siegenhals. Abf. 8 1/2 u. 9 Uhr
Nach Neue Mühle. Abfahrt 10 Uhr
Nach Krampenburg (Roterboot). Abfahrt 11 Uhr
Nach Wolterdörfer Schleuse. Abfahrt 2 Uhr
Nach Jernsdorf. Abfahrt 9 Uhr, hin und zurück 60 Pf.
Don Café Alton (Südel. Tor) 10 1/2, je 1/2 Stunde später. Fahrtscheine
sind auch im Vorverkauf im Kontor N. d. Eisenauerstraße 43 zu haben.

Brauerei Friedrichshain
Am Königst. Ccl.: Ernst Liebing.
Ab Pfingsten: Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.
Freitag: Frei-Konzert.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Café
Größenwahn“
Burleske
von Hoyast.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 8 Uhr: Der seltsame Teufel.

LUNA PARK
Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!
Saisonkarten alle Tage
gültig 3 Mark.

BERLINER
Humor-Quartett
Walter Wutsky
N. 58, Oderberger Straße No. 36.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
4 Gr. Frühkonzerte:
Sonntag, den 11. Mai (1. Pfingstfeiertag):
im Lokal Ludwig, Treptow, am Treptower Park
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liberté“.
in Mentos Volksgarten (w. Schröter) Lichtenberg, Röderstr. 28/29
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Lichtenberger Männerchor“ und von
Spezialitäten.
Montag, den 12. Mai (2. Pfingstfeiertag):
in der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Männerchor Ost“,
und im Elysium, Landsberger Allee 40
unter Mitwirkung von Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. 213/12* Billett 20 Pfennig.
In allen Lokalen steht den Damen die Kaffeeküche zur Verfügung.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der König.
(Harry Walden: Ulla Galmröb.)
Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Nordsee-Insel Sylt.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei
Schalterbussen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Café
Größenwahn“
Burleske
von Hoyast.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 8 Uhr: Der seltsame Teufel.

LUNA PARK
Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!
Saisonkarten alle Tage
gültig 3 Mark.

BERLINER
Humor-Quartett
Walter Wutsky
N. 58, Oderberger Straße No. 36.

UT
Licht-Spiele
Moritzplatz
Hasenheide
Heute
zum letzten Male:
Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Café
Größenwahn“
Burleske
von Hoyast.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 8 Uhr: Der seltsame Teufel.

LUNA PARK
Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!
Saisonkarten alle Tage
gültig 3 Mark.

BERLINER
Humor-Quartett
Walter Wutsky
N. 58, Oderberger Straße No. 36.

UT
Licht-Spiele
Moritzplatz
Hasenheide
Heute
zum letzten Male:
Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Quo vadis?
Alexanderplatz
Unter den Linden
Asta Nielsen
in dem Schauspiel
„In dem großen
Augenblick“
von
Urban Gad

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Am Donnerstag, den 8. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Festsaal, Sebastiansstraße 39:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über Volkspflege, Referent Kollege Wöckel. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 9. Mai 1913, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1913.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag in Stuttgart.
3. Beratung der Anträge zum Verbandstag. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich 7 1/2 Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Der Pfingstfeiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:
Sonnabend, den 10. Mai, nachmittags.
Montag, den 12. Mai, den ganzen Tag.
Dienstag, den 13. Mai, nachmittags,
an diesem Tage bleibt der Arbeitsnachweis den ganzen Tag geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Die Bureaus und Arbeitsnachweise sind der Feiertage wegen geschlossen: am Sonnabend, den 10. Mai, nachmittags; am Montag, den 12. Mai, und am Dienstag, den 13. Mai, den ganzen Tag.
Wegen der Landtagswahl sind die Bureaus und der Arbeitsnachweis des Verbandes, Engelauer 14, am Freitag, den 16. Mai, geschlossen.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Arbeitslose Kollegen, deren Unterstützung am Sonnabend, den 10. Mai, und Montag, den 12. Mai, fällig ist, geben am Freitag, den 9. Mai, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte im Arbeitsnachweis ab und erhalten am Sonnabend, den 10. Mai, vormittags, in der für Sonnabend festgesetzten Reihenfolge Geld. Die Unterstützung, welche am Dienstag, den 13. Mai, fällig ist, wird am Mittwoch, den 14. Mai, mit ausgezahlt.

Die Kassierung der Beiträge erfolgt am Sonnabend, den 10. Mai, in allen Zahlstellen von 6 bis 8 Uhr abends.

Einseher.

Die Bezirksversammlungen finden heute Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß das Verbandsbureau am Pfingstsonntag nur von 9-1 Uhr vormittags geöffnet ist. Die am Montag, den 12. Mai, und am Dienstag, den 13. Mai, fällige Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird am Sonnabend vor Pfingsten zur Auszahlung gebracht.
An den drei Feiertagen, sowie am Tage der Landtagswahl bleibt das Bureau gänzlich geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Schmidt, Adestr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbisch. 14.
O. H. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppens-
straße 82. H. Wengels, Or. Frankfurter Str. 120.
NO. V. Juch, Jannaustraße 12. J. Reul, Sarninstraße 42.
N. W. Baumann, Weinsberger Str. 67. G. Fischer, Salsb. 6.
Karl Watz, Grefenb. 22. A. Hönisch, Salsb. 31a.
G. Vogel, Lohringstr. 37. H. Ties, Invalidentr. 124.
V. Dechant, Rubelplatz 24.
NW. Salomon Joseph, Salzweidenerstr. 8.
SW. G. Werner, Oranienstr. 72. Tachn, Vogelberger Str. 27.
S. St. Fris, Brinzenstr. 31. G. Schumann, Rottb. 8.
SO. Paul Böhm, Lantzer Weg 14/15. V. Gorich, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. G. Hornig, Röntgenstr. 13. I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Rantstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schwarzberg, Seidenb. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Röpender Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Carlstr. 6.
Karlshorst. Richard Rüter, Adelsstr. 9. II.
Köpenick. Emil Wichter, Riederstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Bartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Haruh, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Joppe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmshofstr. 17. Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Rühlstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurisch, Brodowitzer 56. Laden.
Neukölln. W. Heinrich, Redaerstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
C. Mohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. H. Noienfranz, Alt-Borsig 56.
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Ramin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Seidenb. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wiesenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Rühlstr. 413. Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Wils-Immsau 27.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Heute Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:

Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 1. Quartal 1913.
2. Die Verschmelzungsfrage und Stellungnahme zu dem Statutenentwurf für den Acemarbeiter-Verband und den hierzu in den Bezirken gestellten Anträgen.
Referent: Genosse Emil Girbig, 1. Vorsitzender des Glasarbeiter-Verbandes.
3. Diskussion über die in den Bezirken aufgestellten Kandidaten zur 10. Generalversammlung in Leipzig.
4. Verschiedenes.
Da Genosse Sollmann durch Tarifverhandlungen verhindert ist, das Referat zur Verschmelzungsfrage zu übernehmen, tritt an dessen Stelle Genosse Girbig.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und da auch über die Tarifverhandlungen berichtet wird, darf kein Kollege fehlen.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Stadt Berlin-Schöneberg.

Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, den 19. Mai 1913, abends 7 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 144.
Falls die Erledigung der Tagesordnung nicht möglich ist, findet ebenfalls am darauffolgenden Tage, Dienstag, den 20. Mai um 7 1/2 Uhr eine zweite außerordentliche Generalversammlung statt. 271/18

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlussfassung über:
a) die neuen Satzungen der Kasse,
b) die Wahlordnung,
c) die Krankenordnung.
2. Änderung des Pensionsregulativs der Angestellten.
3. Verschiedenes.
Berlin-Schöneberg, den 7. Mai 1913.
Der Vorstand.
Krusow, Vorsitzender.
Zbielski, Schriftführer.

Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.

Gemäß der Bestimmungen der §§ 48/49 des Kassenstatuts laden wir die Vertreter der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer zur ersten diesjährigen

Ordentlichen Generalversammlung

auf Donnerstag, 15. Mai 1913, abends 7 Uhr, im „Palast“, Stadtkönigsbogen 110, ergebenst ein.
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.
2. Revisionsberichterstattung.
3. Abgemeldet.
J. U. Gustav Rose, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

Oertliche Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlung.

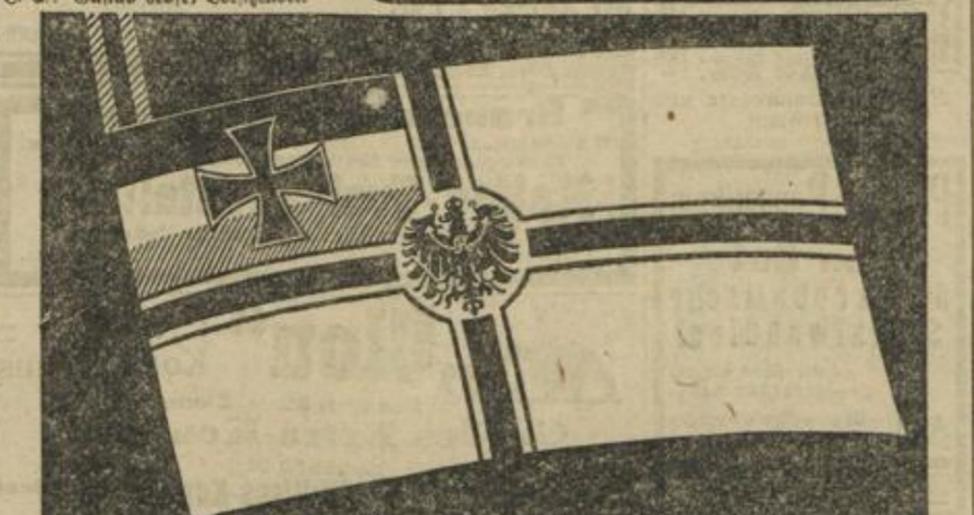
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wahl eines Kassierers für den 6. Bezirk.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
J. U. H. Schröder, Tüfiter Str. 7.

Kapitän-Kautabak

Nur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der gute Ruf, den er untreulich besitzt. Machen Sie einen Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von seiner Güte überzeugt sein.
Vertaufsstellen, wo auch die K. Kautabakdosen gratis verabfolgt werden, weißt gern nach:
C. Röcker, Berlin, Grünbergweg 119 (Königl. 3861).

Der gutsitzende Anzug

macht den Gentleman. Neue und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ulster, Paletots, Bekleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus feinsten Materialien angefertigt (auch auf Seide) für jede Figur (auch den stärksten Herrn) passend am Lager. Anschaffungs-wert bis M. 120 — zu folgenden billigen Preisen:
Jackett-Anzüge M. 9.— 12.— 16.— 20.— etc. bis zu d. teuersten
Rock-Anzüge . 12.— 16.— 20.— 24.—
Gehrock-Anzüge . 18.— 22.— 27.— 32.—
Herren-Ulster . 10.— 16.— 18.— 22.—
Sommer-Paletots . 6.— 8.— 12.— 14.—
Hosen . 2.— 3.— 4.— 6.—
Jünglings-Anzüge . 7.— 10.— 14.— 18.—
Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verliehen.
Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Straße 116
an der Andreasstraße



Unsere Marine

2 Pfg. Cigarette.

Georg A. Jasmałzi A.G.

größte deutsche Cigarettenfabrik
Dresden.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstr. 69 (Laden).

Sozialdemokratische Flugschriften

Heft 1: (vergriffen.)
Heft 2: Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie.
Heft 3: Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.
Heft 4: Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie u. Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt u. Landwirtschaft.
Heft 5: Die Sozialdemokratie und das Meer.
Heft 6: Lebensmittelwucher u. Warenteuerung.
Heft 7: Beamtenschaft und Sozialdemokratie.
Heft 8: Die indirekten Steuern und Zölle. Wer sie zahlt und wem sie nützen.
Heft 9: Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?
Heft 10: Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin.
Heft 11: Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie.
Heft 12: Imperialismus und Sozialismus?
Heft 13: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht.
Heft 14: Die Gravel des Krieges.
Heft 15: Krieg dem Kriege.
Heft 16: Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstage.
Heft 17: Weckruf zur Frauenwahl.
Heft 18: Das Wahlrecht und die Parteien.
Heft 19: Dichtung und Wahrheit über 1813.
Preis für jedes Heft 10 Pf.

Keine Pillolen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß!
Garantie für tadellosen Sitz.
Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160!
zwischen Meritz- u. Oranienplatz.
Bitte genau auf Straßennummer zu achten.

Griehens Reiseführer

Bayerisches Hochland (Salzburg, Salzkammergut)	M. 1,50
kleine Ausgabe	3,—
große Ausgabe	3,—
Buckow und Umgebung	—,60
Dresden u. Sachs. Schweiz	2,—
Erzgebirge	2,—
Froienwalde u. Eberswalde	—,60
Harz (kleine Ausgabe)	1,30
(große Ausgabe)	2,50
Mecklenburg	1,50
Nordseeabäder	2,—
Oberspre	—,50
Ostseeabäder	2,—
Potsdam und Umgebung	—,50
Rheinreise	1,50
Riesengebirge (kl. Ausg.)	1,30
(gr. Ausg.)	2,50
Rügen	1,50
Sächsische Schweiz	1,—
Schwarzwald (kl. Ausgabe)	1,30
(gr. Ausgabe)	2,50
Spreewald	—,60
Thüringen	2,50
Thüringer Wald	1,30
Tirol (große Ausgabe)	3,—
(kleine Ausgabe)	1,50
und andere.	

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Zur Landtagswahl.

Die am 16. Mai stattfindenden Wahlmännervahlen erfordern angeichts des elenden Dreiklassenwahlrechts besonders in Groß-Berlin mit seiner starken Arbeiterbevölkerung doppelte Kraftanstrengung aller Parteigenossen.

Wähler, die am 1. April verzogen sind.

wählen in dem Bezirk, in dem sie bis zum 1. April gewohnt haben. Auf diese verzogenen Wähler kommt es am 16. Mai in verschiedenen Berliner Bezirken vornehmlich an.

In den Vorortkreisen haben die Wählerlisten erst Mitte April ausgeliegen. Die aus diesen Orten Verzogenen sind infolgedessen vielfach ihres Wahlrechts verlustig gegangen.

Im dritten Landtagswahlbezirk stellte sich der freisinnige Rektor Kopsch am Montag im Deutschen Hof in einer liberalen Urwählerversammlung vor.

Im siebenten Landtagswahlbezirk

sind die Freisinnigen emsig an der Arbeit. In einer am Montagabend in der Nieder-Bräuerlei, Frankfurter Allee, abgehaltenen freisinnigen Wählerversammlung wurde von dem Vorsitzenden erklärt, der Kreis könne für die Liberalen keineswegs als verloren gelten.

Siebenter Landtagswahlkreis.

Am Freitag, den 9. Mai cr., abends 9 Uhr, findet im Elshum, Landsberger Allee 40/41, eine Sitzung des Wahlkomitees mit Abteilungsleitern, Bezirksführern und Wahlleitern der Urwahlbezirke des siebenten Landtagswahlbezirks statt.

Im 12. Landtagswahlbezirk

fand am Montag eine Versammlung für die konservativ-kandidatur Ulrich in der Pagenhofer Bräuerlei statt. In dieser Versammlung wurden nicht weniger als drei Referate gehalten.

wesend waren, die den hier produzierten Unsinns selber einmal anhören wollten.

Sie halten es für geratener, wenn unsere Genossen diese Gegner unter sich lassen. Beschimpfungen unserer Partei anzuhören und den Gegnern der Saal zu füllen, damit dieselben noch von einem ungewöhnlichen Erfolg fasziniert werden, dazu sollten unsere Genossen sich zu gut halten.

Der Landespolizeibezirk Berlin in der Gewerbeaufsicht.

Wenn die Aufsichtsbeamten im Landespolizeibezirk nicht zu recht schauten, dann gehören die Arbeiter in Groß-Berlin zu den verhältnismäßig wenigsten in Preußen, die im vergangenen Jahre ihre wirtschaftliche Lage wenigstens etwas verbessern konnten.

Table with 3 columns: Altersklasse, Beschäftigte, Bevölkerung. Rows range from 'über 14 bis 16 Jahre' to '60 Jahre'.

Die Aufstellung ist nach zweifacher Richtung interessant. Einmal zeigt sie, daß Berlin einen Zuwachs von Arbeitern in den rüstigsten Jahren braucht, um seinen Bedarf an bezugsfähigen Ausbeutungsobjekten zu decken.

Table with 2 columns: Category, Value. Rows include 'Gesamtbewölkerung', 'aller erfassten Arbeiter in Groß-Berlin', etc.

Mögen einige andere Umstände mitsprechen, auch die Beamten geben zu, daß von entscheidendem Einfluß auf das Durchschnittsalter einer Berufsgruppe und der Anteil der älteren Jahrgänge darin der Verbrauch der Körperkräfte ist.

Wie die Beamten bei der Berichterstattung über Sonntagserbeiten betonen, wird von den Unternehmern bei den Gesuchen um Bewilligung von Sonntagsarbeit vielfach behauptet, die Arbeiter wünschten Sonntagsarbeit anstelle von Ueberarbeit in der Woche.

Unternehmer vor den Aufsichtsbeamten ist nirgends groß. Eine verhältnismäßig schwere Strafe traf einen Unternehmer, der sich gegen seine Arbeiterinnen unbillige Handlungen hatte zuschulden kommen lassen.

Als eine Frucht gesteigerter Tätigkeit für die Arbeiter konstatieren die Beamten eine Zunahme der Unfälle um 10 Proz. auf insgesamt 20 014. Dabei stieg die Zahl der schweren Unfälle um 80 Proz. Gelagert wird über die Unvorsichtigkeit, besonders von Arbeiterinnen in Stanzereien, wodurch viele Unfälle zu vermeiden seien.

Unter den von den verschiedensten Seiten getroffenen Maßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelpreise wird die Tätigkeit der Konsumvereine als Mittel, der Preissteigerung vorzubeugen, besonders betont.

Lobend erwähnt der Bericht die Tätigkeit des Wohnungsamtes in Charlottenburg. 5561 Befestigungen führten zu Beanstandungen in 65 Proz. aller Häuser und 35 Proz. aller Altbauwohnungen.

Verfammlungen.

Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Das vergangene Quartal war nach den Ausführungen des Vorsitzenden Hodap ein sehr arbeitsreiches.

Unter Verbandsangelegenheiten ersuchte Schuldt um rege Unterstützung der kommenden „Volkshilfe“. Tando wünschte beschleunigte Ernennung eines Bildungsausschusses, welchem Wünsche man auch im Prinzip zustimmt.

Advertisement for Gebr. Lewandowski Corsets. Features illustrations of women in corsets and text: '56 eigene Spezial-Corsetgeschäfte in allen Stadtteilen Berlins und im Deutschen Reiche. Corsets Neueste Modelle fürs Frühjahr: Thekla M. 2.90, Molly M. 4.75, Komet M. 6.75, Grazia M. 8.75'.

Schuhputz

SERVUS

das Beste



mit Dosenöffner.

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.

Fabrik Chemische Werke Lubzynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Phänomen

Qualitäts Cigarette



KON/LINCOLN

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke
Ulster, Gehrockanzüge, Smoking's,
Fracks auf Seide

30-70 M.

Versandhaus „Germania“
21 Unter den Linden 21

Franz.-engl.-ital.-deutsche Zeitungen
f. (sprachl. Fortbild. Befert. Probe gratis
E. Käthe, Baum-De-Fonds-81 (Schweiz)

Dr. R. Friedeberg
(früher Berlin) 86/16
praktiziert wieder
Bad Kudowa.

Knaben-Stoffanzüge
Knaben-Wafanzüge
am preiswertesten
direkt in der Fabrik!
Berta Pröstel
50, Andreasstr. 50, I. Etage.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig fettgedruckte
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken. von 1,95 an, Rouleaustoffe 0,36, Gardinenstoffe feinsten billige, Georg Lange Nachfolger, Schauffelstraße 73/74.

Büschpfortieren, Feinporzellan. von 3,75 an, Radrasgarnituren 4,75, Büschpfortieren 5,50, wundervolle Steppdecken 6,75, Schauffelstraße 73/74, Lange.

Teppiche, hochlegant, mit feinen Arabesken, enorm billig, Vorlagen 0,25, Kauterstoffe alle Breiten, Extra-preise für den Umzug, Vorwärtsleiter noch 5 Prozent Extra-Rabatt, Teppichhaus Georg Lange Nachfolger, Schauffelstraße 73/74. 577R*

Pfandleihhaus, Wilmersdorf, Auguststraße 66, Spottdilliger Bettenverkauf, Büschpfortieren, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Herren-garderobe, Goldschmuck, Sonntags geöffnet. 117R*

Vorjährlige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinen Stoffen 20-40 Mark, Leinen 6-14 Mark, Verlanbau Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (lederbette) in allen Größen, lack für die Hälfte des Wertes Teppichlager Baum Häckerlei Markt 4, Bahnhof Böcke, Leiter des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Klappstühlewagen Kinderwagen Spottdillig Kauf, Vorhäuserstraße 73.

Gardinen! Steppdecken! Vorzieren! Teppiche! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Berlin, Häckerlei Markt 4 (Bahnhof Böcke), Sonntags geöffnet.

Betten, Stuhl 9,-, Brunnens Straße 70, im Keller. 1900R*

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Vorzieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Goldschmuck, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Schuh- oder Holzschuhe, Meißel (selbst), Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche (Arbeitsbette) enorm billig, Mauerhof, nur Große Frankfurter Straße 9, kurze, kein Boden „Vorwärts“ Leiter zehn Prozent!

Steppdecken, direkt Fabrik, nur Große Frankfurter Straße 9. 247R*

Gardinen, Tüllbettschäden, Büsch- pfortieren, Häckerlei Mauerhof, nur Große Frankfurter Straße 9, kurz eingang! „Vorwärts“ Leiter zehn Prozent!

Leihhaus Moritzplatz 58a: kaufen Sie Spottdillig von Kavaliereu wenig getragene sowie im Verkauf ge-wonnene Fadedanzüge, Rodanzüge, Paletots, grünenkleid mit Selbe geardbelle 9-18 Mark, Gelegenheits-käufe in neuer Waggardrobe, enorm billig, Kleinfalten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Selbe geardbelle, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark, Extra-angebot in Lombard gemessener Teppiche, Gardinen, Vorzieren, Betten, Wäsche, Uhren und Goldschmuck enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 194R*

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1, Telefon Nr. 5687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verpöndel gewaschen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Kemontloire, Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Brillen, Uhren, Fahrräder, Preis-schwinger 10 Mark an, Richard Edelmann. 200R

Wasserkasse, alkoholfrei, blut- bildend, nervenstärkend, 30 Flaschen 2,25 liefert Schmidt, Heimstraße 6, Reichplatz 9874. 883R

Monatsgarderobe Spottdillig, große Gelderparats, Sommerpaletots 6,50 an, Fadedanzüge, Gebrod-anzüge, Jünglingsanzüge, Hosen, für jede Figur passend. - Kundenerwache, Steppdecken, Teppiche. - Goldschmuck, Doverschmuck, nur Pringen-Pfandleihe, Brinzingstraße 34, eine Treppe, neben Baumarkt Wertheim, keiner Eingang, gegenüber Bergstraße. 389R*

Permanente 6. Handreibhaus. Gebräuhliche Badetanzüge, Herod-anzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, allerbilligster Bettensverkauf, Büschpforterkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Goldschmuck, Leinwand, Band-waren, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Gumboldleihhaus! Brunnenstraße 58, Echhaus Straßenerstraße, Gebräuhliche Fadedanzüge, Sommerpaletots, Gebrodanzüge, allerbilligster Bettensverkauf, Kundenerwache, Gardinenverkauf, Büschpfortieren, Prachtteppiche, Spottdilliger Uhrenverkauf, Uhrketten, Wandbilder, Musikinstrumente.

Weib! Weib! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Kohlenbäcker Tor“, Limmerstraße 203/4, Edel Rosenbaler-straße kaufen. Anzüge 9,-, Ulster, Paletots 5,-, Silberuhren 3,-, gelbe Damenschürzen 8,-, Goldarmen, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Diamanten, Schmuck, Fahrräder, alles enorm billig, Sonntags geöffnet. 570R*

Kinderwagen, Teppichwagen, Woge 1,-, Klappwagen! Kleinstmöglich! Spottdillig, Meißel Nachf., Vorhäuserstraße 80. 561R*

Wisseners berühmte Nähmaschinen, Teppichwagen, kleinste Bedingungen, Gebrauchte Maschinen Spottdillig, Sta-llyerstraße 20, Vorhäuserstraße 63. *

Einwärtsleiter, Joder, Si- gmann, Bodenwannen, Spezialfabrik! Reichsbergerstraße 47, Leiern 5 Pro.

Unerkant billige Bezugsquelle für Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken usw. 14 Wollteppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kohlentor). Abonnenten noch zehn Prozent Rabatt.

Wundervolle Steppdecken! Einheitspreise: 3,85, 4,85, 6,00 bis 18,50. Elegante Handbettsdecken 2,50 bis 10,00. Abonnenten erhalten 10 Prozent Rabatt. Wollteppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kohlentor). 365R*

Blenden, und Tüll-Vorhänge für Hand- und Fußbetts, Gas- und Holzheizung, billig, nur prima, bei Teppichhaus günstige Bedingungen, Bellmann, Goltzowstraße 26. 294R*

Teppichhaus, 10 Pfennig Herrenanzüge, Damen-garderobe, Wäsche, Vorzieren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Spiegel, Bilder, Betten, Uhren, Möbel, Goldschmuck, hunte Kleider, Kinderwagen, Hähren, Wandbilder, Grammophone, Schmidt, Petersburger Straße 24. 363R*

Fadedanzüge, Gebrodanzüge 12,00, Hosen, Betten Stuhl 11,00, 16,00, hochseine 21,00, Uhren, Ketten Spottdillig, Leihhaus Eden, Köni-gsbergerstraße 19. 900R*

Gewichte, Erbstatuen mit Solant 3,35, Edel Spachtelwerk 7,25, Ge-jessensstatuen 1,25, Teppichhaus Emil Lehore, Dranienstraße 168. *

Reichliche Tischdecken in Blau 1,35, Ultramarin 2,35, Woll 4,25, Kattun 2,65, Teppichhaus Emil Lehore, Dranienstraße 168. *

Es lohnt nur bei Max Reich, 88, Große Frankfurterstraße 88, alt-bekanntes Firma, zu kaufen. Man wird reich und billig bedient. Wenig getragene, teilweise auf Selbe von Kavaliereu nur kurze Zeit getragene Fadedanzüge, Rod-anzüge, Gebrodanzüge, Bradanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smoking werden zu billigen Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch teilweise sehr billig zu haben. 88, Große Frankfurterstraße 88. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten, 2 große Fenster. 86/9*

Klappstühlewagen, Kinderbett- stelle, zurückgelehrt, Goldschmuck, 61. 754R

Hobelbank, Drehbank, 6, billig Löwe, Reillgrahstraße 8. 738R

Reduktor, Heizung, billig, Heier, Dieselbahnstraße 76. 788R

Parzellen, 6-9 Mark, Boh- ren, 6-9 Mark, Bohr-Verbindung, Reell, Boh-amt 71. 712R

Zehn Prozent Rabatt Vorwärts-leiern.

Gardinenreihe, Fenster 1,55, 1,65, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 ulm. E. Weisenberg's Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurter-straße 128, im Hause der Möbel-fabrik an der Köpenickerstraße.

Teppiche mit Webeschlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ulm. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 128, im Hause der Möbel-fabrik.

Möbelkabinete, 1-3 Fenster Tisch-pfortieren, Büschpfortieren, Radras-pfortieren, neue Fruster, Fenster 3,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 8,50, 11,50, 14,50, 18,00 ulm. Vorzieren-haus, Große Frankfurterstraße 128.

Tischdecken, Feinwebdecken, Tisch- decken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,85, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 9,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Einheitspreise nor-male Ausführung 3,75, 4,65, 5,75, 6,50, 7,55, 9,50, 12,50, 14,50 ulm. Große Frankfurterstraße 128, im Hause der Möbel-fabrik. 571R*

Kinderwagen zu verkaufen Neu-fällen, Wildenbushstraße 6, Healdig.

Leihhaus, Kommodenstraße 68, verkauft billig Betten, Wäsche, Gar-dinen, Herren-Garderoben, goldene, silberne Herren- und Damen-Uhren.

Mittelbisch Radfahrer-Larve, (Sau 20) Berlin, reichend von Krafttrieb bis Logau, von Stendal bis Kottbus, angefangen in Karton 2,80 M. Buchhandlung Vorwärts, Linden-straße 69, Laden.

Stiefel, neue Herren, Damen, Theoren, Lad, Damen und Herren, alle Größen, weit unter Ladenpreis. Hilb, Rieberschlagstr. 22, kein Laden. *

Kleid, Wg, wie neu, zu verkaufen, Klein, Kurfürstendamm 146. 753R

Geschäftsverkäufe.

Getriebene Restaurant, Edel- tranke, sofort billig zu ver-kaufen. Sehr passend für Anfänger, Vorzierenhosen, Wäsche, Georgen-straße 61. 712R

Einzelhandlungsgeschäft, frankf. haler verkauft. Wilmersdorf, Gieselerstraße 10. 9010R

Restaurant, jährliche verkauft, Kofentol 1, Linden-Allee 39. 740R

Restaurant, (ohne Wohnung, 2 Zimmer, höhere Hygiene, Miete 100, Umzug 1/2, wegen anderweiliger Übernahme sofort billig veräußert. (Dranienstraße) Zu erfragen: Ex-pedition, Röllertstraße 24a, Eingang Ulsterstraße. 712R

Möbel.

Wer Möbel reich und dabei billig kaufen will! Kein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrich-tungen bietet Ihnen Vorteile. Ge-ladene Möbel, auch neue, auch gute gebrauchte sowie zurückgelehrt Möbel, Dequeme Zahlweise geteilt. Kofentol 1, Linden-Allee 39, keine An-zahlung, Bekannte Rückzahlung bei Krankheit, Auslieferung von Tischlermeister Gabbert, Adre-straße 64. 245/30*

Wohnzettel verkauft, Ruhbaum-wirtschaft, Stube, herrliche Küche, noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Voram, Neue Ebnthausstraße 11 II. *

Bildhause Ruhbaumwirtschaft, noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Preis Hofentol 1, Linden-Allee 39, vorn III. 88/12*

Englische Bettstellen 25,00, Ober- lenques 18,00, Tischplatte 40,00, Kleiderkranz, Ausziehbild, Trumeau 38,00, Tapete, Walter, Stargarder-straße 18. 582R*

Möbelkredit. Ich bin billig und gebe langen Kredit. Stube und Küche mit 15 Mark, einzelne Stücke 4 Mark Anzahlung, Heinde Kästen, Kommen-gel, Blumenstraße 2. 510R*

Wahagontbuffet, reich geschmückt, erhaltene Arbeit 195,-, extra brei mit Türen 235,-. Möbelkredit 22, Hildesheim, Kaiserstraße 28, an der Kochstraße. 500R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Chen lautet bei uns. Kretschmann u. Co., Köpenickerstraße 1. (Schlesischer Bahnhof). *

Ruhbaumwirtschaft, bildhause Stube, herrliche Kücheneinrichtung für jeden annehmbaren Preis ver-läuflich. Händler verkaufen. Bauer-Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 85/14*

Möbel! Für Brautleute günstig. Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Bei kleiner Anzahlung geben ichon Stube und Küche. In jedem Stück deutlicher Preis. Ueberaus billig. Pader ausgeführt. Bei Frankfurter-fällen und Arbeitslosigkeit anerkant größte Rückzahl. Möbelgeschäft 22, Goldhand, Postenstraße 38, Edel Gneisenstraße. 2012R

Schreibtisch, Kleiderkranz, Verkle, Trumeau, Bettstelle, Holzplatte mit Spiegel, Küche, Duroig, Wilmersdorf 79. 89/18

Trumeau, Bettstelle, Sofa, Schmelze, Holzstraße 18. 86/12

Kücheneinrichtung, ein Jahr ge-brucht, verläuflich, Hygienegehalt, Brunnenstraße 145. 757

Möbel! Soebel, Drame- nstraße (Königsplatz) 22, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen, Größe nach Wahl, 9 Etagen in 2 Fabrik-gebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 280,-, 335,-, 407,-, 475,-, 496,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,-, bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,-, 640,-, 690,-, 756,-, 895,-, 939,-, 1085,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 189,-, 262,-, eht Side 343,-, 371,-, 434,-, Wohnzimmer, modern 215,-, 268,-, 306,-, 341,-, Speisezimmer, eht Side, 341,-, 414,-, 475,-, 562,-, Herrenzimmer 334,-, 424,-, englische Bettstelle mit Kasten 40,-, Trumeau gefülltes 36,-, Tischplatte 58,-, Umbau 60,-. Be-sichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Zwei Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Gedmei 8-8, Sonntags 8-10, kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198*

Teppichhaus. Möbel bei kleiner Anzahlung. Ich nehme Altze Möbel in Zahlung. Offerten Lagerstraße 130, Postamt 102. 506R*

Moderne Arbeitermöbel in zeit-gemäher Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Buchen, unerreichte Auswähl, zu den allerbilligsten Preisen. In solcher Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbusertor. 509R*

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Große, Reinleindorfer-straße 121, I. Etage. 567R*

Fahrräder, Teppichwagen, größte Auswahl, billigste Preise. Köpenicker-straße 40. Fühlens! Steglitz, Schloß-straße 116. Wilmersdorf, Ullands-straße 100. Charlottenburg, Kant-straße 87. 1203R*

Platinabfälle, alte Goldschmuck, Druckgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Redgold, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände laufen Groß, Edelmetallschmelze, Berlin, Adems-erstraße 29, Telefon Köpen-ick 3474. 560R*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Kil- ogramm 5, Silber, Zinngebisse, Stanniol, Quecksilber laufen höchstzählend. Edel-metall, Ragnitzstraße 19 III. 43*

Goldschmuck, Goldschmuck, Silber- schmuck, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzählend. Schmelzerei Christian, Köpenickerstraße 30a (gegenüber Kottbusertor). 591*

Ruhgebisse, Platinabfälle, Gold- einlauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzählend. Schmelzerei Müller, Teltowstraße 10. 747R*

Müssen, Briefmarken laufen Grogmann, Spandauerstraße 2 88/9*

Ruhgebisse, Zahn bis 1,25, Platin- abfälle 5,75, Goldschmuck, Silber-schmuck, Redgold, Goldmatten, gold-, silber-haltige Rückstände, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,26, alte „Metalle“ höchstzählend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weber-straße 31. 470R*

Goldschmelze läuft Silber, Platin-abfälle, Zinngebisse, Quecksilber, Stanniol, alte Metalle, höchstzählend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weber-straße 167. 479R*

Ruhgebisse, Gold, Silber, Treffen, Platin laufen höchstzählend. Dime-nreich, Brunnenstraße 3, Kofentol-er Tor. 698R*

Kaufe Frauenhaare, ausgew. lammte. Zahl höchste Preise. Kofa, Reutlin, Adrestraße 3. 702R*

Ruhgebisse, Zahn bis 1,25 (komme selbst), Platin 5,80, Silber, Silber-schmuck, Goldschmuck, Platin, 22, nahe Kofentol-er Tor. 406R*

Ruhgebisse, Wollgold, Silber, Stanniol, Platin, höchstzählend. Schmelzerei Müllerstraße 41, Dranien-burger Tor. 86/7*

Ruhgebisse, Platinabfälle, Gold- schmuck, Adrestraße 174. 735

Varentanwalter Müller, Wilmers- dorf, Wilmersdorf, Wilmersdorf-straße 81. 2439R*

Varentanwalter, Steyer, Köpen- ickerstraße 88. 687R*

Kunststofferei Große Frankfurter- straße 67. 2690R*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (angef. Druck), kleinere Reparaturen billiger. Kariell, Uhrmacher, Brunnen-straße 118, Edel Ullendorferstraße 63R*

Aufpflasterung, Sofa, Schmelze, im, äußere Haus, Schauffel-straße 74, Schäfer. 85/14

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleine fremdliche Wohnungen per-sonal oder später von 19 Mark an, Lindenberg, Herzbergstraße 125/127. *

Billige Zweizimmerwohnungen, Küche, Bad, Balkon, Vorderhaus 40,-, Gartenhaus 32,-, Reinleindorfer, Schornsteinerstraße 58, Straßenbahnhaltestelle. 601R*

Wohnung, Gartenhaus, zwei Stuben, Küche, 1 Treppe, 83,00, ruhiges Haus, Kleine Markstraße 3. 86/9*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dirigent für Dienstag laut Be-lagerung, O 112, Otto Schäfer, Jungstraße 4. 702*

Anwalter, jüngerer, für Rechts-beschäftigung gesucht. Postamt 55, A. E. 770

Leihändige Schlosser für Kon-struktions- und Schmelzerei ver-langt Kunst- und Tischlererei Berlin-Steglitz, Köpenickerstraße 6. 603R

Zeitungsfrauen mit Güte ver-langt Kronenstraße 2, I. 727R*

Ein geübter 707R*

Grundierer,

der auch im Verleu an Ornament im Grundkenntnis hat (H. A. Reichert) Wilmersdorf, erbittet Stellung in einer Rahmenfabrik in Finnland. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sowie Angabe des Alters an C. J. Lindholm, Borga, Finnland, Agatan 33.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit über Lohn-differenzen sind gebürt: Bauhilfserei Gebr. Ranke, Ullendorfer, 31, und die Bauten: Wittenau, Charlottenburger Straße, Fabrik Löwe, Pödenkerdamm, Bau Hofmann und Bauer, Zehndorf, Rulle, Seantendhäuser und Kruppelheim, Panow, Berliner Str. 123, Oberhöndelweide, Lampen-Fabrik Gutmann, Potsdamer Str. 20, Geuter, Edel Luxemburger Str., Friedrichstr. 225 (Reichshaus), Crafenburger, Edel Riegel-straße (Wohndäude), Tischfabrik Krämer, Sichten-berg, Ullendorferstr. 53, Rittenfabrik von Gramsch, Tredd-ner Straße 97, Das Berliner Arbeitswiltigen, Das Vermittlungsbureau d. gelben Vermittlungsbureau, Handwerker-Verband, Arbeitsnachweis d. Stellmacher-Innung und der Wagenfabri-kanten, Kofentol-er Tor, Platz Arbeitswiltigen, Vermittlungsbureau, Schön, Straßener Str. 10, Klitz, Panow, Berliner Str. 92 (Eisenstraße), Jugos in ihrem fernzubalen, Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Unterricht.

Musikinstrumente.

Pianos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung, Scherer, Schauffel-straße 106. 534R*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt! Fabrik bei Ullendorfer, Weinstraße 1, 2, 294R

Fahrräder.

Grüßliche Fahrräder, Renais- sance 10 Mark, Louis Barth, Brücken-straße 10a, I. Etage. 79R*

Herrenfahrrad, schönes modernes und Motorpedal, ganz billig, Große Frankfurterstraße 14, Quergebäude, Keller. 83/18

Verschiedenes.

Varentanwalter: Wessel, Stiglitz-er, 91a

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr. Zusammenkunft aller Funktionäre, einschließlich der Wahlleiter, bei Schilling, Lauenburger Straße 20.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Meißner, Schloßstraße 2, eine Besprechung statt, in welcher die letzten Informationen zur Wahl gegeben werden. Verpflichtet zur Teilnahme sind sämtliche Funktionäre, die Wahlleiter, Wahlmänner, Wähler sowie alle bei der Wahl tätigen Genossen. — Mitglieder können unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches den Verhandlungen ebenfalls beiwohnen.

Berliner Nachrichten.

Pfingsten in den Laubentkolonien.

Immer wieder ist es eine Herzensfreude, der anspruchslosen und doch so wunderschönen Schmuckstücken zu gedenken, die rings um die Berliner Steinmauern mit unendlich viel Mühe und Fleiß, mit noch viel mehr ehrlicher Liebe in einst öde Sandfelder und magere Grasnarben hineingebaut sind. Nirgends tritt ähnlich scharf die Vegetierung der schaffenden Klassen, aus denen sich ja fast ausschließlich die Laubentkolonisten zusammensetzen, für Naturleben hervor. Nirgends kommt besser das Sinnen und Trachten des Proletariats zum Ausdruck, als in einfachen Mitteln und verhältnismäßig wenig Geld sich ein Sommerfest zu bauen, in dem man sich, von den bekannten Pachtungsmissständen abgesehen, frei und ungebunden fühlt. Noch keine Eigenscholle ist es. Wie ein Domoskoffwert hängt sogar die Kündigung durch Nachwillkür des geldgierigen Generalpächters über dem Haupte des Kolonisten, und doch spricht jeder, stolz auf den blühenden Erfolg der Arbeit, von "seinem Land". Wo die Kolonisten sich zusammengefaßt haben und unter sich das Pachtland vergeben, ist man so wenigstens schon glücklich den Händen der beuteltüchtigen gewerkschaftlichen Generalpächter entrückt.

Die „Hundstage im April“, seit länger als einem halben Jahrhundert zum ersten Male wieder eine seltene Laune der Natur, haben auch dem Laubenleben einen mächtigen Aufschwung gegeben. Der Laubentkolonist erwacht ja aus dem Winter Schlaf fast noch früher als der Arbeiter des platten Landes. Er „giepert“ schon auf den ersten schönen Frühlingstag, an dem er aus dem Feld hinausplügend und über seine Herrlichkeit die Vorkäse abnehmen kann. Da werden denn Lauben und Kleinviehställe auf ihre Haltbarkeit revidiert, in wichtigem Familienrat glückliche Pläne geschmiedet. Mutter will diesmal eine bessere, windfeste Laube haben, Vater sperrt sich noch ein Weichen gegen die nicht unwesentliche Ausgabe, auch die Jugend gibt ihren Senf dazu, und schließlich ist der Feldzug fertig. Alle Mann an Bord! Mit Rind und Kege! geht von nun an schon fast täglich hinaus, die geringe Zeit zu nutzen, die von der Tagesfron übrig bleibt. Pfingsten, das lieblichste der Feste, steht ja dicht vor der Tür. Da soll alles schmutz und fein sein, an den frühlingseifernden Menschen und auch draußen in den Lauben. Prachtig ist gewiß der junge, frische Maienbaum, die Birke mit ihren feinen Blattwedeln, auf den Balkons der Häuser und an den Wänden der Großstadtsüden, wo das Naturgrün immer nur erborgt sein kann. Prachtiger, anmutiger, natürlicher ist es zwischen den Lauben, wo gerade im heurigen Frühling, der sich so herzlich eingeführt hat, die jungfräulichen Naturtriebe unter ungewöhnlicher Sonnenwärme ihr bestes Können zeigten.

Pfingsttag! Von den Türmen der nahen Stadt, vom Dorfe herüber tönen sie melodisch lockend in das feistliche Laubentreiben hinein. Was sie künden, ist die Vergangenheit, der Zwang und Druck, der den freien Menschen nicht kümmert. Die unendlich Wahren feiern ihr Pfingstfest im treuen Anschluß an die Natur, an alles Schöne und Gute, das von Anfang bis zum Ende aus ihr allein strömt. Langsam verhalten die Gloden, und aus dem Grün der Lauben schallt es machtvoll, befreiend, hoffend:

Brause, Wind, Frühlingswind brause!
Stürme und brause mir durch die Brust,
Hülle sie jauchzend mit Jugendluft,
Schleudre mich in die Welt hinein,
Wo Frühling lacht und der Sonnenschein
Und die Freiheit, die goldene Freiheit.

Um den Gasverbrauch zu heben, haben die Berliner Gaswerke in Verbindung mit der englischen Gasgesellschaft beschlossen, den großen Abnehmern einen erhöhten Rabatt für verbrauchtes Gas zu gewähren und diese Rabattgewährung auch auf Gas zu Heizungs- und Beleuchtungszwecken auszuweiten. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt darin, daß große Gasconsumenten sich dem elektrischen Licht zugewendet haben. Im Jahre 1912 sind 825 Konsumenten mit einem Jahresverbrauch von 635 589 Kubikmeter Gas zur Elektrizität übergegangen. Von der neuen Maßnahme werden nur einige große Unternehmer Nutzen haben, während erst fürzlich den kleinen Gasautomatenbesitzern das Gas verteuert worden ist.

Von demselben Gesichtspunkt aus plant die englische Gasgesellschaft, welche die Vororte mit Gas versorgt, auch dort eine Preiserhöhung. In Wilmersdorf liegt der Stadtverordnetenversammlung ein solcher Antrag schon vor.

Unterrichtsausfall in den Fortbildungsschulen am 16. Mai. Wegen der am Freitag, den 16. Mai d. J., stattfindenden Wahl der Wahlmänner fällt der Unterricht in sämtlichen städtischen Fach- und Fortbildungsschulen aus.

Die Mittagspeisung bedürftiger Schulkinder beschäftigt einen mit dieser Materie betrauten Stadtverordnetenausschuß. Bemerkenswert ist, daß nach einem angenehmen Antrage der Magistrat um die Einsetzung einer kleinen Deputation zur Verwaltung und Regelung der Schulkinderpeisung ersucht werden soll, eine Maßnahme, die sehr notwendig erscheint.

In die Spree gesprungen und ertrunken.

Die Verzweiflungstat eines jungen Lebensmüden rief am Dienstag bei Schmettersinghorst Aufsehen hervor. Der Selbstmörder hatte durch sein aufgeregtes Wesen die Aufmerksamkeit der Spaziergänger erregt. Er begann sich dann plötzlich zu entkleiden und stürzte sich, nur noch mit den Beinkleidern versehen, in die Fluten der Spree. Obwohl alsbald Rettungsversuche unternommen wurden, gelang der Lebensmüde unter und ertrank. Im Jackett fand man einen Abschiedsbrief des jungen Mannes an die Eltern vor. Es handelt sich um den zwanzigjährigen Buchdrucker Otto Schulz aus Neukölln. Als Grund der Verzweiflungstat gibt Sch. an, er sei

lungenkrank und der Arzt habe ihm wenig Hoffnung gemacht, daß er je wieder vollständig gesund werde. Er ziehe es daher vor, freiwillig in den Tod zu gehen.

Warnung vor Kautionschwindlern.

Ein gewerkschaftlicher Kautionschwindler, der den Strafbehörden schon wiederholt zu schaffen machte, hat wieder einmal eine ganze Reihe von arbeitssuchenden Leuten um erhebliche Beträge, zum Teil um die letzten Ersparnisse betrogen. Es ist ein 30 Jahre alter „Kaufmann“ Eugen Schneider, der nach Verbüßung vieler Strafen zuletzt in der Bedestrasse wieder einen Betrieb eröffnete, den er Detektei und Kommissionsgeschäft nannte. Schneider, der früher schon mit der Vertrauensseligkeit stellungstoser Leute oft gute „Geschäfte“ gemacht hatte, betrieb seinen alten Schwindel zunächst wieder allein und dann in Verbindung mit einem Sozius, den ihm aber eines Tages die Kriminalpolizei wegholte, um ihn nach Roabit zu bringen. Ihn selbst konnte man nicht gleich fassen. Weil er aber voraussah, daß man auch ihm hinter die Schliche kommen werde, so machte er noch rasch einen größeren Vortausch, um dann zu verschwinden. Er suchte nicht bloß Recherchuren für seine Detektei, sondern auch Buchhalter und Verkäufer für sein „Kommissionsgeschäft“ und fand für alle Posten Geworben genug, die ihm gern die verlangte Bürgschaft stellten, in einzelnen Fällen bis zu 500 Mark. Den Recherchuren schrieb der Gauner, der gar keine Aufträge hatte, einfach ein paar Namen aus dem Adreßbuch auf und sandte sie dann hinaus, sich nach den bezeichneten Leuten zu erkundigen. Nachdem er an Bürgschaften in kurzer Zeit mehrere Tausend Mark eingekassiert hatte, verschwand Schneider eines Tages unmittelbar vor der Gehaltszahlung und ließ seine Angestellten mittellos sitzen. Auch seine Geliebte, bei der er wohnte, ließ er im Stich. Jetzt wird der geriebene Gauner vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I stöckbrüchlich gesucht.

Studenten als Wahlschlepper für die Liberalen

werden gesucht. Ein Aufruf des „Deutschen Akademischen Freibundes“, einer Vereinigung liberaler Akademiker, mahnt: „Kommilitonen! Beweist, daß der alte freiheitliche Geist in der Studentenschaft fortlebt, durch tatkräftige Arbeit für die liberalen Kandidaten in Groß-Berlin“. Angehängt ist ein Formular mit der zu unterschreibenden Erklärung: „Ich bin bereit, am 16. Mai als Schlepper für die liberalen Kandidaten in Groß-Berlin mitzuarbeiten“. Am Mittwoch waren in der Umgebung der Universität mehrere Zettelverteiler aufgestellt, die den Studenten diesen Aufruf überreichten. Selbstverständlich ist es das gute Recht der Liberalen, auch unter den Studenten für sich zu werben. Dasselbe Recht muß auch jeder anderen Partei zustehen. Aber was geschieht, wenn vor den Universitäten ein ähnlicher Aufruf zugunsten der Sozialdemokratie verbreitet würde? Richtig haben wir es allerdings nicht, uns auf diese Weise unsere Hilfskräfte für den Wahltag zusammenzuführen. Unsere Genossen kennen ihre Pflicht und werden sie angesichts der großen von den Segnern gemachten Anstrengungen doppelt eifrig tun.

Der Zar von Rußland kommt nach Berlin.

Der Kaiser von Rußland hat sich entschlossen, der Einladung des Deutschen Kaisers zu folgen und am 16. Mai stattfindenden Hochzeit der Tochter des Kaiserpaars teilzunehmen. Es wird gemeldet, daß der russische Polizeiminister bereits auf dem Wege nach Berlin sei, um die nötigen Vorbereitungen zum Empfang in Berlin zu treffen. Diese Vorbereitungen bestehen in wesentlichen in umfangreichen polizeilichen Absperungen, die diesmal ganz besonders streng durchgeführt werden sollen. Der Berliner Bürgerkrieg wird am Hochzeitstage der Kaiserin in empfehlende Erinnerung gebracht werden, daß wir in Preußen-Deutschland russische Zustände haben. Ob zu Ehren des russischen Gastes noch andere Maßnahmen getroffen werden sollen, dürfte wahrscheinlich von dem russischen Polizeiminister abhängen, der bei der hiesigen politischen Polizei für seine Wünsche ein geeignetes Ohr finden dürfte.

Mundhalten in der Schul-Zahnklinik!

Ein bißchen sonderbar scheint es ja in den Schul-Zahnklinien zuzugehen. Vor kurzem meldeten wir, daß ein Arzt der Schul-Zahnklinik in der Blumenstraße einen Knaben als nicht sauber genug zurückgewiesen und ihm aufgetragen hatte, in anderer Kleidung wiederzukommen. Die Kleidung, die dem Arzt zu der Würde des Ortes nicht zu passen schien, war des Jungen einziges Kostüm für Haus, Schule und Straße, für Wochentage und Sonntag. Heute erfahren wir aus der Schul-Zahnklinik in der Hochstraße ein anderes Vorkommnis, das nicht minder geeignet ist, der davon betroffenen Familie die Benutzung solcher Anstalten zu verleidern. Ein Knabe, der einer Zahnbehandlung bedurfte, war durch die Schule an diese Klinik gewiesen worden. Seine Mutter begleitete ihn, aber sie mußte im Wartezimmer zurückbleiben und konnte nur der diensttuenden Schwester noch sagen, daß drei Badzähne gezogen werden sollten. Die Schwester antwortete ihr, davon könne keine Rede sein, daß drei Zähne hintereinander gezogen würden. Als der Junge aus dem Sprechzimmer des Arztes zurückkam, hatte er noch die drei frischen Badzähne, aber dafür fehlten ihm zwei Schneidezähne. Er erzählte, dem Arzt habe er sagen wollen, welche Zähne gezogen werden sollten, der aber habe befohlen: „Mund halten!“ und habe dann die beiden Schneidezähne gezogen. Ob diese, wie die Mutter geglaubt hatte, noch als gesund gelten konnten, oder ob auch sie, wie ihr hinterher die Schwester sagte, schon krank waren, können wir nicht wissen. Wundern müssen wir aber, daß ein Arzt so ohne Anhörung der Mutter über ein ihm zur Behandlung zugeführtes Kind verfügen zu dürfen meint. Haben etwa bei diesem Arzt oder vielleicht überhaupt in den Schul-Zahnkliniken auch die Eltern den Mund zu halten? In dem vorliegenden Fall hielt allerdings die Mutter wenigstens nachher nicht den Mund, sondern verlangte, daß der Arzt den Jungen folglich noch einmal vornähme. Er zog nun zunächst noch einen der drei frischen Badzähne, und als am andern Tage der Junge auf Veranlassung seines Klassenlehrers erneut von der Mutter in die Klinik geführt worden war, wurde er endlich auch noch die beiden andern los. Die Mutter hoffte, jetzt den Arzt selber sprechen zu können, aber es gelang ihr nicht. Unseres Erachtens hätte der Arzt besser getan, selber nach diesem Vorkommnis die Mutter um eine Unterredung zu bitten und sich über den Sachverhalt zu äußern. Bisher hat sie festgehalten an der Meinung, daß ihrem Kinde versehentlich zwei gesunde Zähne gezogen worden sind.

Nahezu fünfzig Gasautomatendiebstähle

sind im Laufe der letzten Wochen in Berlin verübt worden. Da derartige Einbrüche gegenwärtig sehr überhand genommen haben, so muß angenommen werden, daß eine Diebesbande ihre Hand im Spiele hat und daß sich die „Spezialisten“ wohl nur mit dem Erbrechen von Gasautomaten abgeben. Auf irgendwelche Weise verschaffen sich die Eindringler Zutritt zu den Wohnungen, um die Automaten auszurauben. Sie scheuen sich nicht, auch in die Wohnungen einzubrechen, um auf diese Weise an die Automaten heran-

zulommen. Derartige Diebereien sind für die Mieter um so empfindlicher, als sie für den Verlust im Automaten den Gasgesellschaften gegenüber aufkommen müssen.

Eine Hofstraße will der Magistrat in Berlin schaffen zum Andenken an den heute 70 Jahre alten Zeitungsbereiter Rudolf Hofe, weil der Mann aus seinen vielen Millionen eine Million zur Errichtung einer Stiftung für erwerbsfähige Personen vorgezogen hätte. Die Verwaltung der Stiftung ist dem Berliner Magistrat übertragen und einem Kuratorium, an welchem der Stifter und seine Gattin beteiligt sein sollen.

Grabhändler sind in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen wieder aufgetreten. Zuletzt suchten sie den Friedhof der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Gemeinde am Finkenbrunnweg heim. Dort erbeuteten sie, wie gestern entdeckt wurde, von mehreren Grabstätten 9 1/2 Meter Bronzeleiten, die sie in sechs Stücken von verschiedenen Gräbern gewaltsam abriß. Die Diebe haben ohne Zweifel Vorkenntnisse unter Produktenhändlern oder in ähnlichen Geschäften. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Verbleib des gestohlenen Gutes waren aber bisher erfolglos.

Ermäßigte Eintrittskarten für die Sezessions-Ausstellung für 25 Pf. (statt 1 M.) sind bei Paul Hirsch, Engelstr. 15, und im Bureau der Herberge des Gewerkschaftshauses zu haben.

Der Stockholmer Arbeiterverein wird heute Donnerstag abend in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108, sein Berliner Konzert geben. Dem sind Konzerte in Kopenhagen, Hamburg und Bremen vorausgegangen, die sämtlich einen großen Erfolg des Chors bedeuteten. In Kopenhagen fanden am letzten Sonntag zwei überfüllte Konzerte statt, die in der Kopenhagener Presse die ehrenvollen Besprechungen gefunden haben. Auch unser Hamburger Parteiblatt, das „Hamburger Echo“, zollt dem Chor und seinem Dirigenten in einer musikalisch angelegten Besprechung lebhaftes Anerkennen. Die vom „Echo“ zwischen dem Stockholmer Arbeiterchor und unsern eigenen Chören gezogenen Vergleiche sind für die Stockholmer recht ehrenhaft. Das Berliner Konzert wird vom Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, mit Unterstützung des Bildungsausschusses Groß-Berlin arrangiert. Die Lieberstege werden in deutscher Uebersetzung dem Besuchern ausgehändigt, so daß sie auch sprachlich den Sängern zu folgen vermögen. Das Programm enthält mit Ausnahme des „Freiheitsliedes“ von Mendelssohn-Bartholdy ausschließlich skandinavische Lieder, darunter die lustigen Kinder der Rufe Karl Michael Wellmans sowie schwedische Volks- und Tanzlieder einen hervorragenden Platz einnehmen. Wir wünschen dem Konzert einen guten Besuch. Das Eintrittsgeld beträgt an der Kasse 60 Pf., einschl. Programm und Liedertege.

Arbeiter-Bildungsschule. Ausflug am ersten Feiertag nach Erkner-Waltersdorfer Schanze-Kranichsberge-Kalke-Hädersdorf-Kalke-Berge-Lasdorf-Stienigsee. Abfahrt morgens 7 1/2 Uhr ab Schles. Bahnhof nach Erkner III. St. 0,45 M. Anschließend Dampferfahrt nach Waltersdorfer Schanze 0,15 M. Treffpunkt für Nachzügler bis 10 Uhr vormittags im Restaurant Ruhwald, Waltersdorfer Schanze. Von 12 Uhr ab im „Deutschen Haus“ zu Lasdorf, Station Lasdorf, Mitglieder, Bekannte und Gäste willkommen.

Verloren. Am Montag hat in Köpenick auf der Brücke zwischen Schloß- und Lindenstraße ein Mitsfahrer eines Brauereiwagens den Wagenplan verloren. Der Plan ist von einem Mann, der einen Handwagen Jakob, aufgenommen worden. Der erfahrsichtige Mitsfahrer ersucht dringend um Rückgabe des Plans, der mit der Firma der Wagenhofer-Brauerei auf beiden Seiten bedruckt ist. Zweckdienliche Mitteilungen werden an Max Köpp, Kochhausstr. 16, born 4 Treppen, erbeten.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Ein großer Schuppenbrand, der auf Brandstiftung zurückzuführen sein dürfte, kam gestern in früher Morgenstunden auf dem Grundstück der Maschinenfabrik von Otto Wilhelm in der Köllnischen Allee 49 zum Ausbruch. Als die Neuköllner Feuerwehr eintraf, stand der etwa 25 Meter lange und 8 Meter breite Schuppen schon vollständig in Flammen. Das Feuer griff sehr rasch auf eine benachbarte Farbenfabrik, weshalb der Branddirektor sofort mit drei Schlauchleitungen Wasser geben ließ. Von dem Schuppen, in dem größere Mengen Stroh und viele landwirtschaftliche Geräte lagerten, war nichts mehr zu retten. Die vollständige Ablösung und die Aufräumungsarbeiten zogen sich mehrere Stunden hin. Als die Feuerwehr noch auf dieser Brandstätte tätig war, erfolgte neuer Feueralarm nach der Köllnischen Allee 17/18. Dort stand eine größere Neubude in Flammen. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden.

Ein weiterer Schuppenbrand alarmierte die Neuköllner Feuerwehr gestern nachmittag nach der Grenzallee dicht bei Wrig. Als die Löschzüge eintrafen, bildete der langgestreckte Schuppen auf dem Wanglischen Grundstück schon ein einziges Feuermeer. Der Löschangriff erfolgte sofort mit vier Schlauchleitungen, und in der Hauptsache galt es, die umliegenden Baukästen zu schützen. Nach einstündiger Arbeit war die Gefahr des Brandes gebrochen. Der Schuppen ist aber vollständig eingedäschert worden. Die Aufräumung der Brandstelle übernahm die Prieger Feuerwehr. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Richterfelde.

Zu einer eifrigen Sitzung wurde die Gemeindevertretung einberufen, um noch vor Pfingsten über die Einführung elektrischer Kraft für Wasser- und landwirtschaftliche Betriebe auf dem Reichsgut Erkner zu beschließen. Die jetzigen mangelhaften Einrichtungen werden demnach auch nach den Ausführungen des Referenten so weit herunter zu sein, daß sie bei nächster Gelegenheit auseinanderzufallen drohen. Gemeindevertreter Strahl begründete eingehend die Vorlage, indem er auf die jetzigen unhaltbaren Zustände auf dem Gut Werben und den notwendigen Erfolg des vorhandenen und verbrauchten Motors zum Zwecke der Vorleitung des notwendigen Wassers hinwies. Der Gemeinde diene sich Gelegenheit, den elektrischen Strom von der Berliner Vorort-Elektrizitätswerke zu beziehen und ihn auf dem Gute für Beleuchtung und Kraftanlagen zu verwenden. Die ganze Installation koste 12 000 M. Gegen den jetzigen Zustand bedeute der elektrische Betrieb einen wesentlichen Fortschritt und erhebliche Vorteile. G. v. Jäger bekämpfte scharf die Vorlage des Gemeindevorstandes und der Kommission. Zunächst wies er auf die prekären Finanzverhältnisse der Gemeinde und auf die Unrentabilität des Gutes Werben hin, die allen Anlaß gäben, sparsamer zu wirtschaften. Auch vom rein technischen Standpunkte aus empfahl sich die Einführung der Elektrizität nicht, weil an feuchten Orten, wie z. B. in Ställen, der in Frage kommende Drehstrom vagebondiere und für Menschen und Tiere gefährlich werden könne. Er sei der Meinung, an Stelle des jetzigen unbrauchbaren Motors einen neuen anzuschaffen, dessen Preis höchstens sechs-tausend Mark betragen könne. Schöffs Vongner betonte nochmals die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und wirtschaftlichen Vorteile des elektrischen Betriebes auch in den landwirtschaftlichen Betrieben und bezeichnet gerade mit Rücksicht auf die eventuelle spätere Verpachtung des Gutes die Ausstattung mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft als besonders empfehlenswert. Die Kosten der ausgedehnten Debatte

fragen in der Hauptsache die beiden sachverständigen Gemeinde-
bevollmächtigten Krülls und Jäger, deren Meinungen jedoch ebenfall-
sweit auseinander gingen, wie die Meinungen unter Juristen.
Schließlich wurde die Vorlage angenommen und gegen 4 Stimmen
12 000 M. für elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen bewilligt.

Charlottenburg.

Fürsorge für die Kleinkinder, d. h. für die Kinder vom ersten
bis sechsten Lebensjahre hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt
Charlottenburg seit dem 1. April 1911 eingerichtet. Gerade für
diese Altersstufe, in der die Grundlagen für die körperliche und
geistige Entwicklung gelegt und der Kern für manche spätere Er-
krankung aufgenommen wird, ist eine sorgfältige ärztliche Überwachung
dringend geboten. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorge-
stellen werden besondere Wochenprechstunden für Kinder vom ersten bis
zum vollendeten sechsten Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprech-
stunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder,
die bis zum vollendeten ersten Lebensjahre bereits die Säuglings-
fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgeführt. Zugelassen werden
zu diesen Sprechstunden jedoch alle Kinder im Alter von 1-6 Jahren,
auch wenn sie vorher die Säuglingsfürsorgestelle nicht besucht haben.
Mütter und Pflegerinnen erhalten in diesen Sprechstunden unent-
geltlich spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes
geborenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten.
Diese Kleinkindersprechstunden werden an folgenden Tagen ab-
gehalten: Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Straße 137: Mitt-
woch 2-3 Uhr; Säuglingsfürsorgestelle II, Wilmersdorfer
Straße 111: Dienstag 2-3 Uhr; Säuglingsfürsorgestelle III,
Scharrenstr. 32: Freitag 1-2 Uhr; Säuglingsfürsorgestelle IV,
Rehringstr. 11: Dienstag 2 1/2-3 1/2 Uhr; Säuglingsfürsorgestelle V,
Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag 2-3 Uhr; Säuglingsfür-
sorgestelle VI, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Daum, Rollwiegstraße: Mitt-
woch 2-3 Uhr; Säuglingsfürsorgestelle VII, Horstweg 28: Don-
nerstag, 2-3 Uhr.

Die Mütter und Pflegerinnen, die zugleich einen Säugling und
ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können
ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprech-
stunde mitbringen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kleinkinder
hat sich bisher sehr gut bewährt und kann den Müttern und
Pflegerinnen der Kinder zum eifrigeren Besuch nicht dringend genug
empfohlen werden.

Elternverein für freie Erziehung. Dienstag, den 18. d. Mis.
(3. Freitag), findet ein Familienausflug nach Hünlenburg statt. Treff-
punkt 9 1/2 Uhr vormittags, pünktlich, vor dem Bahnhof Jungfernhöhe.
Kinder der Mitglieder erhalten freie Fahrt. Für Nachzügler
zur Kaffeepause in Trielshagen. Auch Nichtmitglieder und deren
Kinder können daran teilnehmen. Auf die jeden Mittwoch nach der
Jungfernhöhe stattfindenden Ausflüge wird besonders hingewiesen.
Treffpunkt: nachmittags 2 1/2 Uhr, Luisenplatz vor dem Kaiser-
friedrich-Denkmal. Kaffeeloch im Restaurant Waldater (Inhaber
Schön). Jedes Kind hat ein eigenes Trinkgefäß mitzubringen. Auch
hieran können Nichtmitglieder und deren Kinder teilnehmen.

Tempelhof.

Den ersehnten Bürgermeistererhalt erhalten hat nunmehr der im
Januar zum Gemeindevorsteher gewählte Schöffe und Syndikus Herr
Wiesener. In einer im März stattgefundenen öffentlichen Gemein-
debederterversammlung wurde nach Erledigung der Statutenberatung vom
Schöffen Jung der Wunsch ausgedrückt, für Herrn Wiesener bei der
Regierung die Erlaubnis zur Führung des Titels Bürgermeister zu
erhitzen. Dem Vorhaben widerspricht die sozialdemokratische Fraktion.
Inzwischen ist diese Angelegenheit in einer nicht-öffentlichen Sitzung
erledigt worden und jetzt ist bereits der neue Gemeindevorsteher zu
seinem ersehnten Titel gekommen.

Weißensee.

Eine verhängnisvolle Explosion von Petroleumgasen ereignete sich
auf dem Fabrikgrundstück Langhausstr. 282. In der Metallwaren-
fabrik von Max Louis wird beim Ausbohren von Metallteilen ein
Del benutzt, das wiederum in gewärmten Petroleumbehältern beheizt
wird. Vorgefunden wurde ein Bassin, das Petroleum enthielt, über
einer Gasflamme in entsprechender Entfernung angewärmt. Plötzlich
explodierten die jedenfalls überhitzten Petroleumgase, die sich ver-
mutlich entzündet hatten. Eine mächtige Stichflamme schoß empor
und traf unglücklichweise den Arbeiter Hermann Junglaus aus
Hohen-Schönhausen. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er
schleunigst nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Das
durch die Explosion entstandene Feuer konnte von Fabrikarbeitern
gelöscht werden, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht mehr in
Tätigkeit zu treten brauchte.

Schmargendorf.

Für die bevorstehende Landtagswahl teilt der Gemeindevorstand
folgendes mit: Eine Anzahl hiesiger Einwohner konnte in die Ur-
wählerlisten nicht aufgenommen werden, weil sie außerhalb Preußens
geboren sind und ihre Staatsangehörigkeit amtlich nicht bekannt ist.
Dies hat für die Beteiligten verhängnisvoll zu Mißbilligungen ge-
führt, insbesondere bei denjenigen, die überhaupt nicht, oder ver-
spätet, Einsicht in die Listen genommen haben. Es wird
Interessenten daher dringend empfohlen, unter Vorlegung ent-
sprechender Ausweise Vervollständigung der Meldebücher zu be-
tragen.

Eichwalde.

Unerwartet gestorben ist in der gestrigen Nacht der hiesige Ge-
meindevorsteher Kahrzig. In der letzten Zeit waren, wie wir in
unserer Nummer vom letzten Sonntag berichteten, gegen den Ver-
ordneten mannigfache Angriffe wegen seiner Amtsführung erfolgt.
Man hatte sogar Beschwerden über ihn beim Landrat geführt.
Während seiner Amtsführung hat Eichwalde einen erheblichen Auf-
schwung genommen.

Klein-Schönebeck-Tichtenau.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die
Anliegerbeiträge zu den Kosten der Pflasterung der Bürgersteige in
der Hauptstraße auf 70 Prozent festzusetzen, nachdem ein von Herrn
Kiesewitz gestellter Antrag, die Beiträge nur in Höhe von
50 Prozent zu erheben, damit auch die Mieter indirekt zur Kosten-
abwendung herangezogen werden, nach Bekämpfung durch Genossen
Lobias abgelehnt worden war. Bezüglich des Verkaufes russischen
Fleisches ist jetzt erst, nach einem halben Jahr, ein Bescheid des
Ministers des Innern eingegangen. Dieser kann dem Antrage der
Gemeinde, ihr vom 1. Oktober d. J. ab den Verkauf russischen Fleisches
zu gestatten, angeblich jetzt noch keine Zustimmung geben, weil sich
noch nicht übersichten läßt, wie sich die Verhältnisse auf dem Fleisch-
markt entwickeln werden. Er ersucht deshalb die Gemeinde-
vertretung, den gestellten Antrag zurückzuziehen und stellt
anheim, ihn im Herbst nochmals zu wiederholen. Genosse Lobias
wandelte sich entschieden gegen das Ansinnen des Ministers. Würde
die Gemeindevertretung dessen Rat nachkommen, dann könnte sie
nach dem jetzt schon gemachten Erfahrungen erleben, daß der im
Herbst erneut gestellte Antrag im Frühjahr nächsten Jahres be-
antwortet werden würde. Damit wäre natürlich der Fleischverkauf
wieder in Frage gestellt. Unser Genosse ersuchte deshalb die
Gemeindevertretung, den Antrag nicht zurückzuziehen, sondern die
Genehmigung des Bezuges russischen Fleisches vom 1. Oktober ab
zu verlangen mit der Maßgabe, daß sich die Gemeinde vorbehaltlich
von der Erlaubnis Gebrauch zu machen oder davon Abstand
zu nehmen. Die Gemeindevertretung stimmte dem einmütig
zu. Bei den Beratungen über das Kreiswasserwerk hatte
Genosse Lobias auf die notwendige Entwässerung hingewiesen und
besonders kritisiert, daß die Polizeibehörde, die sich sonst um alles
Mögliche kümmere, trotz mehrfacher Anzeigen nichts unternähme, um
die Verunreinigung des Brunnenwassers durch die Sickergruben (ein
Zustand, den auch der Gemeindevorsteher als „Schweineerei“ be-
zeichnen mußte) zu verhindern. Diese Kritik hatten wir in unserem
Bericht über die betr. Gemeindebederterversammlung wiedergegeben und
die „Vorwärts“-Notiz hatte wieder die Aufsichtsbehörde veranlaßt,

Gemeinde- und Amtsvorsteher zu einer Keuperung aufzufordern.
In einem Falle konnte nun der Amtsvorsteher nachweisen, daß er
— allerdings erst nach längeren Monaten — die Freilegung einer
Sickergrube veranlaßt hatte. Klugs fandte er seine Akten ein, damit in
öffentlicher Sitzung die Lobsprüche Beweispunkte richtiggestellt werden sollte.
Dazu lag natürlich gar keine Veranlassung vor. Genosse Lobias
hielt seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht, konnte sogar
jetzt auf Grund der vorliegenden Akten nachweisen, mit welcher
schmerzhaften Langsamkeit die sonst in anderen Dingen sehr eifrige
Polizeibehörde in solchen Angelegenheiten, die wegen ihrer großen
Bedeutung für die öffentliche Gesundheit Dringlichkeit fordern,
arbeitet und erklärte sich nochmals bereit, nicht nur seine Angaben
zu wiederholen, sondern sogar noch zu erweitern. Hoffentlich schlägt
nunmehr die Polizeibehörde auch zur Abschaffung der Mißstände das
beschleunigte Tempo an, das sie fand, um angeblich unberichtigte
Angriffe abzuwehren.

Nowawes.

Der langsame Fortgang der Pflasterungsarbeiten an der Unter-
führung am Schnittpunkt der York- und Bülowsstraße wird in Ver-
sehrtenkreisen recht unangenehm empfunden, weil infolge der vor-
einigen Tagen erfolgten Sperrung der Eisenbahnstraße zwecks Neu-
pflasterung die Verbindung des nördlichen mit dem südlichen Ortsteil
für Fußwerke nur durch die zwei räumlich sehr weit auseinander
liegenden Unterführungen im Zuge der Mollke- und der Plantagen-
straße möglich ist. Die Eisenbahnbauverwaltung hätte unbedingt dafür
Sorge tragen müssen, daß die Unterführung an der Bülowsstraße
bei Sperrung der Eisenbahnstraße für Fußwerke freigegeben werden
konnte.

Spandau.

Ein köstliches Fiasko hat der patriotische Kummel in der Jubi-
läumsturnhalle erlitten. Die „Sp. Zig.“ schreibt hierzu u. a.: „Mit
einem Mißgelingen scheinen die Jubiläumsspiele „Gold für Eisen“
in der Jubiläumsturnhalle abgeschlossen zu haben. Dieser Mißgelingen
hat anscheinend seine Ursache in dem sehr mäßigen Besuch der Vor-
stellungen und dem sich daraus folgernden ungünstigen finanziellen
Abschluß. . . Der Verfasser des Festspiels, Köhling, zugleich auch
Direktor, hatte angeblich schon nach der ersten Vorstellung, die
immerhin einigermaßen besucht war, versucht, die Schauspieler mit
einem kleineren Honorar, wie vereinbart war, abzufinden. Die
Schauspieler gingen darauf aber nicht ein. Die zweite Vor-
stellung am Mittwoch voriger Woche wies ein fast leeres Haus auf
und Herr Köhling zahlte den Schauspielern teilweise nur die Hälfte
des Honorars aus. Er entschuldigte sich damit, er habe geglaubt,
die Ausgaben hierfür aus den Einnahmen bestreiten zu können
und habe sich deshalb nicht mit Geld versehen. Er soll sich aber
verpflichtet haben, den Rest des Honorars vor Beginn der
Sonntagsvorstellung zu entrichten, worauf die Darsteller auch ein-
gingen. Die Zahlung am Sonntag blieb aber auch aus und die
Schauspieler weigerten sich daraufhin, weiterzuspielen. Ein an-
gelehener Bürger der Stadt nahm sich darauf der Sache an.
Angeblich wollte er die Angelegenheit mit dem Magistrat regeln. Die
Vorstellung begann infolgedessen wieder vor leerem Hause. Als nun
gleich nach der Aufführung die Schauspieler wenigstens das halbe
Resthonorar haben wollten, suchten sie vergeblich nach dem Di-
rektor, der aber nicht zu finden war. So mußten Darsteller,
Musiker und Handwerker, die sich ebenfalls zur Abhebung ihrer
Beträge eingefunden hatten, mit leeren Händen abgehen.
Die Frage ist nun, wer kann den armen Schauspielern und
sonstigen Leidtragenden helfen? Die Festspiele waren rein private
Aufführungen, obwohl sie „Jubiläumsspiele der Stadt Spandau“
benannt wurden. Irgendwelche Verpflichtungen hat die Stadt wohl
nicht übernommen und deshalb ist auch das Verträgen des oben-
erwähnten Herrn auf die Hilfe des Magistrats unverständlich. Auf-
klärung tut aber im Interesse der ganzen Jubelfeier unserer Stadt
dringend not.“

Der Magistrat, der die Verungung der Jubiläumsturnhalle der
freien Kummelgesellschaft andauernd verweigert, stellt die Fälle zu
patriotischen Zwecken ohne weiteres jedem Unternehmer zur Ver-
fügung. Es fehlt nur noch, daß die Streichzahl für die zu-
gekündigten Patrioten das Defizit bezahlen müssen.

Potsdam.

Die neue Straßenbahn Potsdam-Bornim. Der jetzt dem Stadt-
parlament zur Genehmigung vorliegende Vertrag zwischen Potsdam
und der Gemeinde Bornim betreffend den Bau der elektrischen
Straßenbahn nach Bornim sieht eine Verlängerung der Potsdamer
elektrischen Straßenbahn vom Rauener Tor ab bis zur Kirche in
Bornim vor. Die Bahn zweigt vom Rauener Tor durch die Kaiser-
Wilhelmstraße ab und befährt dann die Chaussee über Bornstedt nach
Bornim. Sie wird bis zur Hohenzollernstraße zweigleisig und von
dort eingeleisig geführt. Die Gemeinde überläßt der Stadt die von
der Provinzialverwaltung hinsichtlich des Wohnbaues erworbenen
vertraglichen Rechte und gestattet unentgeltlich die Anlage der Gleise
und die Aufstellung der Masten sowie sonstiger Betriebseinrichtungen.
Die Reinigungspflicht für den Bahnkörper übernimmt im Gemein-
gebiet die Gemeinde selbst. Die Stadt beginnt sechs Monate nach
Erteilung der Konzession den Bau. Dem Fahrplan wird ein
30 Minutenbetrieb zugrunde gelegt, der an Sonn- und Festtagen
auf einen Viertelstundenbetrieb vermindert wird. Der Fahrpreis für
die längste Strecke Bahnhof Potsdam bis Kirche Bornim beträgt
25 Pf. Potsdam zahlt als Abfindung für die Einstellung des
Omnibusbetriebes an die Gemeinde 16 000 M.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Tichtenberg. Heute Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus,
Möllendorferstr. 5.

Klein-Schönebeck. Heute Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags von
5 Uhr ab im großen Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 39/40, 2 Tr.

Weißensee. Freitag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Sitzung-
saal des Rathauses, Albertinenstr. 6.

Pantow. Donnerstag, den 8. Mai, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist be-
rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Konservativer Terror.

Ein Beleidigungsprozeß, der gestern vor dem Schöffengericht
Berlin-Schöneberg verhandelt wurde, leuchtete in das terroristische
Treiben der konservativen Parteileitung gegen die konservativen
Personen hinein, die sich erdreisten, statt lediglich nach der Pfeife
des Herrn von Heidebrand zu tanzen, mal selbständige Ansichten
zu äußern.

Als Kläger trat der vom Rechtsanwalt Dr. Lips betreute
Schriftsteller Hans Kerpendorff gegen den Generalsekretär des
Hauptvereins der deutschen Konservativen, Bruno Schroeter, auf,
der von Rechtsanwalt Strozewski verteidigt wurde.

Im Februar d. J. erschienen in dem „Reichsboten“ mehrere
von dem jetzigen Kläger Kerpendorff verfaßte Artikel, die sich mit
der Beschleunigung der allgemeinen und insbesondere mit der
Übertragung der Stempelsteuer an das Reich beschäftigten. Der
Inhalt dieser Artikel erregte das lebhafteste Mißfallen der leitenden
Persönlichkeiten in der konservativen Partei, insbesondere
des Herrn v. Heidebrand, da die Artikel in einem gewissen Gegensatz
zu der Ansicht der Parteileitung und zu den in der „Arbeitszeitung“
und von der parteioffiziösen Korrespondenz veröffentlichten Artikeln
standen. Herr v. Heidebrand setzte sich mit dem jetzigen Beklagten,
dem Generalsekretär der konservativen Partei, in Verbindung, der
sich seinerseits an den Legationsrat a. D. Dr. v. Schwerin wandte,
der Mitglied des Verwaltungsausschusses des „Reichsboten“ ist.
Bei einem telefonischen Gespräch teilte der Beklagte Herrn Dr.

v. Schwerin mit, daß jene von dem Kläger verfaßten Artikel das
Mißfallen der Parteileitung erregt hätten und daß Kerpendorff
„beruflich unzuverlässig“ sei. Diese letztere Keuperung wiederholte
der Beklagte in einem an Dr. v. Schwerin gerichteten Brief, den
dieser dann später dem damaligen Chefredakteur des „Reichsboten“,
Dr. Kropatschek, vorlegte.

Der Kläger folgte hierauf, daß ihm hierdurch die weitere
Lieferung von Artikeln für den „Reichsboten“ abgeschnitten, d. h.,
daß er beruflich „abgejagt“ werden sollte. Er habe die Artikel nach
Rückfrage mit dem Grafen Schwerin-Löwitz und den Herren
Höhlendorff-Köpin und Graf Mirbach-Sorquitten verfaßt und
glaube nicht, daß er damit die konservativen Parteinteressen
irgendwie geschädigt habe.

Der Beklagte, Generalsekretär Schroeter nahm für sich den
Schuß des § 193 in Anspruch. Er könne hier Material gegen den
Kläger vorbringen, durch welches dieser vernichtet würde und
welches ergeben würde, daß dem Kläger tatsächlich ein gewisses
Verantwortlichkeitsgefühl als Angehöriger der konservativen Partei
fehle. — Nach längerer Verhandlung kam das Gericht zu einer
Freisprechung des Beklagten mit folgender Begründung: Zweifel-
los sei der gegen einen Journalisten erhobene Vorwurf der beruf-
lichen Unzuverlässigkeit ein sehr schwerer. Im vorliegenden Falle
habe das Gericht aber dem Beklagten als Generalsekretär der kon-
servativen Partei den Schuß des § 193 zubilligen müssen, da er
hier tatsächlich nur berechnete Interessen wahrgenommen habe.
Da sich aus der Form und den Umständen die Absicht einer Be-
leidigung nicht erkennen lasse, so rechtfertige sich das freisprechende
Urteil. — Von dem Kläger wird gegen dieses Urteil Berufung
eingelegt werden.

Der Ausschluß des Reichsgrafen v. Oppersdorff aus dem Augustinusverein.

Im Jahre 1911 erhob der Zentrumsabgeordnete Reichsgraf
v. Oppersdorff gegen den Redakteur D. in Düsseldorf den Vorwurf
der politischen Unaufrichtigkeit. Infolgedessen wurde am 12. Sep-
tember 1911 vom Vorstand des Augustinusvereins in Düsseldorf
einmütig der Beschluß gefaßt, daß der Graf v. Oppersdorff aus
dem Verein ausgeschlossen wird, falls er nicht die beilegenden
Keuperungen widerruft. Durch Schreiben vom 15. September er-
suchte der Verein den Grafen, die Keuperung gegen den Redakteur
D. öffentlich zurückzunehmen. Auf dieses Schreiben antwortete
Graf v. Oppersdorff mit einer Bescheidenerklärung. Darauf erhielt
er ein Schreiben, daß der Vorstand des Augustinusvereins ein-
stimmig den Ausschluß des Grafen aus dem Verein beschlossen
habe. Graf v. Oppersdorff erwiderte am 17. Dezember, daß er
den Ausschluß nicht anerkenne, jetzt aber freiwillig aus dem Ver-
ein ausscheide, weil dieser mit zweiterlei Maß messe. Wegen des
Ausschlusses hat v. Oppersdorff Klage auf Feststellung erhoben,
daß sein Ausschluß unzulässig ist. Zunächst habe ihn nicht gemäß
§ 10 der Statuten das Präsidium ausgeschlossen, sondern der
zweite Vorsitzende und der Generalsekretär. Der vom Vorstand
beschlossene bedingte Ausschluß allein sei ungültig. Außerdem sei
vorgeschrieben, daß bei Streitigkeiten zwischen dem Augustinus-
verein und seinen Mitgliedern ein Schiedsgericht zu entscheiden
habe und daß gegen diese Entscheidung die Berufung an den Ge-
samtvorstand zulässig sei.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Düsseldorf hatten die
Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht nahm an, daß in ge-
wissen Fällen das Präsidium allein über den Ausschluß eines Mit-
gliedes entscheiden kann, ohne an den Beschluß gebunden zu sein.
— Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts hat der Kläger mit
Erfolg Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dies hat am Dien-
stag das Urteil des Reichsgerichts aufgehoben und die Sache an
das Oberlandesgericht zurückerwiesen. Zur Begründung wurde
ausgeführt: Sache der Nachprüfung durch das Reichsgericht ist nicht
das Vorliegen der materiellen Voraussetzungen des Ausschusses;
aber die formalen Voraussetzungen der Ausschließung mußten
nachgeprüft werden. Es ist nicht zuzulassen, daß das Präsidium
erst einen bedingten Beschluß fasset, und daß dann unleserlich
wurde, einen Beschluß über den Eintritt der Bedingung zu fassen.
Ob etwa ein solcher Beschluß vorliegt, ist aus dem Sachverhalt
nicht ersichtlich; zu erheben ist nur ein Beschluß des Vorsitzenden.
Es muß jedoch stets aus neuem durch das maßgebliche Organ des
Vereins festgestellt werden, ob die Voraussetzungen für den Aus-
schluß vorliegen. Die Sache war deshalb zur anderweitigen Fest-
stellung an das Oberlandesgericht zurückzuverweisen.

Vadeort und Baderort.

Für alle Badeorte ist jetzt eine vom Kammergericht gefällte
Entscheidung von Bedeutung. Der Landrat des Kreises Rügen
(Sitz Bergen auf Rügen) hat am 19. März 1910 eine Polizei-
verordnung erlassen, die für eine Anzahl Orte mit Badeverkehr,
die ja auf Rügen ziemlich zahlreich sind, besondere Bestimmungen
enthält. Dazu gehört der § 53, welcher vorschreibt:

„In der Zeit vom 15. Juni bis zum 15. September (Badezeit)
dürfen im Gemeindebezirk weder Bauten ausgeführt noch Bau-
stoff dazu angefahren werden. Ausnahmen sind zulässig.“

Der Bauunternehmer Nisow in Sahnitz, einem der in Be-
tracht kommenden Badeorte, war wegen Übertretung jener Vor-
schrift angeklagt worden. Das Schöffengericht verurteilte ihn, die
Strafkammer in Straßburg sprach ihn jedoch frei, indem sie die
Bestimmung für ungültig erachtete. Das Landgericht nahm an,
daß eine solche Vorschrift gegen den § 1 der Gewerbeordnung ver-
stoße, welcher die sogenannte Gewerbesteuer festsetzt. Den
Vaubestimmungen würden die besten Baumanote dadurch entzogen.
Über die Vorschrift halte sich auch nicht innerhalb des Rahmens des
§ 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts. Von dem Publi-
kum drohenden Gefahren, die die Bestimmung abwehren sollte,
könne keine Rede sein, höchstens von Belästigungen des Bade-
publikums.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Sie machte geltend,
daß im Interesse der Erholung suchenden Publikums für Badeorte
weitergehende Bestimmungen geschaffen werden könnten. Es könne
auch § 61 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes herangezogen werden, der
von der politischen Regelung solcher Angelegenheiten spreche, die
sonst noch im besonderen Interesse der Gemeinde zulässig seien.

Das Kammergericht belieh es jedoch bei der Freisprechung.
Es erachtete den § 53 ebenfalls für ungültig. Allerdings würde
die Berufung auf § 1 der Gewerbeordnung solcher Vorschrift nicht
entgegenstehen. Sie sei aber ungültig, weil sie nicht durch § 10
Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts gestützt werde. Von
dem Publikum nahe bevorstehenden Gefahren, die abzuwenden
nach dem Landrecht die Aufgabe der Polizei sei, könne nicht die
Rede sein.

Wasserkunde-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand		Wasserstand	
am	seit	am	seit
6. 5.	5. 5.	6. 5.	5. 5.
om	om ¹⁾	om	om ¹⁾
Remel, Lüth	305	Saale, Graditz	184
Vregel, Ankerburg	61	Havel, Spandau ²⁾	28
Beichtel, Lohrn	236	Havel, Spandau ²⁾	32
Döber, Ralbor	164	Spree, Sternberg ²⁾	88
Krohn	186	Spreewald, Sternberg	80
Frankfurt	140	Spreewald, Sternberg	208
Wartde, Schirmitz	258	Spreewald, Sternberg	277
Landberg	142	Spreewald, Sternberg	448
Regel, Boddamm	22	Spreewald, Sternberg	244
Eider, Leimitz	-14	Spreewald, Sternberg	285
Dresden	-135	Spreewald, Sternberg	92
Sarbo	114	Spreewald, Sternberg	159
Magdeburg	105	Spreewald, Sternberg	132

¹⁾ + bedeutet Rück-, - Fall - ²⁾ Unterpegel.

Nur ein Lob

hört man über unsere

Schuhwaren.

Bestes Leder, schönste
formen. ∴ Bequem,
∴ elegant, modern. ∴

Mark
5,90
6,90
7,90



Winnerte

Mark
8,50
10,50
12,50

Wilmersdorf Hauptstraße 160. **Steglitz** Albrechtstraße 2.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69
(Saden).

Zu empfehlen ist: 246/8
Der Kleingarten,
seine Anlage,
Einteilung und Bewirtschaftung
von
Max Hesdörffer.
Preis brosch. 60 Pf.

**Praktisches
Taschenbuch
für Gartenfreunde.**

Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des
häuslichen Gier-, Gemüse- und
Obstgartens.

Von
Max Hesdörffer.
Mit 137 Farbabbildungen.
Preis geb. 3.50 M.

Radfahrerkarten

hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Saden.

Möbel auf Kredit

Sie erhalten bei uns:

Stube und Küche

und zwar:
2 Bettstellen
1 Kleiderschrank
1 Spiegel
1 Spiegelapind
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
1 Küchenrahmen
Wochenrate 1.50 M. an

von
15 Mark

Anzahlung an

2 Stuben und Küche

und zwar:
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Kleidersapind
1 Wäschespind
1 Trumess
1 Sofa, 1 Tisch
4 Stühle und
1 farbige Küche
Anzahlung an

von
35 Mark

Anzahlung an

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
in jeder gewünschten Art 1116 L
von 40 Mark Anzahlung an.

Lieferung nach allen Plätzen Deutschlands.

Gebr. Lieber

I. Geschäft: **Alexanderstr. 16¹**
vis-à-vis der Holzmarktstraße, dir. a. Bahnh. Jannowitzbrücke.

II. Geschäft: **Kottbuser Str. 14**
direkt an der Kottbuser Brücke.

2. Feiertag von 8-10 Uhr geöffnet.

Ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 M.

Emil Preuss

Turmstr. 58

Turmstr. 58

Eleg. Herrenmoden 1913

fertig und nach Mass

Rock- und Sakko-Anzüge, 1- und 2reihig
empfehle à M. 18, 24, 30, 33, 39, 42, 48, 52, 56, 60 bis 78

Herren-Ulster und Paletots

M. 25, 30, 35, 40, 45 bis 75

Für beste Verarbeitung u. vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma

Achtung! Sämtliche fertige Herren-Garderoben werden von mir fabriziert
Deutsche und englische Stoffe in hervorragender Auswahl!
Werkstätte mit festengeliertem Schneider im Hause
Auf Wunsch Vertreter-Besuch.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgeg.



Schuhhaus Neptun

Ecke Adalbertstraße **Oranienstraße 29** Ecke Adalbertstraße

5 Minuten vom Hochbahnhof Kottbuser Tor.

Neu eröffnet!

Einheits-Preis:

Für Damen- und Herren-Stiefel
in schwarz, braun und Lackleder.

**Berg-Stiefel und
Promenaden-Schuhe.**

Jedes Paar ohne Ausnahme!



50
ledes
Paar

Ich bringe nur eleganteste, neueste
Formen und übernehme für jedes Paar
volle Garantie.

In dieser Preislage bringe ich etwas
Ueberraschendes.

Ein Blick in die Schaufenster sagt Ihnen
Alles.

Jedes Paar ohne Ausnahme!

Schuhhaus Neptun

Ecke Adalbertstraße.

Oranienstraße 29

Ecke Adalbertstraße.

Filialen in den größten Städten Deutschlands.

Filialen in den größten Städten Deutschlands.





Max Flatauer

Berlin S., Prinzenstr. 90
zwischen Moritzplatz und Ritterstraße
(früh. 28 Jahre Oranienstr. 152 am Moritzplatz)

„Cutaway“
Die große Mode
M. 54, 45, 42, 36, 33, 28

Dazu passende **Beinkleider** i. d. mod. Streif. M. 18, 15, 12, 10.50, 7.50, 6, 4.50, 3.50, 2.50

Ulster u. Paletots d. Neueste vom Neuen M. 52, 46, 42, 38, 35, 30, 25, 21, 16.50

Anzüge streng moderne Fassons i. u. 2reihig M. 54, 48, 42, 36, 30, 25, 21, 18

Anfertigung nach Maß unter Garantie!

Verleihinstitut für Frack u. Gesellschafts-Anzüge.

M. Schulmeister

Dresdener Strasse 4 Hochbahnstation Kottbuser Tor 11

Neuester Sport-Paletot

„Covercoat“
die grosse Mode.
Fertig am Lager

Mod. Covercoat-Paletot
in den neuesten Farben
29, 36, 40, 45, 48, 54,
60, 65, 70, 75, 80 M.

Covercoat - Paletot
nach Mass gearbeitet
54, 60, 65, 70,
75, 80, 90 Mark

Ulster in den neuesten Formen
25, 29, 32, 36, 40,
45, 50, 60, 70 M.

Marengo - Paletots
27, 29, 32, 36, 40, 45,
50, 56, 62, 70 M.

Spezialität der Firma
Ulster nach Mass v. 50 M. an
Paletots n. Mass v. 52 M. an



Bezugsquellen - Verzeichnis Berlin - Westen

Erscheint wöchentlich einmal.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Bäcker- und Konditoreien

Dampf-Bäckerei Groß-Berlin
Inh.: H. Schwiering.
45 Filialen verteilt auf Charlottenburg, Schöneberg, Moabit.

Hanke & Comp.
Gustav Freytagstr. 10, O. Weidner
Filial: Colonnadenstr. 4, Götterstr. 25, Apostel Paulusstr. 9,
H. Merzhaus, Käßlerstr. 18, Pfl. Altesb. Str. 2, S. Sigmundstr. 44, Regenerstr. 20

Beerdigungs-institut

W. Löschner
Marktplatz 2
Leichenwagen kostenlos
Organisierte 5% Ermäßigung

Bettfedern

Pauline Backer Wf. Spandau
Niederstr. 12

Brauereien

Brauerei W. Senst A. G.
Potsdam
Feinste Qualitäts-Biere.
L. Nildebrand, Nowawes
Bayrischbier u. Potsdamer
Stangenbier-Brauerei.

Butter, Eier, Käse

„Märkische Perle“
Butter Handelsges. m. b. H.
Filial: Stuttgarterpl. 1, Berlinstr. 120 Charlottenburg.

Beschlänstalt

Schnellschleierei Nord-West
Kirschstr. 17, Waldstr. 40, Krappstr. 13

Cigarrenhandlungen

Herm. Becker, Gutzkowstr.
10, Inh.: Auguste Becker.

Damen-Konf.

„Elegant“
Büsen, Röcke, Kost., Mäntel,
Charlottenb., Wilmersdorfer-
straße 45, Ecke Schillerstr.
Albert Kieper Friedrichstr. 25
Nowawes.

Drog. u. Farb.

Drogerie 3 Zwerge
Erwin Okowiack
Nowawes
Großbeerenstraße 17.

Drogenhaus Becker

Nowawes
Priester-Ecke Friedrichstr.
Photobedarf

Germania-Drogerie

A. Richter
Spandau
Schönwalderstr. 109

Georg Giesler

A. Richter
Friedrichstr. 15, Nowawes
Adolf Thiele Nowawes, Berliner-
str. 25, Großbeerenstr. 25

A. Alleckna

A. Heldman
Husenstr. 15
Ecke Turmstr.

A. Milschrich, Alt-Moabit 116

Otto Schütze, Werftstraße 10

Eisenwaren

Veodor Barkow
York-Str.,
Ecke Bismarckstr.

Fahrräder

K. Joff Spandau
Kesselferstr. 91,
Emallieren u. Vernickeln,
Reparaturen sämtl. Systeme.

Grammophone

Schröter, Spandauer
Str. 10, Filial: Friedrichstr. 10
Fahrräder Reparatur u. Hygiene

Linoleum und Teppiche

Gebr. Flatauer
Wilmersdorfer-
str. 24, Wachtel-
Tap.

Kaufhäuser

M. Silbermann Nowawes
Friedrichstr. 15
Arthur Reinowig, Nowawes
zur Neustadt-Allee 71 a
(neues Genossenschaftsbau.)

Herrn- und Knaben-Garderobe
Johann Welke, Schneidm.
Berl. N.W., Schleierweg Ufer 1
Herrenkonfektion nach Maß
garant. sauber, bill. Preis.

L. Vortisch
Nowawes
Friedrichstr. 30 u. Großbeerenstr. 18

Kolonialwar.

Otto Neubauer Inh. G. Schröder
Möckernstr. 40
Artur Paulowski Friedrich
Karl Platz 6

Manufakturw.

EMIL DELOCK
Nowawes
Friedrichsplatz 1

Maß-Garderobe

G. Schmidt
Hüttenstraße 63
Jerran u. Damenschneider
W. Hoffmann, Stendalerstr. 7
Wilhelm Wolt, Stephanstr. 56
L. Vortisch, Nowawes

Mehlhandlg.

F. Pflugmacher, Kolonnen-
straße 48/49, Schöneberg.

Molkereien

Nord-West
Milchwirtschaft
Bredowstr. 26,
Joghurt Spezial-Geschäft.

Möbel-Magazine und -Fabriken

Max Bierwirth
Spandau, Falkenbergerstr. 12
Wibelstr. Ecke Dreßburger-
Mod. Wohnungseinrichtungen
in jeder Preislage.
Vorwärts bei Kasse 5%
Tollanfragen gestattet.

O. Bergmann Nowawes
Großbeerenstr. 23
Polsterw., Teppiche, Lino-
leum, Tapeten, Wachsleue.

W. Müller Röhrendamm
Spandauer-Allee 85
B. Stockmann Spandau
Feldmstr. 8.

Paul Vetter Nowawes
Lindenstr. 10

Schuhwaren

Emil Formanowitz
York Str. 53 u. Bahnhof York Str.
Billing, Enkhardt, Souf. Genoss.
F. Krüger Nowawes, Friedrichstr. 27
Consum-Rehabilitarmarkten.

Schuh-Vertrieb, Turmstr. 37
Joseph Schrott Spandau
Friedrichsplatz 23

Seifen

J. Manisek Neue
Culmstr. 1.

Weiß-, Woll-, Trikotagen

R. Rurwitz, Hüttenstraße 8
M. Jürgens Nowawes,
Großbeerenstr. 29

W. Totzian Jonasstraße 24
Strumpfstrickerei

Zinkwaschgefäße Wäscherollen

Waschmaschinen ringmaschinen
Robert Ziegler
Spezial-Fabrik, gegr. 1896
Berlin SO. 26
Mariannenplatz Nr. 10

Spandau

S:: Brauerei ::
empfehlen
ihre gutbekömmlichen Biere.

Carl Zobel

Schaufenster Köpenicker Straße 121
Eckhaus Michaelkirchstr. 9-10.

Herren-, Jünglings- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlanke Herren, stets reiche Auswahl.

Sehr billige, aber feste Preise.

Frühjahrsneuheiten

Anzüge * Paletots * Ulster
M. 18-20-24-27-30-33-36-39-42-

Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang.

Großes Stofflager für Maßanfertigung.

Staatspreise. Goldene Medaillen. Ehrenpreise.

Vereinigte Hut-Compagnie

Herren-Artikel

Panama-Hüte und Strohhüte Saison 1913

Charlottenburg Turmstr. 61
Wilmersdorfer Straße 124 Ecke Beusselstraße

Reinickendorfer Str. 14 Gr. Frankfurter Str. 120
Ecke Ravenstr.

Jeder Abonnent erhält bei Vorzeigung 5 Proz.

Garderobe für Herren und Damen auf Kredit!

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, Knaben-Anzüge, Damen-Kostüme, Damen-Mäntel in koloss. Auswahl bei kleinster Anzahlung!

Wochenrate 1 Mark

Gebr. Lieber

Kottbuser Str. 14, Ecke Kottbuser Brücke
Nur 1. Etage

Bitte genau auf Firma und blaue Riesenschilder zu achten!
2. Feiertag von 8-10 Uhr geöffnet!

Ausscheiden, mithrigen, Wert 5 Mark!

Mankiewitz & Lewertoff

Berlin, Hauptgeschäft: Grosse Frankfurter Strasse 86
Begründet 1815

Charlottenburg: Goethestrasse 33 — Wallstrasse 46

Spezialgeschäft für
Wollwaren, Wäsche
Manufaktur-u. Kurz-
:: :: :: waren :: :: ::

Heute

Donnerstag, den 8. Mai, nach-
:: :: :: mittags 4 Uhr :: :: ::

Wieder - Eröffnung

unserer bereits seit 17 Jahren bestehenden
jetzt bedeutend vergrößerten u. modern
ingerichteten Charlottenburger Filiale

33 Goethestr. 33.

Am Eröffnungstage erhält
jeder Käufer ein Geschenk

Zöpfe und Perücken

Gegr. 1808
Haargeschäft
Neukölln, Erkstr. 3

Nur Original

Schultheiß' Märzenbier, 36 Fl. 3⁰⁰
Schultheiß' Versandbier, 30 Fl. 3⁰⁰
Patzendorfer-Bier, hell, 36 Fl. 3⁰⁰
Patzendorfer-Bier, dunk., 30 Fl. 3⁰⁰
Champagner-Weiß-Bier, 36 Fl. 3⁰⁰
Hefest. ohne Pfund Amt Surfürst 5019.
Paul Schätzel, Yorckstr. 71.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Soeben erschien:

Die Kaserne

Ein Roman aus dem Leben
unter den Fahnen v. von
Joh. Ferch.

Preis broschiert 3 M.,
gebunden 4 M.

Ein österreichisches Seiten-
stück zu Beyerleins Roman:
Jena oder Sedan?

HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.